

Adolf Schumacher
ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

XI. JAHRGANG 1934

12.

HEFT / DEZEMBER

Zur deutschen Geopolitik

K. Haushofer: Fern-Ost und Naher Westen

Wagner: Die geopolitische Bedeutung Goslars

Bericht über den zweiten Reichsbauerntag

Büdel: Deutscher und niederländischer Kulturboden

Weber: Frankreichs Saarkohlenpolitik

Mayr: Die Stadt Trier in der Westmark

v. Schumacher: Theorie der Raumstrategie

Postvertrieb ab Leipzig

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

begründet von

Professor Dr. KARL HAUSHOFER und Professor Dr. ERICH OBST

Herausgegeben von

DR. KARL HAUSHOFER

Generalmajor a. D., o. Professor an der Universität,
München O 27, Kolberger Straße 18, Fernsprecher 480 444

Unter ständiger Mitarbeit von Geheimrat Prof. Dr. K. Wiedenfeld, Leipzig, Professor Dr. H. Lautensach, Gießen,
Dr. G. Herrmann, Leipzig, und Dr. Albrecht Haushofer, Berlin

SCHRIFTFLEITUNG:

Kurt Vowinckel, Berlin-Grünwald, Hohenzollerndamm 83
Fernsprecher: H 9, Schmargendorf 2234

Manuskript- und Buchzusendungen werden an die Schriftleitung erbeten.

XI. JAHRGANG / HEFT 12 / DEZEMBER 1934

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

<i>Karl Haushofer: Fern-Ost und Naher Westen</i>	721
<i>Hans-Siegfried Weber: Frankreichs Saarkohlenpolitik</i>	725
<i>Otto Mayr: Die Stellung der Stadt Trier in der deutschen Westmark</i>	733
<i>Julius Büdel: Deutscher und niederländischer Kulturboden</i>	736
<i>Richard Wagner: Die geopolitische Bedeutung Goslars im ersten Reich</i>	746
<i>Kurt Vowinckel: Der zweite Reichsbauerntag in Goslar</i>	758

BERICHTE

<i>Albrecht Haushofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt</i>	766
<i>Karl Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum</i>	770

GRUNDFRAGEN

<i>Rupert von Schumacher: Zur Theorie der Raumstrategie</i>	779
<i>Oskar Indra: Das technische Denken und die kollektivistischen Staatsformen</i>	789

Prels: Vierteljahr M. 5.50 / Einzeln M. 2.— / Jahrgang mit Inhaltv. M. 22.—

Österreich: Vierteljahr ö. Sch. 10.—, Ausland (portofrei): Jährlich RM 23.—

Gebunden (2 Bände) RM 28.— / Register für den Jahrgang RM 0.90 / Inhalts-

verzeichnis kostenlos / Einbanddecke für den Halbjahresband RM 2.—

Postcheckkonten: Kurt Vowinckel Verlag G.m.b.H. / BERLIN 18769 / WIEN 55918 / PRAG: Kreditanstalt der Deutschen, 62730

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER

Dr. Julius Büdel, Berlin NW 7, Universitätsstr. 3b, Geogr. Institut — Dr. Albrecht Haushofer, Leiter des Geopolitischen Seminars an der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin SW 48, Wilhelmstr. 23 — Dr. Karl Haushofer, Gen.-Major a. D., o. Professor a. d. Universität, München O 27, Kolberger Str. 18 — Oskar Indra, Batavia-Centrum, Hotel der Nederlanden — Dr. Otto Mayr, Trier, Nikolausstr. 37 — Rupert von Schumacher, Berlin-Lankwitz, Melanchthonstr. 8 — Kurt Vowinckel, Berlin-Grünwald, Hohenzollerndamm 83 — Landesbauernführer Dr. Richard Wagner, M. d. R., Frankfurt a. Main, Bockenheimer Landstr. 25 — Dr. Hans Siegfried Weber, München, Leopoldstr. 42

**KURT VOWINCKEL VERLAG / GMBH / BERLIN-GRÜNEWALD
HOHENZOLLERN DAMM 83**

KARL HAUSHOFER:**Fern-Ost und Naher Westen**

Warum ist es soviel dankbarer, warum soviel leichter für den Nahen Westen, in großem Stil, in Freskomalerei über den Fernen Osten, über Eurasien und Pazifischen Ozean zu schreiben, als über den Nahen Westen und selbst den Nahen Osten, den doch fast jeder kennt, wie alles das, was er vor der eigenen Haustür wegzukehren hat? Das werde ich oft gefragt; öfter noch fragen wir Leute vom Bau der Geopolitik uns selbst danach!

Denn schließlich ist doch in den Fragen der Nachbarschaft fast jedes politische Gesicht vertraut, fast jeder Name, auch die neuen deutbar; dort drüben bedarf oft das scheinbar Einfachste, Selbstverständliche langer Erklärung. Und trotzdem scheint sich das indo-pazifische Kraftfeld nach großen Grundzügen und Leitlinien fast von selbst zu entwirren, auf großzügige, langfristige Vereinfachung der Linienführung zu drängen; im Nahen Westen und Nahen Osten hingegen verwirren sich die Fäden, selbst wenn man sie eben gerade noch klargelegt und frisch abgehaspelt glaubt.

Auch die Anwendung des Goethewortes an Lavater rettet uns nicht: „In der Jugend traut man sich zu, daß man den Menschen Paläste bauen könne; und wenn's um und an kömmt, so hat man alle Hände voll, um ihren Mist beiseite zu schaffen.“ — Denn das Quantum des beiseite zu Schaffenden [ehe man das Herausgeholt in Berichtform reinlich weitergibt] ist — entsprechend den größeren Räumen und Menschenzahlen rings um Indischen und Pazifischen Ozean — dort erheblich größer! Aber es ist eben doch die Nachwirkung riesiger Flurbereinigungen, das mehr großräumige Weltbild im Ganzen, das die Vereinfachungen ermöglicht. Vergleiche man doch nur Raumwerte und Volksdruckzahlen der Saarfrage oder des Widerhallbereichs der Schüsse von Marseille nach ihren Begleitgeräuschen objektiv mit dem viel geringeren Lärm, den die praktische Über-eignung der Mandschurei, Geschwaderflüge von Kalifornien über Hawaii, Guam nach Manila, das gegenseitige Bewerfen mit einem Vielfachen der Panzerschiff-tonnage der „Deutschland“ über den Pazifik weg hervorrief! Es ist also doch wohl der absolute Widerhallunterschied im weit- und engräumigen Bereich, der die Schallstärken so beeinflusst.

Das einzige großräumige Ereignis im Nahen Westen seit langer Zeit: die deutsch-polnische Arbeitsgemeinschaft, vollzog sich so gut wie ohne Preßgeräusche im guten fernöstlichen Stil und erweckte doch weltüber größte Aufmerksamkeit. Der einzige Fernosthandel, der sich im Genfer Stil entwickelt: der Schacher um die

ostchinesische Bahn, fällt geradezu als Groteske aus dem pazifischen Kräftespiel heraus. Es fehlte nur noch, daß eine der frivolsten Gewalthandlungen der Erde, das Ergebnis eines Paktes zwischen zwei zynischen skytho-sarmatischen Großsatrapen, Li Hung Tschang und Lobanow, — der 1897 eine geopolitische Anomalie ins Leben rief: den völkerrechtlichen Widersinn einer Transkontinentalbahn auf fremdem Boden mit Wehrzonen zum Angriff auf eine dritte Macht, die sie nachher in ihren Besitz brachte, — als sakrales Bodenheiligtum auf der Genfer oder Haager Bundeslade niedergelegt worden wäre.

In welchem Stil man aber im Bereich des Pazifik sonst solche flächenweite Probleme behandelt, das verraten etwa Aufsätze, wie der von Professor Edwin M. Borchart: „Amerikas Friedensziele könnten Krieg herbeiführen“ (Far Eastern Review; Bd. XXX, Heft 9, S. 385—388), ein glänzendes Umrißbild aller Schwankungen der U.S.-amerikanischen Fern-Ost-Politik und „status quo“-Erhaltung seit 1919, oder ebendort des Philippiner Juristen Pio Durans Anschauung: „Japan als Schützer der Philippinensicherheit“, der die Neutralisierung der Philippinen als todsichere Kriegsursache hinstellt und in einem Bündnis mit Japan die Rettung sieht.

Beide Arbeiten sind eine Fundgrube der Erkenntnis bevölkerungspolitischer Verlagerungen, Wuchtschichtungen, kurz einer Dynamik, die früher oder später über alle juristischen Fiktionen statischer Herkunft hinwegschreiten muß, genau so, wie man auf die Dauer Wasser nicht zum Bergaufließen bringen und Asiaten nicht von Asiaten fernhalten und in Yankees verwandeln kann.

Nur in USAmerika und Frankreich, vielleicht auch den Couloirs von Genf scheint es noch Menschen zu geben, die das glauben; aber selbst in Amerika werden sie nach Colin Ross immer seltener. Im Fernen Osten stehen sie auf dem Aussterbestande; in Genf reden sie noch, meinen aber nicht, was sie sagen.

Versuche ich vergleichende Beobachtungen zu ziehen, wie etwa die Saarfrage im Fernen Osten, die mandschurische und innermongolische im Nahen Westen beurteilt wird, so schließt man sich im Fernen Osten wohl wesentlich den Urteilen eines Buches, wie etwa „The Saar and the Franco-German Problem“ von B. T. Reynolds an (London 1934, Edward Arnold, 7½ sh) und findet, daß „die Saar, die ein Bindeglied zur Förderung deutsch-französischen Verstehens hätte werden können, dazu beigetragen habe, es zu vergiften“ — und zwar mehr, als das japanisch-chinesische Verhältnis durch den im Vergleich dazu riesigen Umfang der mandschurisch-innermongolischen Frage tatsächlich vergiftet worden sei.

Nach den Schüssen von Marseille beklagte man ähnlich, wie in Deutschland, das Wegfallen der großen Erscheinung des südslavischen Frontkämpferkönigs, der sich eben gerade zu ganz weitblickenden Perspektiven durchgerungen hatte. (Z. B. Transpacific, Bd. XXII, Nr. 42, 18. 10. 1934: „The Marseilles Tragedy“.) Man sah aber aus dem weiteren Abstandgefühl voraus, daß es zwar zu Weiterungen, aber zu keinem Konflikt kommen werde, und legte fast mehr Gewicht auf den Wegfall

von Barthou, der Japan als einer der beflissensten weltpolitischen Reisebeamten seines Landes und seiner Zeit vorgestellt wurde, seit dessen Hauptreise nach Süd-osten im Frühjahr 1934 aber die Lage in Europa sich gründlich geändert habe.

Politische Attentate an sich nimmt man in China und Japan nicht so schwer; ebensowenig klingende Begrüßungsworte, wie seinerzeit die von Uzunowitsch und Barthou: „Ergebnis historischer Gerechtigkeit“; „Göttliches Recht, das niemals verlassen werden dürfte“ — von beiden auf das Verhältnis zwischen Frankreich und Südslavenstaat und dessen ethische Begründung angewendet. Sie wird im gleichen Umfang als historische Gerechtigkeit und göttliches Recht offenbar nicht von allen Bestandteilen empfunden, was nach japanischer Meinung einige kroatische Deputierte und Senatoren durch ihre Abwesenheit bei der Festsitzung zu Ehren Barthous bewiesen hätten, ebenso, wie man auch im Fernen Osten die 20 südslavischen Regierungswechsel innerhalb von sieben Jahren bemerkt hatte. Auch als Hindernis für eine Flottenverständigung wurde Barthous Tod, Italiens Hartnäckigkeit gewertet: den Balken im eigenen Auge der japanischen Admiralerklärung übersah man.

Aber man sieht daraus, daß nicht nur in großen, sondern auch in kleinen Dingen ein Wechselstromspiel zwischen Fernem Osten und Nahem Westen beständig hin und her geht; selbstverständlich kreuzen sich die Ströme am unverkennbarsten in Moskau. Es ist nicht zuletzt die Überschau über beide Schachbretter, die den Russen eine so überlegene Spielfähigkeit dort und hier gibt und zwangsläufig dazu führen muß, daß sich diese Überlegenheit in Genf seit ihrem Einpassieren dort (vgl. Bild I, Heft XII) in geometrischem Fortschreiten steigern und zur Geltung bringen muß. Diese Wirkung wird noch verstärkt, wenn, wie eben erst in der südslavischen Frage gegen Ungarn-Italien, der türkische Vertreter mit der ganzen Gefechtsschwere des Balkanverbandes hinter sich arbeitet: das bedeutet eine Front, die vom Polarkreis bis zur Adria auf allerlei Völkerbundsmitglieder drückt und dadurch auch im Westen großräumige Wirkungen äußert.

Hält man hinzu (Einzelheiten Ber. XII), daß von Moskau aus in die indische Presse Aufsätze fließen, die ein Bundesdreieck Deutschland-England-Japan als mutmaßlichen Angreifer der so friedeseligen Sowjetbünde vorsorglich verdächtigen, während die Hoffnungen des Weltkapitalismus auf die französische Gruppe zerflatterten und dünner und dünner würden, dann sieht man, wie wenigstens an dieser Stelle Ferner, Mittlerer und Naher Osten mit nahwestlichen Druckvorgängen planmäßig verbunden werden. Die Alte Welt mindestens sieht und bespielt man von Moskau aus als einheitliches Schachbrett; in der Neuen Welt sehen sich die Vereinigten Staaten von London und Moskau aus gleichmäßig umworben und doch gelegentlich betrogen.

Denn schließlich reist immer noch eine britische Kooperationskommission in der Mandschurei herum, und zwischen Fernem und Nahem Osten gehen großzügige Austausch- und Abgleichungsangebote hin und her, für die man sich den Markt

nicht ganz verderben lassen will — schon um die Angebotfreudigkeit der U.S.-amerikanischen Erschließungsindustrie für Nordasien anzureizen.

So werden wir, diese Vorbetrachtung zur Jahreswende zusammenfassend, zugestehen, daß wir die Weltpolitik schon lange nicht mehr so umformungsbereit gefunden haben, so gestaltungsfähig für den Eindruck von Neubildungen.

Das ist gewiß für Mächte der Erneuerung erfreulicher als für Mächte des Beharrens, des Stillstandes, der Sicherheit um jeden Preis: darum haben wir auch in einer kürzlich erschienenen „Weltpolitik von heute“ gerade diesen Gegensatz und dazu die zweifelsvolle Lage der zwischen den Gezeiten treibenden Mächte zum Ausgangspunkt der Darstellung just für eine geopolitisch vorbetonte Beurteilung gewählt, die uns dafür als einzig mögliche erschien.

Denn eben das deutsche Volk hatte ja doch staats- und volkspolitisch zwischen der starren, übersteigerten Formenhaftigkeit der französischen Kulturpolitik und zwischen der gefährlichen Formlosigkeit und Unstete der eigenen Vergangenheit neue Wege zu suchen; dabei konnte ihm die im Fernen Osten bereits auswählerisch zwischen beiden Extremen vollzogene Ausgleichung in ihrer Nutzenanwendung auf den Nahen Westen unmittelbar und mittelbar nur wertvolle Anhaltspunkte geben, wo man dort bewußt und instinktiv das eine oder das andere vorwalten ließ und damit gut zu fahren wußte.

Daß wir im Nahen Westen — stellenweise bis zum Verbluten — unter zuviel Zergliederung, Großformauflösung (Analyse) leiden, ist wohl fast jedem Deutschen klar; langsam, aber zwingend drängt es sich auch allen unsern Nachbarn und Schicksgefährten, Ungarn, Südslaven, Polen, Tschechoslowaken u. a., auf; nur Österreich gefällt sich noch in weiterer Entgliederung. Italien schaukelt anmutig zwischen allen herumstehenden Stühlen hin und her.

Im Gegensatz dazu strebt der Ferne Osten entschlossen auf Zusammenbau (Synthese) zu, sich zu ihnen einzustellen, einigen deutlichen und starken Kraftlinien dabei folgend, seine Kraftfelder rücksichtslos nach der Fähigkeit der einzelnen Mächte ordnend. Dabei vollziehen sich schwerflüssig, aber unaufhaltsam Neuordnungen von Völkergeschicken im großen Maßstab; und es bleibt eigentlich dem Berichterstatter nur die leichte Pflicht, die Druckstände abzulesen, neue Rucke zu verzeichnen, kommenden Anprall abzuschätzen. Darum ist es dem Nahen Westen zuweilen nützlich, sich selbst durch die Fern-Ost-Brille anzuschauen.

HANS-SIEGFRIED WEBER:
Frankreichs Saarkohlen-Politik
 („Une rectification de la frontière“)

In den nachfolgenden Ausführungen wird der entscheidende Punkt der Saar-Abstimmung rein von der wirtschaftlichen Seite behandelt: das Warndt-Gebiet.

Wer jemals das Land an der Saar bereist ist, wird wissen, daß hier, wie heute fast stets, die wirtschaftlichen Fragen nur den Mantel bilden, der das politisch-strategische Wollen verdeckt.

Wer die Höhen westlich der Saar — eben den Warndt — beherrscht, ist Gebieter des Saarlandes.

Wir haben auf diese Tatsache im Juniheft (XI/6) mit dem Aufsatz von Zeck und mit einer Reihe von Karten hingewiesen und bitten unsere Leser, sie und den Aufsatz Mayr dieses Heftes im Zusammenhang zu werten.

Die Schriftleitung.

Hinter den „historisch-moralischen“ Ansprüchen Frankreichs auf das Saargebiet, die Tardieu im Jahre 1919 auf der Pariser Friedenskonferenz verkündete, verbarg sich von vornherein die moderne französische Kombination von Wirtschafts- und Machtpolitik. Mit der Annexion Elsaß-Lothringens wurden zugunsten von Frankreichs Schwerindustrie Deutschlands technisch hochwertigste Hochöfenanlagen liquidiert. Dazu boten die lothringischen Minetteerzlager der französischen Industrie die Möglichkeit, der größte Eisenerzeuger Europas zu werden. Freilich blieben Frankreichs Hütten von dem Bezuge ausländischer Kohle, insbesondere von Ruhrkohle, abhängig. Deshalb soll das Saargebiet der französischen Schwerindustrie die Kohlenautarkie geben. Tardieu führt in einer Denkschrift, die er in seinem Buche „La Paix“ veröffentlicht, in dem Abschnitte „Frankreich und die Nachkriegszeit“ aus:

„Wenn Frankreich beim Friedensschluß nicht in den Besitz des Saarbeckens gelangen sollte, würde seine wirtschaftliche Lage verhängnisvoll sein. Frankreich braucht dieses Becken, nicht nur für Elsaß-Lothringen, das 7 Millionen Tonnen Kohlen mehr verbraucht, als es erzeugt, sondern auch für sich selbst. Vor dem Kriege führte Frankreich 23 Mill. Tonnen jährlich ein. Vergrößert durch Elsaß-Lothringen, müßte es also ohne die Saarkohle selbst nach Wiederherstellung seiner Gruben in Nordfrankreich 30 Mill. Tonnen und bis zur Wiederherstellung 50 Mill. Tonnen bei einem Gesamtverbrauch von 75 Mill. Tonnen einführen. Frankreich wäre wirtschaftlich von Deutschland abhängig, das vermittels seiner Kohle die Preise unserer ganzen Hüttenindustrie im Osten kontrollieren und so unsere ganze Politik beherrschen würde. Man würde also Deutschland das wirtschaftliche Übergewicht belassen, wenn man Frankreich die Kohle vorenthalten würde. Man würde Frankreich nach dem Siege im Kriege die Niederlage im Frieden auferlegen.“

Durch das Friedensdiktat von Versailles wurde dem französischen Staate das volle und unbeschränkte, völlig schulden- und kostenfreie Eigentum an den saarländischen Bergwerken als Ersatz für die zerstörten Gruben in Nordfrankreich¹⁾ und als

1) Die angeblich zerstörten nordfranzösischen Bergwerke haben bereits seit dem Jahre 1927 ihre Vorkriegsförderung um 30 v. H. überschritten. Der französische Staat hat, wenn der Förderungsausfall in Nordfrankreich voll und ganz mit 68,6 Mill. Tonnen berücksichtigt wird, aus den Saargruben bis 1932 einen Förderzuwachs von 87 Mill. Tonnen erhalten.

Anzahlung auf den Betrag der von Deutschland geschuldeten Wiedergutmachung übertragen. Das Saargebiet blieb zwar beim Reiche, aber es wurde seiner Verwaltungshoheit entzogen und auf fünfzehn Jahre dem Völkerbunde unterstellt, der es durch eine aus vier Ausländern und einem Saarländer bestehende Regierungskommission verwalten läßt. Durch diese Kompromißlösung ist zwar formal der Völkerbund der Regent des künstlich aus Teilen der preußischen Rheinprovinz und der bayerischen Rheinpfalz geschaffenen Saargebiets, dessen Grenzen nach strategischen Gesichtspunkten und gemäß dem Kohlenvorkommen gezogen sind. In Wahrheit aber fristet die völkerbündlerische Herrschaft ein Scheindasein. Frankreich ist der eigentliche Beherrscher des Saargebiets.

Als Besitzer der Bergwerke ist der französische Staat der größte Arbeitgeber im Saargebiet ($\frac{1}{3}$ der werktätigen Bevölkerung gehört zur Belegschaft der Gruben) und hält zugleich auch die Hand an der Gurgel des Saarwirtschaftslebens. Die gesamte saarländische Industrie ist auf den Bezug von Saarkohlen angewiesen und übernimmt allein etwa 40% der Förderung, dazu die nicht transportierbaren Kohlsorten. Die Bedeutung der saarländischen Hütten geht schon aus der Tatsache hervor, daß sie etwa 25 v. H. der reichsdeutschen Roheisen- und 20 v. H. der reichsdeutschen Stahlerzeugung herstellen. 20% der deutschen Fensterglasproduktion wird außerdem im Saargebiet fabriziert. Trotzdem diese saarländischen Industriezweige für den Absatz ihrer Erzeugnisse vornehmlich auf das Reich als Abnehmer angewiesen sind und nach Frankreich nur insgesamt 20% der Produktion der saarländischen Schlüsselindustrien gehen, wurde das Saargebiet am 10. Januar 1920 dem französischen Zollgebiete einverleibt.

Die Grundlage des Saar-Industrie-Reviers, der Steinkohlenbesitz, ist also in den Händen des französischen Staates. Über die Regierungskommission ist der französische Staat als Eigentümer des größten Betriebes, der Saargruben, gesetzt. Da auch das Saargebiet französisches Zollgebiet ist und Frankreichs Zollsätze hier automatisch Geltung haben, ist Frankreich der Träger der Wirtschaftspolitik. Dazu ist seit dem Bestehen der Regierungskommission dem französischen Mitglied das Ressort der wirtschaftlichen Angelegenheiten übertragen worden. Es sind die Vorrechte Frankreichs im Saargebiet derart festgelegt, daß der französische Wirtschaftsimperalismus auf dem Wege der „pénétration pacifique“ sich das deutsche Land an der Saar als Einflußsphäre sichern soll. Tardieu spricht das in seiner angeführten Denkschrift, in der er entsprechend seiner guten Beziehungen zum Comité des Forges die Interessen der französischen Schwerindustrie vertritt, auch unverhohlen aus. Von dieser Auffassung sind aber auch alle Staatsmänner Frankreichs durchdrungen und verlangen in irgendeiner Form die Beibehaltung des gegenwärtigen französischen Regimes oder die Kontrolle über den saarländischen Kohlenbesitz, trotzdem Deutschland bei einer günstigen Volksabstimmung nach dem Friedensvertrage das uneingeschränkte Recht hat, alle Gruben und das gesamte Kohlenvorkommen im Saargebiet vom französischen Staate zurückzukaufen zu einem Preise, der bei Nichteinigung von einem Schiedsgericht festgesetzt wird.

Auch Briand hat vor Beginn der deutsch-französischen Saarverhandlungen (21. November 1929) am 8. November 1929 in der Kammer erklärt: „Wir haben

ein wertvolles Pfand in der Hand. Wollen wir nicht suchen, daraus Vorteile zu ziehen? — Wenn wir in fünf Jahren die Fühlung aufnehmen müssen, ist es dann nicht in unserm Interesse, im Interesse der elsäß-lothringischen Solidarität mit dem Saargebiet, im Interesse der Beziehungen des Saargebiets zu Frankreich, diese Probleme nach einer gründlichen Prüfung zu regeln und zu versuchen, eine die vorgesehene Frist überdauernde Organisation kohlenindustrieller, metallurgischer und zollpolitischer Beziehungen zu schaffen?“ Einen Bruch des Versailler Vertrages zuungunsten des Deutschen Reiches machte Briand zum Ausgangspunkt der Pariser Saarkonferenz. Das hätte von der damaligen deutschen Reichsregierung sofort festgelegt werden müssen, statt von vornherein hoffnungslose Verhandlungen unter dem früheren Staatssekretär Dr. Simson überhaupt zu beginnen.

Gerade die deutsch-französische Saarkonferenz zu Paris in den Jahren 1929/30 hat gezeigt, daß Frankreich darauf ausgeht, den saarländischen Bergwerksbesitz in seiner Hand zu behalten. Die französische Saarkohlenpolitik ist in diesem Sinne zielbewußt betrieben worden. Der französische Staat als Besitzer der Saargruben hat durch seine „Administration des Mines Domaniales Françaises de la Sarre“ sofort nach Übernahme der Bergwerke eine gewaltsame Unterbindung des Absatzes der Saarkohle nach Deutschland vorgenommen. Es gab Zeiten, wo Deutschland aus dem Saargebiet überhaupt keine Kohle bekam. Unter dieser französischen Gewaltpolitik litt besonders der süddeutsche Kohlenmarkt, der rund 35 v. H. der Förderung der Saargruben in den Friedensjahren aufgenommen hatte. Das Deutsche Reich, das vor dem Kriege 4—5 Millionen Tonnen Saarkohle (45 v. H. der Förderung) aus dem Saargebiete bezog, hat in allen Jahren des französischen Saargruben-Regimes bei etwa 13 Mill. Tonnen Förderung überhaupt nur mehr jährlich 800 000—900 000 Tonnen erhalten. Umgekehrt empfangt Frankreich, das mit Elsaß-Lothringen in den letzten Friedensjahren etwa 2,4 Mill. Tonnen Saarkohlen einfuhrte, in den letzten Jahren 4—5 Mill. Tonnen, etwa 40—50% der Förderung.

Bisher hat zwar die Saarkohle nicht zur Verhüttung des lothringischen Eisenerzes in beträchtlichem Umfange Verwendung gefunden. Die Saarkohle liefert an sich infolge ihrer besonderen Zusammensetzung an flüchtigen Bestandteilen nur einen spröden Koks von geringer Festigkeit und großem Wassergehalt, der im Hochofen wieder verdampft werden muß. Die Ruhrkohle ist im Gegensatz dazu außerordentlich hart und wasserarm¹⁾. Es gehen aber die französischen Versuche unablässig weiter, den Saarkoks zu verbessern, um von dem Bezuge ausländischer Kohle (insbesondere von der Ruhr) unabhängig zu werden. Bei einem neuerdings angewandten Verfahren zur Herstellung von Saarkoks findet ein aus saarländischer oder lothringischer Flammkohle gewonnener Halbkoks als Magerungsmittel Verwendung. Es steht gewiß noch keineswegs fest, ob das gelingt, aber in Frankreich

1) An der Saar bestehen auch nur kleine Hochöfen mit einer Tageserzeugung von 200 bis 300 Tonnen, während in Lothringen Tagesleistungen von 450 Tonnen zu verzeichnen sind.

glaubt man doch auch heute noch an die Worte, die einmal der Abgeordnete Fernand Engerand in der Kammer sprach:

„Das Saarkohlenbecken vervollständigt das lothringische Eisenerzbecken; es erscheint vor allem berufen, der lothringischen Hüttenindustrie ihren Hüttenkoks zu liefern. Es ist von den Behauptungen über die angeblich mangelnde Eignung der Saarkohle zur Herstellung von Hüttenkoks gesprochen worden. Diesen Behauptungen sind die bewundernswerten Versuche von Herrn Chappy gegenübergestellt worden, durch die Hüttenkoks von jeder Kohle erzielt worden ist. Diese Versuche müssen vor allem im Saarbecken fortgeführt und industriell verwertet werden... Das Saargebiet soll zum Schauplatz des Fortschreitens der Kohlenwissenschaft werden, um der Bevölkerung zu zeigen, wessen das französische Genie fähig ist. Das Saargebiet ist einer der größten Vorteile, die wir durch den Friedensvertrag erhalten haben. Es ist ein köstlicher Bissen, der wirtschaftlich Frankreich ergänzt und in einem Zeitraum, den zu verkürzen in unserer Hand liegt, unsere Abhängigkeit von England in bezug auf die Kohle beträchtlich zu vermindern und sogar beseitigen kann.“

Die französische Schwerindustrie will daher im Saargebiet eine Kohlenbasis gewinnen. Lothringen hat zwar auch einen Kohlenbergbau, der sogar in der Nachkriegszeit im Gegensatz zum Saargebiete, dessen Produktion über den Friedensstand von 13 Mill. Tonnen nicht hinauskam, eine Steigerung seiner Förderung um 60 v. H. (von 3,8 auf 6,1 Mill. Tonnen) zu verzeichnen hat. Aber die lothringischen Lager bergen keine zur Verkokung geeignete Fettkohle, sondern nur Flammkohle. Der private Bergbau in Lothringen konzentrierte sich daher in unmittelbare Nähe der französisch-saarländischen Grenze und baute die Fettkohlenflöze ab, die von dem im Saargebiete gelegenen Warndt nach Lothringen hinüberstreichen. Am 10. Mai 1924 hat bereits der französische Staat in seiner Eigenschaft als privater Bergwerkseigentümer, der sämtliche Kohlenfelder zur freien Ausbeutung oder zur Verpachtung „innerhalb des Saarbeckens“ erhalten hat, der französisch-lothringischen „Société des mines de Sarre et Moselle“ auf 99 Jahre ein 620 ha großes, im Saargebiete, im Warndt, gelegenes Kohlenfeld als sogenannte Grube Karlsbrunn durch Vertrag gepachtet. Diese lothringische Bergwerksgesellschaft nimmt seit diesem Zeitpunkt einen Abbau von Kohlen von Frankreich, also vom Auslande, her im Saargebiete vor. Sie hat dicht an der saarländisch-französischen Grenze auf lothringischem Boden zwei Schächte (Peyerimhoff und Elias Reumeaux) errichtet, welche den Warndtflözen bereits etwa 10 Mill. Tonnen Kohlen entzogen haben. Von der Gesamtförderung der Saar- und Moselbergwerksgesellschaft im Jahre 1930 mit 3 000 108 Tonnen sind 1 646 655 Tonnen (54,7 v. H.) aus dem Pachtfeld, der „Grube“ Karlsbrunn, gewonnen worden. In ähnlicher Weise baut die Firma de Wendel in Kleinrosseln, die das Feld Emmersweiler im Warndt von der französischen Bergwerksdirektion pachtweise erhielt, Saarkohle ab.

Die lothringisch-französischen Hüttengesellschaften sind damit in den Warndt, in die wichtigste Kohlenreserve des preußischen Staatsbergbaus an der Saar, die bisher absichtlich geschont wurde, eingebrochen.

Der Warndt ist ein links von der Saar, südlich von Völklingen gelegenes ausgesprochenes Sandsteingebiet, das für den Ackerbau nicht günstig, einen guten Waldboden liefert und

daher auf seiner Oberfläche mit einem ausgedehnten Forst prächtiger Laub- und Nadelbäume geschmückt ist. Die Besiedlung des Warndt ist spärlich. Der älteste Ort dürfte das Bauerndorf Groß-Rosseln sein. St. Nikolas ist eine Klostergründung der Benediktiner. Karlsbrunn und Lauterbach verdanken Glasmachern ihre Entstehung. Das Holz des Waldes lieferte der Glasindustrie den Brennstoff, der zugleich auch zur Gewinnung der Pottasche diente. Nachdem die Glashütten sich auf den Verbrauch von Steinkohlen einstellten, gingen die Werke in Karlsbrunn und Lauterbach ein. Die Warndtorte Nußweiler und Ludweiler sind von Hugenotten gegründet worden, denen freie Religionsübung verbürgt wurde. In seinem Inneren birgt der Warndt reiche Kohlenschätze. Er ist das Zukunftsreservoir des saarländischen Bergbaus, besonders weil seine Flöze reich an Fettkohlen sind. Der preußische Staat hatte keine Grubenanlage dort errichtet.

Der französische Staat ist aber lediglich privater Eigentümer der Saargruben „in den Grenzen des Saarbeckens“ und hat von sich aus kein Recht, die Landesgrenze zu durchhörtern, d. h. unterirdisch die Grenze mittels bergbaulicher Anlagen überschreiten zu lassen. Rechtmäßig könnte das gemäß Völkerrecht nur auf Grund eines Staatsvertrages zwischen den Staaten, deren Grenze durchhörtert wird, erfolgen. Auch der Vertrag, den am 20. Dezember 1924 die Regierungskommission des Saargebiets mit dem französischen Staat abschloß und der den Pachtvertrag über die Grube Karlsbrunn als zu Recht bestehend zur Voraussetzung hat, kann nicht einen Staatsvertrag ersetzen. Der Souverän, der allein die Genehmigung zur Durchhörterung der Grenze erteilen muß, ist nach dem klaren Wortlaut des Versailler Vertrages (Artikel 49 und § 35 des Saarstatuts) das Deutsche Reich.

Die Souveränität über das Saargebiet ist auch bis zur Entscheidung des Völkerbundes nach der Volksabstimmung im Jahre 1935 bei dem Deutschen Reiche geblieben. Die Regierungskommission des Saargebiets hat sich auch selbst stets nur als Treuhänder des Saargebietes betrachtet und sich z. B. zur Veräußerung von deutschem Reichs- oder preußischem Staatseigentum für nicht befugt gehalten. Jedesmal, wenn sich dazu eine Notwendigkeit ergab, wurde seitens der Saarregierungskommission die Reichsregierung nicht nur um ihre Zustimmung ersucht, sondern um entsprechende Erklärungen eines deutschen Bevollmächtigten vor dem Grundbuchamt. Bei der Festsetzung der saarländisch-französischen Grenze ist ebenfalls nicht nur ein deutscher Bevollmächtigter beteiligt gewesen, sondern es wurde auch ausdrücklich festgestellt, daß zu gewissen Grenzberichtigungen an der alten lothringisch-preußischen Grenze ein Staatsvertrag zwischen Frankreich und Deutschland notwendig sein würde. Das Weiterbestehen der deutschen Souveränität über das Saargebiet ist also praktisch wiederholt einwandfrei festgestellt worden.

Die Regierungskommission des Saargebiets hat durch die Genehmigung zur Durchhörterung der saarländisch-französischen Grenze ihre Treuhänderpflicht verletzt und auf rechtswidrige Weise in eine Schmälerung der ihr anvertrauten wirtschaftlichen Substanz eingewilligt. Es handelt sich nicht nur um eine schwere Schädigung der Warndtgemeinden, denen durch die unter Tage in das französische Ausland entführten Kohlenschätze Steueransprüche an den Bergbaubesitzer entfallen, sondern vor allem um eine sehr große Substanzschädigung, wenn das Deutsche Reich das Saargebiet und mit ihm das saarländische Kohlenbecken wieder zurückerhält. Deutschland hat ja gemäß § 36 des Saarstatuts das klar und unmißverständlich umschriebene Recht, das Eigentum Frankreichs am Saarbergbau „im Ganzen“ zurückzukaufen. Unter das Rückkaufsrecht Deutschlands fallen auch die

früher unerschlossenen Kohlenfelder, frei von allen Pachtverträgen. Unseres Wissens ist an sich auch in den Pachtverträgen, die der französische Staat erst mit der „Société des mines de Sarre et Moselle“ und dann mit der Firma de Wendel abschloß, ein entsprechender Passus enthalten, denn bei einer Rückübereignung der Pachtfelder kommen selbstverständlich die Ausbeutungsrechte im Augenblick des Rückkaufs zum Erlöschen. Aber die schwere Substanzschädigung, die bei der Festsetzung des Rückkaufspreises zu berücksichtigen ist, liegt darin, daß es für Deutschland schwer ist, in dem Warndtgebiet, das von jenseits der Grenze ausgebeutet ist, alsdann diesseits der Grenze noch einen rentablen Betrieb einzurichten.

Hinter der Verpachtung der Kohlenfelder im Warndt an lothringische Bergwerksgesellschaften steht unzweifelhaft auch das Streben der französischen Schwerindustrie, in irgendeiner Form sich in der saarländischen Wirtschaft festzusetzen. Die Privatisierung der Saargruben wurde besonders französischerseits während der Saarverhandlungen 1929/30 gefordert, um damit die Rückgabe der saarländischen Bergwerke an die früheren Eigentümer, den preußischen und bayrischen Staat, zu inhibieren. So hatte der Abgeordnete Charlot als Vorsitzender des Grubenausschusses der Kammer vorgeschlagen, daß alle Länder und Industrien, die Abnehmer von Saarkohle sind, prozentual an den saarländischen Gruben Besitzrechte erwerben sollten. Danach würde Frankreich als jetziger Hauptabnehmer der Saarkohle schon die Hälfte der Aktienstimmen und die unbedingt überwiegende Majorität erhalten, wenn auch eine Beteiligung der durch französisches Kapital überfremdeten Saarindustrie stattfindet. Die gesamte deutsche Saarindustrie, insbesondere die Handelskammer Saarbrücken, hat sich aber stets gegen einen derartigen Vorschlag ausgesprochen. Auch der bekannte Hüttenbesitzer Dr. Hermann Röchling, der ja früher selbst durch den Besitz der Grube Hostenbach als einziger saarländischer Industrieller an dem Saarbergbau beteiligt war, lehnt jede Privatisierung des Saarbergbaus ab. Maßgebend für diese Stellungnahme war schon, abgesehen von dem nationalen Moment, die Tatsache: der saarländische Bergbau in preußischer und bayrischer Staatshand betrieb die Gruben nach Maßgabe volkswirtschaftlicher Zusammenhänge und insbesondere der Notwendigkeit, im wechselseitigen Interesse den größten Abnehmer, die Saarindustrie, pfleglich zu behandeln.

Die engen wirtschaftlichen Zusammenhänge des Warndt mit Frankreich beruhen also auf illegitimer Basis und sind durch einen offenen Rechtsbruch geschaffen. Der Generaldirektor der französischen Saargruben, André Defline, der sich als hervorragender Geologe einen Weltruf erworben hat, nannte schon einmal in seiner Denkschrift den Abbau im Warndt „une rectification de la frontière“.

Die französische Schwerindustrie will eine Kohlenbasis im Saargebiet gewinnen. So wurde auch bereits eine Verkaufsorganisation für lothringische Kohle in Metz gegründet (abgekürzte Bezeichnung: Charlor), in deren Aufsichtsrat auch nordfranzösische Bergwerksbesitzer sitzen. Es ist dadurch die harmonische Verbindung mit den Betrieben in Nordfrankreich aufrecht erhalten. Außer dieser Neugründung wurde eine lothringische Kohlenindustrie-Holding-Gesell-

schaft bereits 1929 ins Leben gerufen unter der Firma „Société Moselle industrielle et financière“. Als Zweck dieser neuen lothringischen Kohlenbank wird Gründung neuer Gesellschaften und Erwerb und Ausbeutung neuer Grubenkonzessionen angegeben. Auch zwischen dieser Neugründung für den lothringischen Bergbau und den Gruben in Nordfrankreich besteht eine enge personelle und sachliche Verbindung. Die Grundzüge der französischen Kohlenbank in Paris, die „Union des Mines“, sind auf Lothringen angewandt worden.

Frankreichs Saarpolitik hat sich entsprechend der Direktive, welche die französische Schwerindustrie aus den dargelegten, klar ersichtlichen Gründen erteilt, für den Endkampf um die Saar die Eroberung des Warndt als Ziel gesteckt.

*

Frankreich läßt nichts unversucht, um aus dem Saargebiete ein zweites Oberschlesien zu machen. Die künstlich geschaffenen wirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen dem Saargebiete und Lothringen in der saarländischen Südwestecke nach dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages sollen dazu dienen, die rechtswidrigen wirtschaftlichen Veränderungen in die Wagschale zu werfen. Und wenn es dann nur gelingt, im Warndt ein paar Stimmen für Frankreich oder für Beibehaltung der gegenwärtigen Rechtsordnung zu gewinnen, so sollen diese „berücksichtigt“ werden. Eine solche Aufgabe wird von französischen Politikern dem Völkerbunde gestellt, der ja letzten Endes die Entscheidung über die Zukunft des Saargebiets gemäß dem Ausfall der Volksabstimmung zu fällen und auch die Vereinigung des ganzen Saarbeckengebiets oder eines Teils mit Deutschland zu beschließen hat (§ 36 des Saarstatuts).

Aber die französischen Versuche, die Abstimmung zu beeinflussen, beruhen auf einer völligen Verkennung der Psyche des durch und durch deutschen Saarländers, der sich auch im Warndt nicht davon abhalten lassen wird, seine Stimme für Deutschland abzugeben. Nur aus dem Zwang, jetzt unter dem fremdländischen Saarregime keine andere Arbeit im Saargebiete, insbesondere im Warndt selbst, zu finden, geht der erwerbstätige Teil der Warndtbevölkerung notgedrungen über die Grenze und arbeitet auf den lothringischen Gruben. Die Bevölkerung des Warndt ist durch und durch deutsch nach Herkunft, Sprache und Volkstum. Ihr Land kann, ebenso wie das übrige Saargebiet, auf eine tausendjährige gemeinsame Vergangenheit mit dem deutschen Reiche zurückblicken. Gerade die Bergknappen, die auf den lothringischen Gruben tätig sind und jetzt gezwungen werden, auf den lothringischen Gruben ihr tägliches Brot zu verdienen, sind mit dem saarländischen Boden, mit ihrer Heimat im Warndt, fest verbunden. Sie besitzen zum größten Teile eigene Häuser und einen kleinen landwirtschaftlichen Betrieb, der übrigens bei einer sozialen Wirtschaftspolitik allein schon durch Rodung des Waldes vergrößert werden kann. Nur ein hartes Muß treibt sie dazu, auf den lothringischen Bergwerken zusammen mit Ausländern zu arbeiten, deren Lebensstandard weit unter dem ihrigen liegt.

Die französischen Zechenbesitzer beschäftigen nämlich auf ihren Betrieben in

Lothringen mindestens 14 000 Ausländer (hauptsächlich Polen und Serben), die in wenig schönen Arbeiterkolonien hart an der saarländischen Grenze untergebracht sind. Es handelt sich hier um einen eminent wichtigen Strukturunterschied gegenüber der Saarbevölkerung, den selbst ein französischer Historiker wie Ernest Babelon in seinem tendenziösen Buche „Au pays de la Sarre“ kennzeichnet, wenn er von „einem internationalen Volk“ und „Nomaden der modernen Zivilisation“ spricht. Die Saarbevölkerung ist im Gegensatze dazu sesshaft und bodenständig. Diese Saarbergmänner zeichnet ein bäuerlich zäher Erwerbssinn und ein bürgerlich stolzes Geltungsstreben aus. Sogar in der französischen Denkschrift, die bei den Pariser Friedensverhandlungen den Delegierten mit der Forderung einer sofortigen Annexion des Saargebiets durch Frankreich überreicht wurde, stehen die Worte: „Fast alle Bewohner stammen aus dem Lande selbst.“ Ferner haben auch Erhebungen, welche die französische Militärbehörde 1919 im Saargebiete machen ließ, gezeigt, daß es, wie der französische Geograph Vidal de la Blache in seinem Buche „Le bassin de la Sarre“ sagt, „wenig Industriegegenden gibt, wo die Bevölkerung so sesshaft, so bodenständig verwachsen ist“ („aussi stable, aussi solidement implantée“).

Die so vom tiefsten deutschen Heimerleben erfüllten Bewohner des Saarlandes stellen sich niemals auf eine Stufe mit einem Völkergemisch, mit „dem internationalen Volk“, das in den lothringischen Bergmannsdörfern an der saarländischen Grenze von französischen Zechenherren angesiedelt wurde und ja auch im Gegensatze zur deutschen Arbeiterschaft die sehr geringwertigen Rechte der französischen Sozialgesetzgebung genießt. Die durch Eigentum, Rechte und Tradition gebundenen deutschen Menschen im Warndt haben nichts gemein mit nomadenhaft wandernden internationalen Arbeiterstämmen. Sie teilen in Glück und Unglück das Schicksal des Bodens, mit dem sie durch Generationen verbunden sind. An diesem Willen und der inneren Verbundenheit mit dem Stück Heimerde, das ein fester Teil Deutschlands ist, zerschellt die Spekulation der Franzosen, die heute noch glauben, „die Angehörigen Deutschlands als Gegenwert für eine Summe Goldes unter fremde Herrschaft zu bringen“ (Graf Brockdorff-Rantzau am 13. Mai 1919) und zugleich den Warndt mit den entscheidenden Kohlenreserven wegzunehmen.

Die Warndtangelegenheit ist für Deutschland keine Bagatelle. Die deutsche Volkswirtschaft kann unmöglich die Wegnahme dieses wertvollen, an Kohlenschätzen reichen Landes ertragen, denn mit seiner endgültigen Einbeziehung in den lothringischen Grubenbereich würde der Saarbergbau seiner wichtigsten Reserven beraubt und, auf die alten Gruben beschränkt, ruiniert werden.

OTTO MAYR:

Die Stellung der Stadt Trier in der deutschen Westmark

Die raumpolitische Betrachtung hat uns Deutschen erst die Augen darüber geöffnet, daß hinter dem Kampf um die Saar in Wirklichkeit ein Kampf um den Rhein sich verbirgt; denn von Saarbrücken aus öffnen sich strahlenförmig die Einfallwege zu den wichtigsten Brückenköpfen des sog. Pfälzer Rheins, Mainz, Mannheim und Germersheim. Da die Saarlinie verkehrspolitisch und strategisch so außerordentlich wichtig ist, wird sie von Westen her dauernd gefährdet sein, und auch nach dem Abstimmungssiege wird diese Ecke des Reiches einer besonderen Pflege und Stärkung bedürfen.

Doch darf die uns alle so tief bewegende Saarfrage nicht dazu verleiten, im Saarland die einzige gefährdete Stelle der deutschen Westmark zu sehen. Es gibt noch ähnlich bedeutungsvolle Ecken und Brückenorte hin zum Rhein. Ein kurzer Blick auf die Karte lenkt uns auf zwei Städte hin, die in einer Linie mit Saarbrücken liegen, Aachen und Trier. Aachen scheint im niederdeutsch-flandrischen Tor eine ähnliche Funktion auszuüben wie Saarbrücken im lothringisch-pfälzischen Tor. Es öffnet von der unteren Maas her die Straßen zum Niederrhein von Köln bis Wesel. Diese Straßen verlaufen wie die von Saarbrücken ausgehenden in östlicher bis nordöstlicher Richtung. Und wie Saarbrücken heute von der Festung Metz her gefährdet wird, so Aachen von Lüttich aus. Freilich, ein Unterschied in der heutigen strategischen Situation darf nicht vergessen werden: Während die beherrschende Gauhöhe links der Saar in deutscher Hand sich befindet, ist mit Eupen die Höhe des Hohen Venn, die das Kölner Tiefland beherrscht, uns verloren gegangen.

Und nun zu Trier an der Mosel. Man hat sich daran gewöhnt, von einer Moselpforte, einer Moselstraße zu sprechen, die ebenfalls vom Westen in nordöstlicher Richtung zum Rhein führen. Aber ein Blick auf die Eigenart des Moseltales läßt jeden Vergleich mit den eben bezeichneten breiten Einfalltoren ausscheiden. Das Moseltal ist bekanntlich sehr eng und vielgewunden — die Luftlinie von Trier bis



Koblenz beträgt rund 90 km, die Flußlänge dagegen 200 km —; es bildet daher für einen Vormarsch zum Rhein ein nicht geringeres Hemmnis als die Eifel- und Hunsrückhöhen, zwischen denen es liegt. Daher ist die Moselstrecke niemals eine Heeresstraße noch auch eine bedeutende Handelsstraße gewesen. — Trier erlebte wohl im Mittelalter eine hohe Handelsblüte und kam mit 10000 Einwohnern Städten wie Köln und Nürnberg gleich; das verdankte es aber nicht etwa seiner Lage an der Mosel, sondern der Tatsache, daß es, als Rhone und Maas noch zum Reiche gehörten, an der großen Nord-Südstraße: Marseille—Antwerpen lag. Von Trier aus führte außerdem die alte Römerstraße über die Eifel nach Köln und die Saarstraße nach Straßburg. Trier stellte damit die natürliche Verbindung her zu den wichtigsten Handelszentren der Rheinstraße, dieser zweiten großen Nord-Südstraße des Reiches. Seit dem Verluste Burgunds und der Maaslinie um 1550 mußte die Handelsblüte Triers notwendig absterben. Als im Napoleonischen Reiche dieses alte Straßensystem neu aufleben konnte, nahm Trier wieder dieselbe Stellung ein; die Hauptstraßen, die Napoleon von Trier aus anlegen ließ, führten nach Lüttich, Köln und zur Saar, nicht nach Koblenz. Und bezeichnenderweise erhielt Trier zuerst Eisenbahnverbindung mit Saarbrücken und Köln; erst zuletzt (1879) wurde die Moselstrecke ausgebaut. Das alles bestätigt die Tatsache, daß die Gegebenheiten des Raumes Trier zu einem Brückenorte werden ließen, der nicht wie Saarbrücken oder Aachen nach Westen und Osten weist, sondern nach Norden und Süden.

Dasselbe muß aber auch grundsätzlich für die Bedeutung gelten, die Trier im Kriegsfall inne hat. Dies wird durch nichts besser belegt als durch die Rolle, die es im 1. Koalitionskrieg zu spielen hatte. — Nach der unrühmlichen deutschen „Campagne in Frankreich“ drängten die französischen Revolutionsheere gleichzeitig gegen das flandrische wie pfälzische Tor. Dumouriez stand bereits in Aachen, Custine rückte in Mainz ein. Die notwendige Verbindung und das Zusammenwirken beider Armeen war jedoch nur möglich, wenn auch die Moselecke in ihren Händen war. Daher machte die preußisch-österreichische Koalitionsarmee die äußersten Anstrengungen, Trier, das von der Saar her bedroht war, zu halten. Alle Talzugänge wurden abgeriegelt, und tatsächlich mußten die Franzosen nach erfolglosen Angriffen sich wieder nach Saarlouis zurückziehen. Und als Custine das von deutschen Truppen belagerte Mainz durch einen Sturm auf Trier entsetzen wollte, aber blutig abgewiesen wurde, da blieb dem Franzosen nichts anderes übrig, als sowohl die Niederlande wie Mainz zu räumen. Erst als Moreau 15000 Franzosen von Saarlouis heranzuführte und Trier 1794 erstürmte, wurde die Zurückeroberung der beiden anderen Rheinstellungen möglich.

Trier war also der Punkt, von dem eine Zurücknahme der flandrischen und pfälzischen Front erzwungen werden konnte, zwischen die es sich wie ein Keil schiebt. Daher gewinnt Trier eine strategische Bedeutung vor allem dann, wenn der französische Angriff auf den Rhein durch diese beiden Einfalltore gleichzeitig erfolgt.

Diese Keilstellung Triers wurde übrigens schon im spanischen Erbfolgekrieg bedeutungsvoll. Als Marlborough nach der Schlacht bei Höchstädt dem Kriegsschauplatz von der Donau ins linksrheinische Gebiet verlegte, sah er seine erste Aufgabe darin, Trier dem Franzosen zu entreißen; denn erst im Besitz dieses Brückenortes konnte er an der lothringischen und flandrischen Front einheitlich operieren. Trier war „le pilier de l'Allemagne“.

Dieser Pfeiler zwischen den Fronten ist aber bis heute unbewehrt geblieben; wie Saarbrücken und Aachen ist Trier immer eine offene Stadt gewesen. Das Reich unternahm es ebensowenig, Trier zu befestigen, wie die Franzosen. An der Saar wie an der Mosel wählten sich diese dafür einen besser geeigneten Punkt: dort Saarlouis, hier den Mont-Royal bei Traben Trarbach¹⁾.

Trier selbst aber lag stets im Schatten zweier natürlicher Festungen, nämlich von Metz und Luxemburg. Solange Metz zum Reiche gehörte, solange überhaupt das Rheinland nicht Grenzmark, sondern Kernstück des Reiches war, blieb Trier vor jeder Bedrohung von Westen her sicher. Seit 1552 nun war Metz die Operationsbasis aller französischen Unternehmungen gegen den Rhein. Da kam es aber gerade Trier mehrmals zugute, daß in der deutschen Reichsfestung Luxemburg ein Gegengewicht zu Metz vorhanden war. Trotzdem bildete Metz in französischer Hand eine dauernde Gefahr für die offen liegenden Städte an Saar und Mosel. Wie klar die Bürgerschaft Triers sich über diese Bedrohung war, geht aus einer Adresse hervor, die sie im Oktober 1870 an Bismarck richtete, worin sie im Gegensatz zu einigen rheinischen Stimmen dringend die Annexion von Metz forderte; das Nationalitätsprinzip müsse zurücktreten hinter der Verteidigung des eigenen Landes. — Doch muß man gerade heute daran erinnern: Hatten die französischen Heere bereits die Saarstellung gewonnen, dann vollzog sich ihr Vormarsch nach Trier nicht mehr von Metz aus, sondern von Saarlouis über Merzig und die Hunsrückhöhe. Damit aber wurde Luxemburg ausgeschaltet. So ist das Schicksal der Mosellande aufs engste mit dem der Saar verbunden.

Wohl sind der Saarl Linie und dem Moselkeil, wie hier gezeigt wurde, verschiedene Funktionen eigen, die durch ihre natürliche Lage und Grundrichtung bestimmt werden. Nachdem uns aber heute Metz und Luxemburg verloren sind und durch den Verlauf der deutschen Wehrgrenze die Westmark alles Schutzes beraubt ist, werden Saar und Mosel die Aufgabe, die ihnen im Spiel der Kräfte gewiesen ist, nur dann erfüllen können, wenn hinter ihnen der aktivierende Wille des Reiches steht.

1) Wie genial ausgerechnet die Lage dieser größten Zwingburg Vaubans ist, erhellt daraus, daß vom Mont-Royal aus ebenso leicht Bingen wie Koblenz zu erreichen und in Schach zu halten ist, was von Trier aus nicht möglich wäre. Außerdem ist der Mont-Royal mit Trier durch die sog. Wittlicher Senke geradlinig verbunden. Siehe dafür Karte 2 des neuen „Saar-atlas“ (Perthes, Gotha).

JULIUS BÜDEL:**Deutscher und niederländischer Kulturboden**

Das deutsche Volkstum teilt mit anderen Nationen die Eigenschaft, dem Boden, auf dem es lebt, sehr deutlich sichtbare Züge seiner Eigenart aufgeprägt zu haben. Selbst dem ungeschulten Blick muß der scharfe Gegensatz der deutschen Kulturlandschaft gegenüber der osteuropäischen, gegenüber dem ungarischen, italienischen, ja selbst dem französischen Kulturboden in Lothringen auffallen. Je tiefer wir dringen, desto schärfer treten grundsätzliche Unterschiede hervor. Innerhalb des deutschen Kulturbodens sehen wir dagegen die Vielfalt natürlicher Landschaften weitgehend überbrückt. Gesicht und Lage von Dorf und Stadt, Teilung und Verhältnis von Ackerflur, Wiese und Wald zeigen etwa in Niedersachsen und dem österreichischen Alpenvorland weit ähnlicheren Zusammenklang als im nahen Welschland; und dieselben Züge kehren, nur leicht abgewandelt, in Siebenbürgen, ja im Kaukasus wieder. Selbst auf fremdem Volksboden, wie in Innerböhmen, hat ein jahrhundertelanger kultureller Einfluß ähnliche Bilder geprägt. Hier, auf dem Boden des alten Österreich-Ungarn, wo der Einfluß deutscher Kultur nach Osten nur langsam verebte, mußten naturgemäß breite Übergangszonen entstehen.

Aber noch größere Schwierigkeiten bot stets der Versuch, deutschen und niederländischen Kulturboden von einander zu scheiden. Sieht man von der jütischen Halbinsel ab, so liegt hier der einzige Fall, wo das Gebiet der deutschen Sprache auf dem Festland an das eines anderen germanischen Volkes grenzt. Aber beide Völker sind nahe verwandt, derselben Wurzel entsprungen. Erst eine junge geschichtliche Entwicklung hat sie von einander getrennt. Die Staatsgrenze läuft heute quer über alte Stammesgrenzen. Es fragt sich nun: hat diese politische Entwicklung dazu geführt, hier einen neuen, von dem deutschen verschiedenen Kulturbodentypus zu formen?

Es ist kein Zweifel, daß die meisten Deutschen die niederländische Landschaft, besonders in den altholländischen Gebieten, als etwas Auffälliges, Fremdes empfinden werden: Wir kennen alle seit früher Jugend jene Bilder, auf denen Windmühlen, Kanäle mit Zugbrücken und Fischer in Holzpantoffeln die stets wiederkehrende Staffage der Landschaft bilden. Solche Züge stehen zu weiten Teilen deutscher Landschaften in starkem Gegensatz. Der Unterschied der holländischen Kulturlandschaft gegen eine ober-, mittel- oder ostniederdeutsche wäre leicht zu ziehen. Die Frage ist jedoch, ob sich bei näherer Betrachtung hinreichend gewichtige Unterschiede zu dem in jeder Beziehung äußerst ähnlich scheinenden Nordwestdeutschland ergeben.

Von Natur ist kein Land außerhalb unserer Grenzen einer deutschen Landschaft so ähnlich wie Holland. Es setzt nahezu unverändert alle Landschaftsgürtel fort, die das nordwestdeutsche Altmoränengebiet in so schöner Gliederung von der Nord-

see bis zum Mittelgebirge zeigt. Gegen die offene See schützt hier wie dort der Dünengürtel, dahinter liegt das Wattenmeer und dann das fruchtbare, meist erst künstlich dem Meere abgerungene Marschland. Nur in Altholland ist die Marsch durch die Anschwemmungen von Rhein und Maas unmittelbar mit den Dünen verknüpft. Darüber erhebt sich die Geest (holländisch „zand“), hier wie dort von derselben Heidelandschaft bedeckt. Ebenso unverändert setzen sich die Hochmoore vom deutschen Emsland durch die östlichen Niederlande bis nach Brabant und Limburg fort. In ihrer maasaufwärts vorgeschobenen Spitze gewinnen die Niederlande noch Anteil an der Lößzone und reichen über das vorgelagerte Kohlenbecken bis auf den Rand des Rheinischen Schiefergebirges hinauf. Wesentliche Unterschiede gegenüber Nordwestdeutschland zeigt somit nur der Marschgürtel, dem durch Fruchtbarkeit und Verkehrskunst besondere Bedeutung zukommt. Er ist in Deutschland durch breite Schlauchmündungen und Geestvorsprünge in einzelne Ländchen (Dithmarschen, Kehldingen, Butjadingen) von geringer Verselbständigungskraft zerrissen, bildet jedoch westlich des Dollart einen geschlossenen Saum und erreicht jenseits der Zuidersee 65 km Breite. Er setzt sich dort im Gegensatz zu Weser und Elbe als breite Flußmarsch stromaufwärts fort. Der geringe Tidenhub vor den „Hoofden“ und die starke Schlammanlandung des Rhein—Maas-Systems wirkten zu seiner Ausdehnung zusammen. Aus demselben Grund blieb die trichterförmige Ausspülung der verteilten Deltaarme gering und erreicht erst im Scheldegebiet wieder größeres Ausmaß. So lag hier weder aus Verkehrs- noch aus seeseitigen Schutzbedürfnissen ein Grund vor, die Hafenstädte weit ins Binnenland zu verlegen. Die Seestädte des Rheindeltas erwuchsen daher inmitten der Marsch, des „Polderlandes“ und konnten sich dort — im Gegensatz zu Hamburg, Bremen und Antwerpen — landseitiger Einflußnahme stets in weit höherem Maße entziehen.

Damit sind wir aber schon bei den geschichtlichen Grundlagen der heutigen Kulturlandschaften angelangt. Es ist nicht zweifelhaft, daß auch diese von der Völkerwanderungszeit her die gleichen waren wie in Nordwestdeutschland. An der Küste sitzen hier wie dort die Friesen. Sie sind sprachlich in der schmalen ostfriesischen Marsch vom Niedersachsenum aufgesogen. Dieses reicht geschlossen bis zur Zuidersee; gegenüber der ehemaligen Verbreitung, die heute noch durch das sächsische Hallenhaus angedeutet wird, hat sich die sächsische Sprache heute nach Norden auf Kosten des Friesentums ausgedehnt, ist jedoch im Süden bis fast zur IJssel zurückgewichen. Den ganzen Süden und Westen der Niederlande bis nach Flandern und Westfriesland nehmen die Franken ein, vor allem die Niederfranken, deren Gebiet erst jenseits der heutigen Reichsgrenze beginnt. Aus ihnen ist gerade in der Kernlandschaft der Rhein- und Maasmarschen durch Mischung mit den Friesen das holländische Volkstum hervorgegangen.

Aber auch die Niederfranken waren ursprünglich nur ein deutscher Stamm

neben anderen. Die Grundlagen der Natur- und Kulturlandschaft stimmen also mit Nordwestdeutschland weitgehend überein. In der Tat ist alles, was in der niederländischen Kulturlandschaft noch an die Urbesiedlung und die frühe mittelalterliche Entwicklung anknüpft, kaum von nordwestdeutschen Verhältnissen verschieden, so vor allem die ländlichen Siedlungsformen. Der spätere Vorgang des Auseinanderwachsens jedoch, für den die Schriftsprache nur ein Symbol ist, hat mit den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnissen auch die Struktur des Kulturbodens in tiefgreifender Weise verändert. Am vollkommensten geschah dies im Gebiet des Rheindeltas. Von da strahlten die Wirkungen dieser Umwandlung in abgeschwächter Form bis zu den Grenzen aus, wo nur noch im „Stil“, nicht mehr in den Elementen der Kulturlandschaft eine Scheidung gegenüber den von der jüngeren deutschen Entwicklung gleichfalls etwas abseitigen Grenzstrichen möglich ist.

Jedoch gilt diese Form verwandter Berührung nur dort, wo die Grenze im frühbesiedelten Land verläuft, also vor allem in der Marsch, in den wenigen Geschiebemergelstrichen der Geest (z. B. um Winterswijk) und der schmalen Lößzone. Nähert man sich vom Kern des Landes durch die später erschlossenen Gebiete, die ausgedehnten Heidesand- und Moorflächen, der Grenze, so ist nicht nur keine Annäherung, sondern eine Verschärfung des Gegensatzes zu beobachten. Diese mageren Böden wurden erst nach dem Ausbau der kulturellen und politischen Trennung einer intensiveren Nutzung zugeführt. Ihre Kolonisation setzte eine vorgeschrittene Entwicklung der Kernlandschaft zu kapitalistischen Zügen voraus. Da sich diese aber bereits in deutlichem Gegensatz zu der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands vollzog, so war auch die Neulandgewinnung hüben und drüben auf ganz verschiedene Ziele ausgerichtet. So stoßen hier heute in ihrer Wirtschaft und Physiognomie ganz verschiedene Landschaften zusammen. Es ist in weniger groben, gewissermaßen europäisch verfeinerten Zügen dieselbe Erscheinung, die an der Grenze überseeischer Kolonialgebiete, etwa zwischen dem portugiesischen Goa und Britisch-Indien so außerordentlich scharfe Gegensätze in einem ursprünglich einheitlichen Landschaftskomplex erzeugte.

Die Kolonisation der Moor- und Heideflächen ist auch politisch-geographisch von Bedeutung. Ihrem geringen Wert entsprechend wurden sie in den entlegenen Grenzstrichen zuletzt der Erschließung zugeführt. Lange hat man hier absichtlich eine Grenzwildnis erhalten. Die so unhistorisch-gradlinig durch das Bourtangeroor verlaufende Grenze zeigt, daß ihre Festlegung erst spät erfolgte. Sie durchschneidet bis vor kurzem eine einheitliche, kaum veränderte Naturlandschaft. Erst durch die jüngste Erschließung ist dieser Grenzsaum, der sonst im mitteleuropäischen Flachland längst verschwand, auf eine Linie zusammengeschrumpft, die jetzt durch die Verschiedenheit der beiderseitigen Wirtschaftsentwicklung scharf in der Landschaft hervortritt.

Zu dem heutigen Bild führten also zwei verschiedene Vorgänge: die Herausbildung eines holländischen Kulturzentrums und zweitens die darauf eingestellte Ödlandkolonisation. Der erste Vorgang ist allgemein bekannt: er zerfällt seinerseits in zwei Phasen. Solange Holland europäisches Randland war, wurde es vom Reiche wenig beachtet, schon zur Stauferzeit ging die Reichsgewalt so ziemlich verloren. Andererseits war in dem ständig von Fluten bedrohten Marschenland eine straffe staatliche Organisation notwendig. So bildete sich leicht ein engeres Gemeinschaftsgefühl heraus. Von größter Bedeutung ist nun, daß dieser Abspaltungsprozeß sich schon vollzogen hatte, bevor die Verlagerung der Handelswege vom Mittelmeer zum Atlantik das Rheinmündungsland plötzlich in den Mittelpunkt des Weltverkehrs rückte. Der natürliche Schutz im Marschenland blieb bestehen und konnte im entscheidenden Augenblick bereits durch wirtschaftliche und politische Macht so verstärkt werden, daß das kleine Land dem Angriff der spanisch-habsburgischen Macht standhielt. In dem achtzigjährigen Befreiungskrieg, in dem es auch von den protestantischen Reichsständen nie unterstützt wurde, wuchs es zu einem selbstständigen Staat heran, der im Gegensatz zu Binnendeutschland ganz auf das Meer zur Betätigung in Handel, Schifffahrt und Kolonien gedrängt wurde. Die Folge war eine einzigartige Blüte der städtischen Kultur, die ohne wesentliche Veränderungen dem Lande bis heute seinen Stempel aufdrückt, während Deutschland infolge des 30jährigen Krieges noch zwei Jahrhunderte in den Fesseln der Kleinstaaterei, merkantilistischer Engherzigkeit und einer rein binnenländischen Entwicklung blieb. Als nach der deutschen Einigung jene stürmische kapitalistische Entwicklung einsetzte, geschah dies auf ganz anderer Basis als in Holland, nämlich auf Grund der Industrialisierung, die durch die Bildung eines städtischen Proletariates Stadt und Land in eines viel weiteren Umfang als in einem vornehmlich Handel treibenden Land auseinanderriß.

Lebendiges Zeugnis dieser Entwicklung ist vor allem die holländische Stadt. Im Kern sind die behäbigen gotischen Fachwerkbauten deutscher Altstadtviertel durch die klassischen Linien der Renaissance, den schweren Schwung des holländischen Barock ersetzt entsprechend der Zeit, in der die Sonne Oraniens am höchsten stieg. Mit der frühen kapitalistischen Entwicklung und dem durch Jahrhunderte gleichmäßig bewahrten Wohlstand legte sich in immer jüngeren Stilgattungen Ring um Ring um die Stadtkerne. Nirgends ist auch ein nur annähernd so schroffer baukünstlerischer Riß zu beobachten, wie ihn in allen deutschen Großstädten das wahn-sinnig überstürzte Wachstum der Gründerzeit und des folgenden wirtschaftlichen Aufschwungs brachte. Der größte Teil unserer Großstädte wurde leider in einer Epoche völliger Stilverwirrung errichtet. Jene trostlosen Zeilen von Mietskasernen mit ihrem protzigen und unwahren Stukkatureschmuck, die unsere neueren Stadtteile zusammensetzen, fehlen in Holland so gut wie völlig. Das schöne Alte geht ohne Bruch in das schöne Neue über. In fester Bindung an die Tradition hat sich

dabei ganz überwiegend das Einfamilienhaus bewahrt mit schmaler Stiege neben hohen Fenstern, die die ganze Vorderfront einnehmen und einen Durchblick bis zum Garten hinter dem Haus gewähren. Dieser Typus ist bis weit in das Kleinbürgertum und die modernen Arbeitersiedlungen hinein herrschend. Ist dies ein ländlicher Zug in der Stadt, so ist umgekehrt das Dorf der holländischen Marsch ganz auf die Stadt eingestellt. Dem hochgiebeligen Friesenhaus ist ein vollständiger städtischer Vorbau oder mindestens eine städtische Fassade mit waagrechtem Blendgiebel und drei bis vier hohen Fenstern vorgesetzt, hinter denen sich die rein städtisch mit allen Errungenschaften der Neuzeit ausgestattete Wohnung des Marschbauern birgt. Am weitesten ist diese Entwicklung in dem völlig getrennten Wohnteil des sog. dreiteiligen Friesenhauses vorgeschritten. Die Landwirtschaft hat hier den Getreidebau ganz aufgegeben und ist ganz auf die Versorgung der Städte mit Gemüse, Obst und Viehzuchtprodukten eingestellt. Die große Stadtdichte in Altholland schafft für solche leicht verderblichen Waren einen völlig sicheren Absatz, der durch das dichte Verkehrsnetz der Kanäle, der vorzüglichen Autostraßen und der Eisenbahn noch gesteigert wird. Besonders das Kanalsystem, an das hier, unter dem Meeresspiegel, ja naturgemäß jeder Bauernhof angeschlossen sein muß, gewährt auch eine sehr billige Düngemittelzufuhr und eine vollkommene Sicherstellung der Bewässerung durch einfache Regulierung des Wasserstandes. In den zahlreichen gärtnerischen Großbetrieben der Blumen- und Frühgemüsezücht gibt es keine einzige Gießkanne! Es kann nicht wundernehmen, daß unter so günstigen Umständen die holländische Landwirtschaft zu einer sehr leistungsfähigen und schwer schlagbaren Ausfuhr imstande ist. Der Bauer ist vollständig in das Welthandelssystem eingespannt, und es geht ihm dabei wirtschaftlich sehr gut. Umgekehrt verleiht die Handelsbetätigung der Stadt einen weiteren „unstädtischen“ Charakterzug: außer den Mietskasernen treten auch die Industriekomplexe selbst im Weichbild der Städte ganz auffällig zurück. Ohne scharfe Trennung geht die Stadt mit ihren Gärten und Einfamilienhäusern in die von zahllosen Wassergräben durchzogenen Viehweiden über, die durch prachtvolle alte Baumreihen ein parkartiges Aussehen gewinnen. Den städtischen ebenso wie den ländlichen Horizont beherrschen endlich die zwar immer seltener werdenden Pumpwerke der Windmühlen und die auf hohen Deichen dahinziehenden Schifffahrtskanäle gleichsam als Symbol der gemeinsamen Sorge für die Wasserregelung und das Gedeihen des Weltverkehrs, die sie beide verbindet. Seit Jahrhunderten ist das Verhältnis zwischen Stadt und Land in der vollendetsten Weise eingespielt. Führt man mit einer der vielen Überlandstraßenbahnen, so ist man manchmal im Zweifel, wo Stadt und Land sich trennen, die eine Stadt aufhört und die andere beginnt. Besonders das Gebiet zwischen Rotterdam—Haag—Leiden—Haarlem—Amsterdam—Utrecht wirkt wie ein einziger städtischer Organismus, der aber zugleich das reife harmonische Bild einer alten Kulturlandschaft bietet. Denn der holländische Bauer ist hier

keineswegs entwurzelt, wirtschaftlich sicher und fest in Glaube, Sitte und Tracht sitzt er auf seinem Vatererbe, und eher könnte man sagen, auch der Städter habe hier von bauerlicher Stetigkeit und Unbeweglichkeit weit weniger als anderwärts abgelegt.

Während die Symphonie der altholländischen Landschaft noch stark in Seeland, entfernter und abgeschwächt in der friesischen und Groninger Marsch nachklingt, beherrschen ihre Akkorde völlig die Ränder der benachbarten anderen Landschaftsgürtel. Die Dünen stellen auf den deutschen Küsteninseln nur Badeplätze dar. In Holland ist dagegen der innere Altdünengürtel, auf den hier der Name „Geest“ beschränkt ist, größtenteils abgegraben und nach der Mischung mit Polderboden ganz in die hochentwickelte Landwirtschaft der Marsch einbezogen: er ist der Hauptträger der Blumenzwiebelzucht und der Obst- und Traubenkultur in Gewächshäusern, die hier eine sonst nirgends bekannte Intensität des Anbaus erzeugt. Nicht für die Wirtschaft aber für das genießende Auge wird endlich die höchste Steigerung des holländischen Landschaftstypus beim Anstieg von der Marsch zur eigentlichen Sandgeest in dem Streifen zwischen Zuidersee und Niederrhein erreicht. Südlich von Utrecht sind an die der Geest vorgelagerte Hügelreihe, etwa bei Driebergen und Doorn, die prächtigen Parks und Herrensitze des holländischen Kaufmanns- und Kolonialadels gelehnt, ebenfalls inmitten einer Landschaft reichster gärtnerischer Kultur. In den weiten Horizonten, aus denen diese Hügel hervorstechen, gewinnt eine einzelne Baumgruppe die gleiche monumentale Wirkung wie auf den Bildern von Ruysdael und Rembrandt. Überblickt man von hier aus das städteerfüllte Polderland, so hat man wie wohl an keinem zweiten Punkt der Erde den Eindruck einer mit Kultur und Geschichte erfüllten Landschaft, der Kulturlandschaft schlechtweg; denn sie ist ganz eine Schöpfung der durch die Lage begünstigten menschlichen Tatkraft und menschlichen Willens. Die Trockenlegung der Zuidersee, hinter der das ganze Land wie ein Mann steht, ist das heroische Schlußstück dieser Entwicklung.

Dringen wir von dort nur wenige Kilometer weiter in die Geest vor, z. B. in das Plateau der Veluwe, aber ebenso in Drenthe, Overijssel und Nordbrabant, so scheint plötzlich alle Kultur aus dem Landschaftsbild wie weggeblasen. Mager und öde, nach dem blühenden Aussehen der Marsch geradezu vernachlässigt liegt eine menschenleere Naturlandschaft vor uns. Die Volksdichte im Polderland erreicht auch außerhalb der Städte über 200 je qkm, während sie in der Veluwe unter 50 je qkm bleibt. Die unbebauten Heideflächen nehmen überall im Verhältnis viel größere Gebiete ein als in Nordwestdeutschland, und dazwischen liegen weite Strecken z. T. noch wandernder Binnendünengebiete. Sie sind oft nur durch primitiv aus Heideplaggen errichtete Schäferhütten und kleine Siedlerstellen aus wilder Wurzel belebt. Ähnliche Landschaftsbilder sind in der Lüneburger Heide zumeist auf die Naturschutzgebiete beschränkt; die land- und forstwirtschaftliche

Kultivierung des Heidebodens ist in Deutschland, besonders durch die Anwendung künstlicher Düngung, viel weiter vorgeschritten. Das gegenteilige Verhalten in Holland ist bei einem kleinen Land mit höchsten Volksdichtezahlen doppelt erstaunlich. Es ist im wesentlichen eine Wirkung der frühen und engen Anpassung an die Weltwirtschaft, ähnlich wie sie sich in England vollzog. Gegenüber dem reichen Marschland waren die „zand“-Gebiete stets nicht nur durch ihre natürliche Abgelegenheit und Unfruchtbarkeit, sondern vor allem auch durch ihre mangelnde Erschließung durch Kanäle so benachteiligt, daß die dort durch den Anschluß an den Welthandel vollzogene Intensivierung nicht lohnte und sie daher bei einer verhältnismäßig extensiven landwirtschaftlichen Nutzung stehenblieben. Für die Gesamtheit aber war es gewinnbringender, aus der Zuidersee, wenn auch mit märchenhaften Kosten, eine neue Provinz des so unendlich wertvolleren Marschlandes zu gewinnen, und so sparen die Holländer die Heidegebiete für ihre Enkel auf, denen vielleicht bei einer Veränderung der Weltlage Überseehandel und Kolonien nicht mehr in gleicher Weise wie heute zur Erweiterung ihres Lebensraumes zur Verfügung stehen.

Ganz im Gegensatz zu Deutschland sind dagegen die Heidegebiete in Holland der Sitz großindustrieller Zentren geworden. Die Textilindustrie und die z. T. auf dieser aufbauende Maschinenindustrie in der Twente (Enschede, Oldenzaal, Hengelo, Almelo) und um Eindhoven — von dem Limburger Kohlenrevier sei hier abgesehen — sind wohl z. T. auch an bodenständige Rohstoffe geknüpft (Wolle, Flachs), der Hauptgrund ist aber das Vorhandensein billiger Arbeitskräfte in jenen landwirtschaftlich so wenig entwickelten Gebieten. Als dritter Grund kommt endlich die Billigkeit des Baugrundes in den fast wertlosen Heidesandgebieten hinzu. Der Hauptkraftstoff, die Kohle, besitzt bei dem ausgedehnten Netz von Schifffahrtskanälen, die überallhin einen billigen Versand gestatten, wenig standortbestimmende Kraft. Damit erhielten die Arbeiterverhältnisse und die Bodenpreise den entscheidenden Einfluß. Wie auch bei uns im Weichbild der Großstädte die Industrie sich die billigsten Baugründe aussucht, so übernahm hier das wertvolle Polderland gewissermaßen die Rolle einer einzigen großen Stadt und blieb frei von allen irgend beweglichen Industrien, die in die sterilen Heidesandgebiete rückten. Das hatte wieder äußerst günstige soziale Rückwirkungen: in dem ohnehin industriearmen Lande verhinderte diese Erscheinung noch im besonderen ein Anschwellen des großstädtischen Proletariats, der Arbeiter blieb vielmehr in mustergültigen Landsiedlungen mit einem kleinen eigenen Besitz an die Scholle gebunden. Im weiteren Umkreis hat diese in besonderem Sinne „bodenständige“ Industrie auch die rein landwirtschaftliche Erzeugung des Heidegebietes gefördert.

Ist in diesem letzten Zug, der ländlichen Industriesiedlung, ein im Gegensatz zu Deutschland hervortretender Blick zur Weltwirtschaft weniger deutlich — die Twenter Textilindustrie greift ja auch etwas auf deutschen Boden nach Bentheim

über — so tritt er um so schroffer in der holländischen Moorkolonisation zutage. Dies ist um so erstaunlicher, als die beiden älteren Formen der Hochmoorkultur holländische Erfindungen sind, die in Deutschland nachgeahmt wurden, dort aber eine völlig andere Entwicklung nahmen. Da die Naturgegebenheiten hüben und drüben genau dieselben waren, so vermag nichts schlagender die Gegensätzlichkeit der Wirtschaftsentsaltung in beiden Ländern zu zeigen, die hier zu einer äußerst verschiedenen Struktur des Kulturbodens führte.

Die mittelalterliche Kolonisation hatte sich in beiden Ländern auf die weniger schwierige Niedermoor- („laagveen“-) Kultur beschränkt. Die Kultur des Hochmoores nach vorherigem Abgraben des Torfes (Fehnkultur) setzt einen größeren Kapitalaufwand voraus. Nach den Erfolgen, welche die Stadt Groningen seit 1618 auf diesem Gebiet erzielte, wurde von 1630 an auch im deutschen Ostfriesland und Emsland mit der Anlage von „Fehnkolonien“ begonnen. Ein Fehnunternehmen setzt sich aus vier verschiedenen Betriebszweigen zusammen: 1. der Anlage eines Kanalnetzes zur Entwässerung, für die Torfabfuhr und spätere Düngerezufuhr, 2. der eigentlichen Torfgräberei, 3. der Kultivierung und bäuerlichen Bewirtschaftung des Untergrundes und 4. der Verschiffung und dem Handel mit dem gewonnenen Torf. Die deutschen Fehnunternehmer, ihrerseits Pächternehmer der Territorialfürsten, besorgten nur den Kanalbau und gaben das Moor zu beiden Seiten an Kleinpächter weiter, auf denen somit die Last des Torfgrabens, der Kultivierung und der Verschiffung ruhte. Als Besitzlose kamen diese mit ihrer Hände Arbeit schon mit dem Torfabgraben nur langsam vorwärts, es dauerte also auch lange, bis genügend kultivierbares Land geschaffen wurde und bis jeder in den Besitz eines eigenen, wenn auch kleinen (und daher wenig rentablen) Torfschiffes kam. Ferner waren aus merkantilistischer Gewinnsucht die Kolonate von vornherein zu klein gewählt worden, um möglichst viele zinszahlende Pächter ansetzen zu können. Man wollte nichts wagen, aber möglichst viel profitieren. So wurde auch das Hauptkanalsystem unzweckmäßig angelegt: statt eines Hauptkanales, dessen Anlage und Erhaltung sich rentiert hätte, achtete jeder Grundherr ängstlich darauf, seinen eigenen Kanal zur Ems auszubauen. Diese lagen so eng beieinander, daß das Einzugsgebiet zu klein wurde, um sie durch die Torfabfuhr zu verzinsen. Sie verlandeten, so daß die Schifffahrt zeitweise völlig zum Erliegen kam und der erwartete Erfolg vielfach ausblieb. Kleinstaatliche Engherzigkeit hemmte in dem nach dem großen Kriege verarmten Deutschland auf lange Zeit großzügige Unternehmungen.

Wie allgemein solche Hemmnisse wirkten, erhellt aus der Tatsache, daß der im folgenden 18. Jahrhundert unternommene zweite Versuch der Hochmoorkolonisation aus ganz ähnlichen Gründen fehlschlug, obwohl er von dem Großstaat Preußen unternommen wurde. Die ausgezeichneten Erfolge der Flachmoorkolonisation in den ostdeutschen Stromniederungen ermutigten Friedrich den Großen,

in den Hochmooren Ostfrieslands Ähnliches zu versuchen. Von dem Bestreben geleitet, dem König möglichst bald möglichst viele neue Steuerzahler zu gewinnen, unterließen es aber seine Beamten, den viel größeren Kapitalaufwand bei der Staatskasse durchzudrücken, der hier zur Vorbereitung einer gedeihlichen Kolonisation nötig gewesen wäre. Man setzte die Siedler, wenn auch mit weitgehenden Vergünstigungen, einfach im wilden Hochmoor an. Die Möglichkeit dazu schien die ebenfalls von Holland übernommene Moorbrandkultur zu geben. Diese war dort im wesentlichen als zusätzlicher Erwerb geübt worden. Da sie aber einen bald versagenden Raubbau bedeutet, so konnte keine Dauersiedlung auf ihr aufgebaut werden, zumal wieder aus fiskalischen Gründen viel zu kleine Kolonate vergeben worden waren. Bis tief in das 19. Jahrhundert hinein bieten die Hochmoorkolonien von Preußen, Hannover und Oldenburg überwiegend ein Bild trostloser Verarmung, so daß schließlich ein großer Teil der Siedler nach Amerika auswanderte. Erst die nach 1870 einsetzende Industrialisierung vermochte den Bevölkerungsüberschuß im Lande zu behalten, und zugleich wurde durch die Erfindung künstlichen Düngers und die erwachten Kapitalkräfte die moderne deutsche Hochmoorkultur auf unabgetorften Moor möglich, die alsbald eine umfangreiche Siedlungstätigkeit auf gesicherter Grundlage ermöglichte. Sie ist bei ihrer in der Nachkriegszeit erfolgten sehr interessanten Rationalisierung vom Getreidebau ganz zur Viehzucht übergegangen. Aber noch bietet sie das Bild einer jungen, werdenden Kulturlandschaft. Regelmäßige Zeilen gleichförmiger unhistorischer Haustypen, zum Teil ohne fest ausgebaute Verkehrswege und ohne städtische Züge schieben sich ins wilde Moor vor, wo noch weite Strecken der Erschließung harren, nachdem sie von der Brandkultur verlassen wurden. Hier sind zum Glück noch Möglichkeiten zur Erweiterung unseres Lebensraumes vorhanden.

Drüben auf holländischer Seite spüren wir nichts von diesem dreimaligen Wechsel der Betriebsmethoden. Die reiche Stadt Groningen hatte hier die Verfehnung des größten niederländischen Moorbezirkes und den gesamten Torfhandel allein an sich zu bringen gewußt, der bald ein glänzendes Geschäft wurde. Nicht das Streben nach Pachtzinsen oder Landgewinn, sondern die Ausnützung von Brennstoffvorräten für das eigene Gewerbe und für die Ausfuhr, besonders auch nach Nordwestdeutschland (sogar nach Emden!), also Handels Gesichtspunkte gaben den Anlaß zur Ausnutzung der Moore. Die Kanäle wurden von vornherein nach einheitlichem Plan angelegt. Aber wahrhaft bewunderungswürdig ist der Weitblick, mit dem man gleichzeitig eine spätere Verwertungsmöglichkeit der kostspieligen Kanäle durch die Anlage landwirtschaftlicher Kolonien auf dem abgetorften Moor ins Auge faßte und das ganze Tempo des Abbaubetriebes von vornherein auf dieses größere Ziel einstellte, das, wieder echt holländisch, zu einer engen Symbiose von Landwirtschafts- und Handelsinteressen führte. Der Erfolg wurde erreicht durch ausgiebige Größe der Kolonate und durch eine

getrennte Vergebung des Torfabbaus, der Kultivierung und der Verschiffung an verschiedene Hand in Hand unter städtischer Kontrolle arbeitende, ihrerseits kapitalkräftige Unternehmer. Das Ergebnis war eine durch 300 Jahre stetig fortschreitende Entwicklung, die das abgetorfte Moor bis tief nach Drenthe hinein in die reife blühende Kulturlandschaft verwandelte, als die das „veenkoloniale gebied“ heute vor uns steht. Die wirtschaftlich stets gefestigte Landwirtschaft hat hier im Gegensatz zur deutschen die Krisen früherer Jahrhunderte nur als schwache Ausschläge verzeichnet, die jene zu Katastrophen führten. Auch auf die Umwälzung des hochkapitalistischen Maschinenzeitalters, die bei uns die neue Hochmoorkultur ins Leben rief, reagierten die Groninger Veenkolonien sehr elastisch mit der Errichtung der rein auf Ausfuhr eingestellten Strohkarton- und Kartoffelstärkeindustrie, die umgekehrt wie in Deutschland eine reine Einstellung auf Ackerbau (Roggen und Kartoffeln) mit sich brachte. So haben sich bis in die jüngste Zeit die historischen Gegensätze verschärft. Auf viele Kilometer hin bildet die Grenze eine messerscharfe Scheide, die in Form einer auffälligen Stufe das flache Moorland durchläuft: im Westen ist nach holländischer Art der Torf abgegraben, und sein Untergrund trägt eine blühende alte Ackerbaukulturlandschaft mit gleichmäßig verbreiteten städtisch-industriellen Zügen. Auf der Ostseite, auf einem je nach der Torfmächtigkeit 4—8 m höheren Niveau, weidet auf dem ohne Abtorfung kultivierten Moor das Vieh des jungen deutschen Ansiedlers. Eine so scharfe Trennung zweier lediglich aus wirtschaftsgeschichtlichen Gründen verschiedenartigen Kulturlandschaften dürfte auf der Erde so leicht nicht wiederzufinden sein. Aber sie ist nur ein Symbol für die allgemein von uns beleuchtete Entwicklung. Wohl hat die Weltkrise und die am Horizont sichtbare allgemeine Abkehr von reinen Welt- und Freihandelsinteressen gerade in dem hier sehr hellhörigen Holland bereits zu sehr einschneidenden landwirtschaftlichen Reformen im Sinne einer Beschränkung auf den Binnenmarkt geführt, die letzten Endes auch zu einer Wiederableichung der deutschen und holländischen Wirtschaftsstruktur führen müßten. Aber es ist klar, daß dies auch dann, wenn die allgemeine Entwicklung auf diesem Wege weiterschreiten sollte, die seit Jahrhunderten geschichtlich vollzogene Tatsache der Trennung des deutschen und des niederländischen Kulturbodens nicht mehr rückgängig machen kann.

RICHARD WAGNER:**Die geopolitische Bedeutung Goslars im ersten Reich¹⁾**

„Volk und Erde, das sind die beiden Wurzeln, aus denen wir unsere Kraft ziehen wollen und auf denen wir unsere Entschlüsse aufzubauen gedenken.“ Diese Worte sprach unser Führer am 10. Februar 1933.

Blut und Boden sind die Grundlagen eines jeden lebenskräftigen und starken Staates. Auf diesen beiden Faktoren ist er aufgebaut, sie machen seinen Staatsbegriff aus. Die geographische Lage in Verbindung mit den geschichtlichen und politischen Vorgängen bestimmen das Werden und Sein des Staates. So klar diese Gedanken sind, war doch der Durchbruch zur neuen Auffassung deutscher Geschichte erst, nach einer langen Zeit der Irrung, im nationalsozialistischen Staat möglich; denn ihn trägt eine neue Anschauung der Welt, und erst auf dem Boden einer Weltanschauung konnte die Geopolitik, als zentraler Kern unserer wissenschaftlich-politischen Kenntnisse und Erkenntnisse, das Bild unserer Geschichte lebendig formen.

Sie sieht den Staat nicht als die Summe einzelner Individuen, die durch irgendwelche Verträge aneinander gebunden sind, oder als ein besonders kompliziertes Gefüge an, sondern als gewachsene lebendige Ganzheit, als Organismus, bei dem sich der Kreis der Betrachtung nicht nur auf den Menschen, das Volk, das Blut erstreckt, sondern auch auf den Raum, den Boden, den dieses Volk bewohnt.

Blut und Boden, Volk und Raum sind in der Ganzheit Staat untrennbar miteinander verbunden, in mannigfacher und wechselseitiger Weise haben sie sich ergänzt und geformt. Das Lebensschicksal dieser lebendigen Ganzheit nennt man: Geschichte.

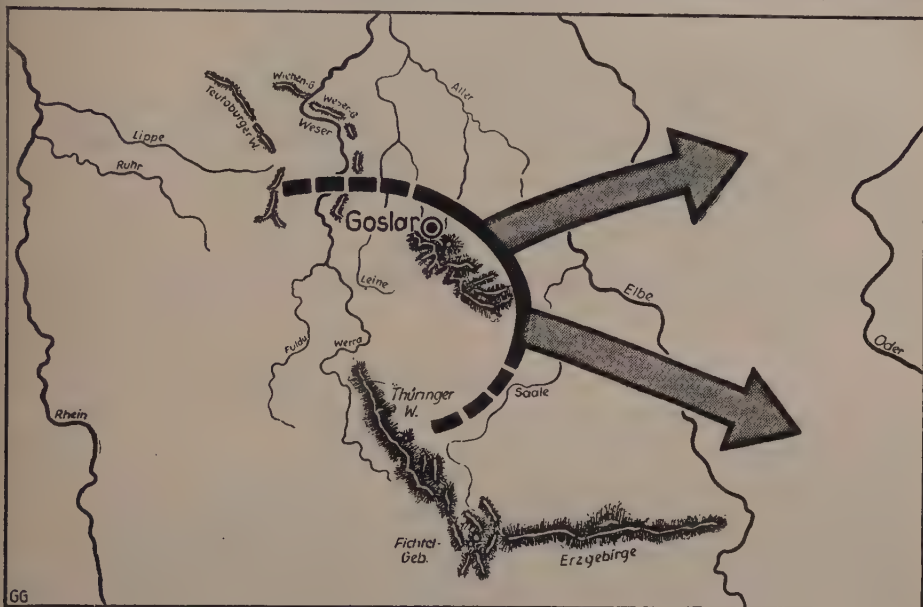
Deshalb ist Geopolitik keine Wissenschaft im üblichen Sinne, sondern Weltanschauung, die das Wissen ordnet: Geopolitik ist die nationalsozialistische Haltung gegenüber Volk und Raum, gegenüber dem Staat, in ihrem Werden und Sein. Und ebenso, wie man aus dieser Haltung heraus einen ganzen Staat untersuchen kann, so kann man auch die geopolitische Bedeutung einer Stadt im Staate, sofern sie Mittel- und Ausgangspunkt der Staatspolitik war, erklären.

Goslar als Königs- und Kaiserstadt im ersten Reich erfüllt die Voraussetzungen. Betrachten wir zunächst die politisch-geographischen Grundlagen Goslars, des Harzraumes und Goslars räumliche Verbundenheit mit dem Harzraum, so müssen wir auch sein Entstehen aus seinem Verhältnis zu den anderen Harzstädten heraus zu erkennen versuchen. Wir finden so folgendes Bild:

Goslar war die letzte Schutzwehr am Ostrand des Sachsenlandes. Weil es an geschützter Stelle lag, hatte es eine geopolitisch besonders bedeutsame Rolle.

1) Vortrag, gehalten vor dem zweiten Reichsbauerntag in Goslar am 17. 11. 1934.

Die Flüsse im Osten des Harzes sind Flüsse der Niederung, die damit als Sumpflinien historisch bedeutsam wurden. Doppelt legt sich die Bode, einmal in nördlicher Richtung, dann wieder zurückfließend in südöstlicher Richtung, zwischen Saale und Harz. Ihr Lauf bildet einen nach Süden geöffneten Winkel, an dessen Scheitelpunkt Oschersleben liegt. Von Osten her erstreckt sich bis zu dieser Stadt eine größere Sumpflinie. Dies ist der große Bruchgraben, der von der Mündung der Ilse in die Ocker ostwärts bis zum Bodeknie nach Oschersleben reicht. Hier wurde unter Karl dem Franken das Bistum Halberstadt gegründet. Mit einer Blickrichtung nördlich des Bruches nach der Elbe und nach Magdeburg, südlich des Bruches nach der Saale und nach Halle, hat es auf einer geopolitisch ungeheuer wichtigen Stelle gelegen. Seine Bedeutung schwindet erst mit seiner Verlegung an die Holtemme, durch die es von Magdeburg abgeschnitten wurde. Ein zweiter, und zwar vernichtenderer Schlag traf dann



Halberstadt, als in Merseburg an der Saale ein zweites Bistum entstand. So erst wird der Kampf Halberstadts gegen Magdeburg klar.

Für das jüngere Bistum Halberstadt bleibt die Hornburg von Bedeutung als Beschützerin des Haupteinganges in das Bistum. Von Norden und von Osten her war Halberstadt durch Sumpflandschaft gedeckt, von Süden her nur erreichbar auf dem Umweg um den Harz herum. Aus dieser Lage Halberstadts ist es wohl verständlich, daß die Westflanke des Bruchgrabens daher für die sächsischen Könige von größter Bedeutung war, denn gegenüber der Hornburg lag die königliche Pfalz Werla. Heinrich I. hat in dieser Pfalz geweiht während des damals von Südosten her erfolgenden Ungarneinfalls. Hier hielt er ihrem Ansturm stand und schloß mit ihnen den neunjährigen Waffenstillstand, nach dessen Ende der neue Angriff der Ungarn und ihre Niederlage bei Riade erfolgte. Diese Stelle des Harzraumes bei Goslar hat ihre Bedeutung nie verloren. Sie erhielt im Gegenteil erhöhte Bedeutung in dem Gegensatz zwischen Saliern und Sachsen, und später in den Kämpfen zwischen Staufern und Sachsen. So erst erklärt sich die Bedeutung, zu der das benachbarte Goslar politisch emporwuchs, daß Goslar, zur Residenz geworden, mit der Harzburg wieder die Okerlinie gewann.

In der Geschichte der Residenzstadt Goslar verfolgen wir den Aufstieg der einzigen großen Königsresidenz, welche in ihrem Werden und Entstehen ein direktes

Gegenstück bildet zu dem Platz, auf welchem Berlin erwuchs. Die norddeutsche Tiefebene schiebt sich nach Süden vor bis in die Gegend von Halle und Merseburg, und von hier aus saale- und elbewärts ist die Linie zu suchen, auf welcher sich alle unsere positive Geschichte aufgebaut hat. An den Gabeln vor den wegweisenden Bruchlinien des Ostens, in diesem Gebiet liegen Berlin und Goslar. Die historische Bedeutung Berlins klärt sich auf an der Goslars und umgekehrt, die Bedeutung Goslars an Berlin. Die Wege von Goslar aus führten im Norden an der Lausitzer Platte entlang nach Osten. Der Weg von Berlin führte im späteren Mittelalter durch das natürliche Kampfgebiet zwischen den Burgen der Wettiner und der Mark. Diese Ost-Westlinien sind die Lebenslinien des ersten Reiches gewesen. Der berühmte alte Hellweg, der von Rhein und Lippe aufwärts quer durch die Weserfestungen führt, geht über die Leine hinweg. Der südliche Strang läuft vor Werla durch den uralten Bruchgraben geteilt an Goslar vorbei. Dieser südliche Strang ist auch der eigentliche Zugang zum Harzraum. Seine historische Bedeutung erhielt dieses Tor, als an der Weggabelung bei Okrum im Jahre 531 Thüringer und Sachsen aufeinanderstießen. Dieser mit dem Sieg der Sachsen endende Kampf führte das bis dahin fast ganz zum Königreich der Thüringer gehörende Harzland gänzlich unter sächsischen Einfluß.

*

Aber keineswegs ist mit der politisch-geographischen Beschreibung der Problemkreis der geopolitischen Bedeutung Goslars erschöpft. Mit der Untersuchung der politisch-staatsbiologischen Kräfte und Mächte dringen wir erst in das Wesen und die Lebenserscheinungen dieser im ersten Reich so bedeutungsvollen Stadt ein.

Das Schicksal eines Volkes wird bestimmt von der räumlichen Festlegung seines Siedlungsgebietes, von der Art der Besiedlung, der Ausnutzung seiner Gebietsflächen und seiner Einordnung in die Umwelt. Eine der größten Aufgaben, die einem Staatsmann gestellt werden kann, ist daher die rechte Inbeziehungstellung eines Volkes zu seinem Raum und seinem Boden. Hierzu bedarf es neben der Kenntnis der geographischen Gegebenheiten auch des Wissens um die geopolitischen Bedingungen, die allen Lebensäußerungen einer Nation im letzten Grund den Stempel der bodengebundenen Lebensnotwendigkeiten aufprägen.

Es mag ein Volk groß oder klein sein, seine wehrpolitischen, kulturellen und bevölkerungspolitischen Regungen sind unlösbar verkettet mit den aus seinem Raum bedingten Möglichkeiten.

Eines der deutlichsten Beispiele für diese Tatsache ist die schicksalhafte Rolle, die das Harzland in der deutschen Geschichte gespielt hat. Nicht nur in der Geschichte unseres Volkes ist es zeitweilig zum Kulturgerüst geworden, vielmehr weit über die Grenzen des heutigen Reiches hinaus hat einmal der Harzraum Geschichte machend seine Strahlen hinausgesandt als Wegweiser: für die Hebung der Bodenkultur, für die Verbesserung des Haus-

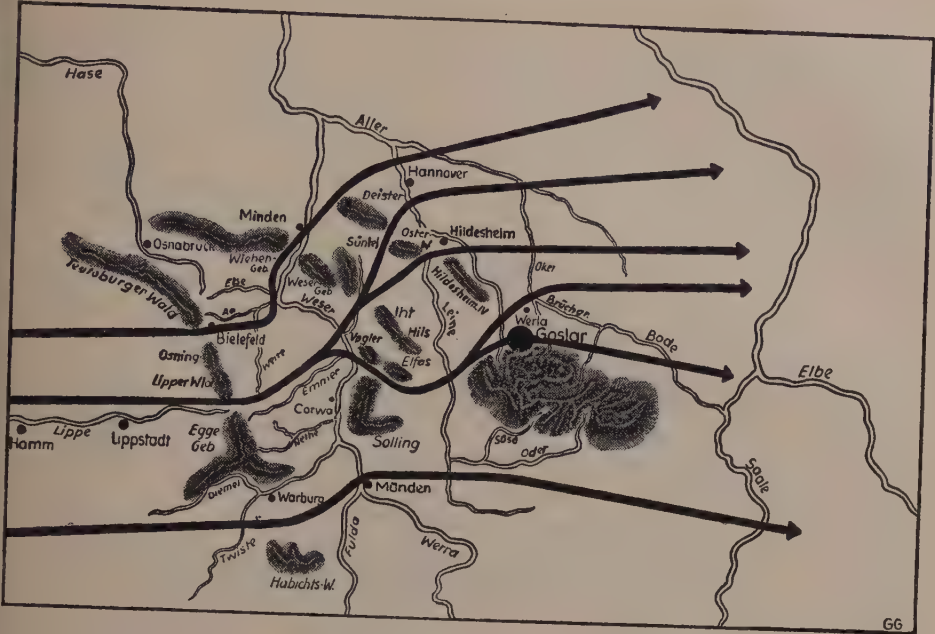


baues, für die Kultur des Handwerkes und für die Entwicklung der Geisteswissenschaften. Das Magdeburger Stadtrecht und der Sachsenspiegel galten bis in den russischen Raum hinein, und in der Sprachentwicklung der Ostvölker wurden deutsche Worte für alle Bezeichnungen des höheren Kulturlebens als Lehnwörter übernommen. Wenn wir auf Wanderungen das schöne, abwechslungsreiche Landschaftsbild des Harzes in uns aufnehmen, so erleben wir den Teil unserer Heimat, der nicht dazu bestimmt war, eine kleine nebensächliche Eigengeschichte zu entwickeln, sondern der eben durch seine landschaftliche Eigenart mitten hineingestellt war in das große deutsche Volkserleben der Eroberung des Ostens in der deutschen Frühgeschichte und im Mittelalter. In dieser für die geschichtliche Entwicklung des deutschen Volkes so außerordentlich bedeutsamen Landschaft hat neben der fränkischen Gründung Halberstadt — das zeitweilig das ganze Gebiet bis Merseburg und Magdeburg beherrschte — die alte Kaiserpfalz Goslar ihre historische Bedeutung erlangt. Unlösbar eingebettet in den Harz, unlösbar eingebettet in das sächsische Schicksal war Goslars Lage unausweichlich bestimmt durch die Eigenheit der Harzlage.

Außerdem lag die alte Kaiserstadt im Schatten der großen Verkehrsstraßen, die vom Rhein her, vom Frankenland, durch das Sachsenland ins Slawenland hineinführten. Schon aus der Römerzeit sind uns die Flußtäler der Lippe und Ruhr als die uralten Einfallswegen in das Innere Deutschlands bekannt. Als einziges Bollwerk lag Xanten, das die Römer *castra vetera* nannten, schützend und schirmend vor diesen Einfallstraßen. Von hier aus zogen die Römer Lippe-aufwärts in das Innere Deutschlands hinein zum Teutoburgerwald. Die Forschung nimmt an, daß die Wege der römischen Legionen am Oberlauf der Lippe vor dem Eggegebirge hergeführt haben. An diesem Wege ist auch das Gefilde der Varusschlacht zu suchen.

Auf derselben Straße drangen auch die Franken ostwärts vor. Nach der siegreichen Eroberung Galliens gelangten die Franken an den Rhein, wo sie dann rechts des Rheins mit den Sachsen zusammenstießen. Wollten die Franken tatsächlich die Sachsen bei ihrem Lebensnerv fassen, so mußten sie notwendig den Weg bis an die Weserfestung vorstoßen, wo das Kraftzentrum des Sachsenstammes lag. Sie mußten auf dem Weg, auf dem einst die Römer ostwärts eingedrungen waren, ihr Ziel zu erreichen suchen. So gelangten sie über die Weserfestung hinaus bis zur Elbe-Saale-Linie, der Grenze zwischen Sachsenland und Slawenland.

Mit diesem politisch-militärischen Vorstoß zugleich erfolgte der Einbruch neuer kulturreligiöser Anschauungen, die von ihren Trägern auf dem gleichen Wege vorwärts getragen wurden. Von dem alten berühmten Zisterzienserkloster Altencampen, das vor der Stelle lag, an der Lippe und Ruhr in die Weserfestung eindringen, ging die Neugründung der bekannten Klöster Volkenrode, Corvey und Walkenried aus. Auf dem gleichen Wege zogen auch die Prämonstratenser von Frankreich her ostwärts nach Magdeburg und weiterhin ins Slawenland und gründeten dort die Klöster Leubus, Chorin und Behmin. Wie Perlen an einer Kette reihen sich Städte an dieser Linie aneinander: Auf der Westgabel Essen, Dortmund, Soest, Paderborn, Bielefeld, Herford, auf der Ostgabel Höxter, Goslar und Halberstadt. Der West-Ost-Weg ist die große Lebensader, auf welcher die ganze frühdeutsche und mittelalterliche Geschichte ihren Lauf genommen hat, und aus der Tatsache, daß an dieser Haupt-



schlagader der deutschen Geschichte Goslar gelegen ist, läßt sich seine lebenswichtige Funktion und seine überragende Bedeutung für die ihm im Rahmen der geschichtlichen Ereignisse im Ersten Reich gestellten Aufgaben ermessen. Goslar ist die letzte ostwärts vorgeschobene Station in der Geschichte aller der Königsstädte, die an dieser Linie liegen, angefangen von Aachen über Dortmund, Nordhausen, Mühlhausen bis zu Goslar selbst hinauf. Mit diesen Königsstädten teilt Goslar als wesentlichstes Moment das eine, nämlich militärisches-politisches Zentrum gewesen zu sein. Solange die geschichtemachende Bedeutung der West-Ost-Linie dem gesamten geschichtlichen Werdegang des Ersten Reiches seinen Rückhalt und seine eigentliche Struktur gab, blieb diese politische Bedeutung erhalten. Dieses war der Fall, solange die deutsche Geschichte ihre Mission in der Kolonisation des Ostens erblickte, d. h. eine Politik auf den Grundlagen von Blut und Boden trieb. Als nach vielen Kämpfen und gewaltiger Kolonisierungsarbeit ein anderer Weg eingeschlagen wurde, versank die Bedeutung dieser geschichte- und kulturgestaltenden natürlichen Straße, und mit ihr versank die ureigentliche Existenzberechtigung der an ihr gelegenen Städte, soweit sie nicht erneut Wert erhielten durch andere, neuere geschichtliche oder wirtschaftliche Vorgänge, die ihnen neue Aufgaben und neuen Lebensinhalt zu geben vermochten, so Dortmund, das heute als Industriezentrum dasteht, und Aachen, das als Bade- und Industrieort seine Wiedergeburt erleben durfte.

■

Um aber die geopolitische Bedeutung Goslars in ihrem ganzen Umfang zu ermessen, sind nicht nur die geographischen und staatsbiologischen Kräfte zu untersuchen, sondern auch der geschichtliche Weg dieser Stadt im Ersten Reich.

Es kann nicht im Rahmen dieses Vortrages liegen, eine chronologische Geschichtsdarstellung zu geben, sondern es sind die großen Züge geschichtlichen Geschehens dieser Zeit darzustellen.

Bei der Betrachtung der Geschichte Goslars fällt uns der Glanz und das Wachstum dieser Stadt auf. Sie erfreute sich der königlichen Gunst, denn sie entstand aus königlichem Gute. Durch die Fürsorge der Könige und Kaiser im Ersten Reich entwickelte sich Goslar zur stattlichsten und größten Pfalz auf deutschem Boden.

Wenn man in den verschiedensten Geschichtswerken nachliest, so wird die Bedeutung Goslars als Königssitz in der damaligen Zeit entweder mit der schönen Lage, oder als Raststätte und Durchgangsort nach den Jagdschlössern im Gebirge, oder mit dem Auffinden von Silber und anderen Erzen im Rammelsberge begründet, jedoch wird nicht auf die geopolitische Lage Goslars als Ausgangspunkt deutscher Kolonisations- und Siedlungsarbeit im Osten hingewiesen.

Der Ort Goslar hat zweifelsohne seinen Namen von seiner Lage an der Gose. Die Nachsilbe *lar* bedeutet nichts anderes als heim. Da die genaue Gründung Goslars nicht feststellbar ist, die Silbe *lar* jedoch in unserer geschichtlichen Zeit nicht mehr im Gebrauch war und

nicht einmal mehr verstanden wurde, so ist anzunehmen, daß Goslar in der frühesten Zeit germanischer Siedlungen aus Waldrodungen von Bauern gegründet wurde.

Die ersten geschichtlichen Überlieferungen Goslars fallen in die Zeit Heinrichs I. Sie lauten zwar nicht gleichmäßig. Da jedoch Heinrich I. zum Schutze seiner Ostpolitik auf dieser Linie eine Reihe von Pfälzen gründete, ist anzunehmen, daß er auch an den Ausbau Goslars, das geopolitisch sehr günstig lag, heranging.

Wenn auch Goslar selbst nicht sofort zu einer Pfalz ausgebaut wurde, so lag doch Werla am westlichen Ende des Bruchgrabens, und die Ländereien und Goslar selbst wurden von dieser Pfalz aus bewirtschaftet und verwaltet. Zur Zeit Heinrichs I. hatte Goslar noch nicht die überragende Stellung, doch der weitere Aufstieg der Stadt unter den nachfolgenden Königen und Kaisern ist ein Zeichen für ihre geopolitische Bedeutung.

Schon unter Otto I. wurde Goslar wesentlich vergrößert.



Die Auffindung der Erz- und Silberadern im Rammelsberg erhöhen die Bedeutung der Stadt als erste Bergbaustelle und Handelsplatz. Unter Otto II. und III. wird Goslar wenig erwähnt. Heinrich II. jedoch weilte in Goslar am 7. 7. 1005, als er dort verschiedene Urkunden ausstellte und mit vielen Bischöfen und Reichsfürsten in den Mauern der jetzt schon kaiserlichen Pfalz tagte.

Heinrich II., der sehr oft noch in Goslar war, schuf die Grundlage für die spätere Glanzzeit der Stadt.

Konrad II. feierte das letzte Weihnachtsfest vor seinem Tode 1038 in Anwesenheit von allen Fürsten in Goslar und empfing dort auch viele Gesandtschaften fremder Völker. Heinrich III., der Sohn Konrads, hatte bestimmt die Absicht, Goslar zur ständigen Residenz der deutschen Herrscher zu erheben, denn er wandte seine ganze Sorgfalt auf den Ausbau und die Verschönerung der Stadt, in der er mit seiner Familie die längste Zeit seines Lebens wohnte. Goslar war seine Residenz, Goslar war der Vorort seines Reiches deutscher Nation.

1055 empfing Heinrich in dem glänzendsten Orte seines weiten Reiches den Papst Viktor II. Hier erhob sich jetzt der neue Palast des Kaisers, der aus den Schätzen des Rammelsberges

in verschwenderischer Pracht ausgeschmückt war, dicht in seiner Nähe die herrliche Kirche des Domstifts.

Umgeben von allen Fürsten des Reiches, begrüßte der Kaiser in Deutschland, in Goslar, den Papst, als letztes glanzvolles Schauspiel vor seinem jähen Tode.

Unter Heinrich IV. brannte am 27. 3. 1065 die Kaiserpfalz. Doch bald nach diesem Unglück kehrte die königliche Familie wieder nach Goslar zurück. Unter Heinrich IV. begannen Verwicklungen, die für Deutschland den Grund zum Verfall legten, die den Weg deutscher Fürsten zur deutschen Politik verlegten.

Herzog Otto von Bayern hatte man des Hochverrats bezichtigt.

Otto, der mit großem Gefolge erschien, verlangte vom König sicheres Geleit. Als dies der König verweigerte, zog der Herzog ab. Da wurde er am folgenden Tage in den Hallen der Pfalz von den sächsischen Fürsten des Hochverrats für schuldig, durch den Spruch des Königs seines Herzogtums, seiner Reichslehen und Allode für verlustig, er selbst für friedlos erklärt. Hier in der Pfalz von Goslar war dadurch der erste Stein des Gefüges gelöst worden, welches den König mit seiner sächsischen Heimat und deren Fürsten verband.

Die Kämpfe, die nun in Deutschland die Sachsen mit Heinrich IV. führten, waren blutig und für den König mit vielen Demütigungen verbunden. Nicht allein Sachsen, das Reich schien dem Manne verloren, der die Schmach von Kanossa auf sich geladen hatte.

Goslar war Hauptstadt und Mittelpunkt der an dem Aufstand gegen den König beteiligten Sachsen.

Und die Zeit Friedrichs I., seine Freundschaft mit Heinrich dem Löwen und die spätere Feindschaft zeigten noch einmal Goslar in stolzem Glanze.

Der Kampf dieser beiden Männer ist für uns von besonderer Bedeutung.

Als der Hohenstaufe Friedrich I. im Jahre 1152 zum König gekürt wurde, war schon die Macht in Deutschland einer Zerteilung der Zielsetzung verfallen, in dem Kampf um Italien und in dem Kampf um den Osten.

Und die Betrachtung des Kampfes Heinrichs und Friedrichs hebt die geopolitische Bedeutung der Reichsstadt Goslar augenscheinlich hervor.

Eines sei vorweggenommen: In diesem Kampfe siegte Friedrich I. Das Imperium war zwar geschaffen, aber der Gedanke, aus dem es hervorging, war das tödliche Gift für Deutschland und seine Führer. Die meisten Geschichtsschreiber begründen und loben die Politik Friedrichs I.; alles recht und gut, wir Nationalsozialisten wissen aber, daß diese Politik trotz aller Erfolge und Siege eine falsche war.

Der Auf- und Abstieg der Welfen aber ist deutsche Geschichte, und in ihr sehen wir bis zu unserer Zeit ein großes Aufflammen der nordischen und östlichen Sendung des Deutschtums.

Zunächst glaubte Friedrich I., da er der Schwächere war, seine Aufgabe darin zu erkennen, den staufisch-welfischen Gegensatz durch geschickte Verhandlungen zu beseitigen. Im November 1156 auf dem Tage zu Regensburg verzichtete Heinrich Jasomirgott auf Bayern, das der König Heinrich dem Löwen mit großen Vorrechten übergab.

Aber Friedrich selbst, der neben seinem mächtigen Vetter den Wunsch hatte, sich eine ebenbürtige Macht zu schaffen, suchte dies in der Lombardei zu erreichen. Aus diesem Machtstreben des Königs werden erst die Opfer im Süden verständlich.

Friedrich unterstützte zwar Heinrich des öfteren, aber eines verzieh Heinrich der Löwe niemals, daß der König Goslar, das er 1168 an sich gebracht hatte, wieder an das Reich zurückgab. Viele begründen den Haß Heinrichs des Löwen wegen Goslar damit, daß er nicht mehr die Silberschätze des Rammelsberges zur Verfügung hatte. Diese Beweisführung tritt jedoch weit hinter der geopolitischen Bedeutung Goslars zurück. Heinrich konnte es nicht dulden, daß dieser wichtige Platz mitten in seinem Herzogtum als eine Pfalz des Reiches seiner Ostpolitik gefährlich werden konnte.

1176 verweigerte Heinrich der Löwe dem König die Heerfolge in der Lombardei, es sei denn, der König gebe ihm Goslar zurück. Der König lehnte dies ab, jedoch nicht deshalb, weil er sich über die Habgier Heinrichs empörte, sondern weil er auch die Bedeutung dieser Stadt wohl kannte. 1176 war der Wunschtraum des Königs, durch die Eroberung der Lombardei seine Macht der Heinrichs des Löwen ebenbürtig zu gestalten, endgültig zu Ende. Und

nun wandte sich Friedrich gegen den Welfen. Dessen Hausmacht mußte vernichtet werden. Es begann der unselige Kampf, der von 1178—1181 tobte und mit dem Sieg des Königs endete. Ein von hoher Tragik und heroischem Mut getragener Kampf fegte durch Sachsen-Thüringen. Nach der Niederlage Heinrichs 1181, nach der Übergabe seiner Festung Althaldensleben erschien Heinrich in den letzten Novembertagen auf dem Reichstag zu Erfurt. Stolz und erhobenen Hauptes schritt er durch die Reihen der haßerfüllten Fürsten und Bischöfe, er, der die Macht hatte, beugte sein Knie vor dem, dem das Reich gehorchte.

Erschütterndster Augenblick deutscher Geschichte.

In dem Kampf dieser beiden Männer spiegelt sich der Kampf, die Tragik des immer wiederkehrenden Bruderkrieges. Die geschichtliche Darstellung dieses Streites ist für die geopolitische Bedeutung Goslars wesentlich; denn um Goslar und für Goslar ging auch ein Teil dieses Kampfes.

Die großzügigen Entwürfe und die kraftvolle nordisch-stolze Persönlichkeit des Löwen sprechen ihn von der Meinung manches Geschichtschreibers, „seine Politik sei getrieben worden nicht zu Deutschlands Größe, sondern um seiner eigenen Person und Machtentfaltung willen“, frei. Heinrich der Löwe hat wie der Hohenstaufe um seine Gedanken und Ziele gerungen, der Löwe wollte für Deutschland das Richtige, er verlor den Kampf. Der Hohenstaufe richtete seine Blicke vom Heimatboden und seinem Volke hinweg nach dem Süden. Er siegte. Die Niederlage des einen wurde für die Weiterentwicklung Deutschlands ebenso bedeutungsvoll wie der Sieg des anderen.

Wir sehen, Goslar war so lange geopolitisch bedeutend, als Ostraumpolitik getrieben wurde. Als durch die Bindung an die Kirche in der Auffassung der staatspolitischen Notwendigkeiten eine Teilung bemerkbar wurde, mußte deutsche Siedlungspolitik, Stärkung des Reiches im Osten und Norden dem Kampf im Süden und im Heiligen Lande weichen.

Unendlich viel edelstes deutsches Blut ging auf den fortgesetzten Zügen nach Rom zugrunde. Durch Schwert, durch Gift, Sonnenglut und Seuchen. Trotzdem gab es noch starke Männer, die die deutsche Aufgabe in der Besiedlung der Ostmark vertraten und fortführten. Zwischen diesen beiden Zielen schwankten Führer und Geführte hin und her. Kampf für Deutschland spielte sich im eigenen Vaterlande ab, Kampf Deutscher gegen Deutsche. Und endlich ging über den italienischen Interessen der Herrscher das Reich zugrunde, versäumte das Volk seine große Mission, das gewaltige Unternehmen der Besiedlung des Ostens blieb Stückwerk.

Im Mittelpunkt dieses Kampfes lag Goslar als Ausstrahlungsherd und Bollwerk gegen den Osten.

Und so gäbe es heute ohne den Streit von Kaiser und Papst, ohne den Ruf: Hie Welf — hie Waiblingen keine Tschechen, keine Polen, keine Letten und Litauer, aber ein weites großes Siedlungsland deutscher Bauernkraft.

Und das Ergebnis dieses Kampfes um die geopolitisch richtige Politik ist der Zerfall des Ersten Reiches. Nicht der Kaiser oder der König, nein, die örtlichen

Gewalten regieren, voran die sieben Kurfürsten, die fortan die Krone verleihen, verleihen von Herrscher zu Herrscher mit schwindenden Vollmachten. Diese Kurfürsten sind die Erzbischöfe von Mainz, Köln, Trier, der Pfalzgraf bei Rhein, der Herzog von Sachsen, der Markgraf von Brandenburg und der König von Böhmen.

Diese sieben als Totengräber deutscher Größe stehen am Grabe des Ersten Reiches.

Nach Süden und Westen bahnte sich Deutschland den Weg mit dem Schwerte,



den Osten gaben uns Pflug und Webstuhl. Ob wir nun Heinrich den Löwen oder Albrecht den Bären, die Deutschherrnritter oder Friedrich den Großen bewundern, stets war bei ihnen die Arbeit des Friedens mit der Blickrichtung nach Osten dauerhafter, als das mit dem Schwerte im Süden und Westen Gewonnene.

Mit der gezeigten falschen Politik war der Weg Deutschlands besiegelt, eine Linie: der Dreißigjährige Krieg, der Kampf Friedrichs des Großen gegen Maria Theresia und der Kampf Bismarcks gegen Österreich.

Erst Adolf Hitler, der Sohn eines bayrischen Bauerngeschlechtes, schloß wieder den Ring. Deutschland ist geeint und sieht seine Stärke wieder in seinem Volkstum und seinem Heimatboden, in der Staatspolitik, wie sie Heinrich der Löwe, der Herzog der Bayern und Sachsen, für Deutschlands Größe wollte.

Goslar, das berufen war, Kronzeuge dieses Wirkens und Werdens deutscher Geschichte zu sein, Goslar, die Kaiserstadt des Ersten Deutschen Reiches, zeigt uns in ihrer geopolitischen Bedeutung den Entschluß starker heldischer Männer, deutsche Politik, Politik im Geiste von Blut und Boden zu formen. Und dort oben in der Kaiserpfalz, in der Deutschlands neuer Führer deutschen Bauern in die Augen sah, wird der Geist Heinrichs des Löwen lebendig, lebendig für uns Nationalsozialisten



nicht mehr als eine tragische Gestalt, sondern als der machtvolle Ausdruck deutschesten Willens.

Und wunderbare Fügung des Schicksals: Der Führer Deutschlands vollendet das, was Heinrich dem Löwen als Herzog der Sachsen und Bayern nicht vergönnt war, ein einiges starkes Deutschland.

Doch Goslar, das als Mittelpunkt eines Reiches von Blut und Boden in einem tausendjährigen Schlaf versunken war, wird von Adolf Hitler, dem Schöpfer einer neuen Weltanschauung durch den Empfang deutscher Bauern in der Kaiserpfalz zu neuer geopolitischer Bedeutung erweckt.

Goslar wird Stadt des Reichsnährstandes, Goslar ist des Deutschen Reiches Bauernstadt.

KURT VOWINCKEL:

Der zweite Reichsbauerntag in Goslar

vom 11. bis 18. November 1934

„Wenn diese Menschen, welche die Städte, die städtischen Gewerbe und Handel und Fabriken und Künste schaffen, das einzige Gewicht in der Waagschale des Staates wären, so müßte er durch Überfluß an Geist und geistigen Trieben überwippen, er müßte durch den ewigen Wechsel und durch zu viele Reibung der Kräfte zerstört werden: die Welt würde wie ein Warenhaus, die Tugenden und Kräfte des Menschen würden wie Waren, der Staat wie eine Rentnerei und die Staatsaufgaben wie Rechnungsexempel behandelt werden.“¹⁾

Man mußte den eben abgeschlossenen zweiten Reichsbauerntag zu Goslar (11. bis 18. Neblung) unter diesem Wort von Ernst Moritz Arndt sehen, um seine Bedeutung voll zu erfassen: über hundert Jahre hindurch hat man vergessen und nicht beachtet, was Arndt warnend ausgesprochen hat.

Wer als Geopolitiker auf sich wirken ließ, was der Reichsnährstand in ernster Haltung, in gesammelter Kraft, in durchdachter Auswahl zeigte, mußte sich heimisch fühlen. Es war nicht allein der geopolitische Aufriß, den der Leiter der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik, Landesbauernführer Dr. Wagner, über Goslar und den Harzraum gab: die Anschauung der Welt und des Lebens in ihrer vollen Breite sind es, die uns gemeinsam sind.

Ein Beispiel aus den Ausführungen von Staatssekretär H. Backe über „Die Agrarpolitik des Nationalsozialismus in ihrer Wirkung auf die allgemeine Wirtschaftspolitik“:

Die weltwirtschaftliche Entwicklung des vergangenen Jahrhunderts stellt nichts anderes dar als eine gewaltige industrielle Revolution und die Form, in der sie sich abspielte, nannte man den Kapitalismus. Vorher waren die einzelnen Völker oder Volkswirtschaften sich selbst genug, sie ruhten auf ihren eigenen Kräften, also in erster Linie auf dem ihnen von Gott zugewiesenen Boden und der Arbeitskraft der darauf lebenden Menschen. Auch für Deutschland ist die Zeit noch gar nicht so lange her, daß wir aus eigenem Boden uns nicht nur selbst ernährten, sondern auch selbst bekleideten mit deutscher Wolle und deutschem Leinen, ja daß wir sogar Korn und Wolle als wichtigste Erzeugnisse unserer Ausfuhr nach England lieferten, weil dieses Land schon in einem vorgeschrittenen Abschnitt der industriellen Revolution stand. Sie sehen daraus sogleich die weiteren Folgen der industriellen Revolutionierung eines Landes, wie sie dann auch für Deutschland eintrafen: allmähliche Verlagerung der Wirtschaftskräfte vom Boden und vom Menschen auf die Maschine. Der Mensch löst zunehmend sein überliefertes Verhältnis zum Boden und tritt in ein neues Verhältnis zur Maschine, freilich zunächst in das Verhältnis geistiger Abhängigkeit. Die Maschine tritt die Herrschaft an, der Schöpfer wird zum Knecht seines Geschöpfes.

*

Die wirtschaftliche Anschauung, die mit dieser Entwicklung verbunden war und durch die diese Entwicklung erst möglich wurde, war kapitalistisch. Das bedeutet: ebenso wie in der Wirklichkeit zwischen den Boden und den arbeitenden Menschen die Maschine trat, so trat gedanklich zu beiden, eigentlich über beide, das Kapital. Es entstanden die drei sogenannten Produktionsfaktoren der Nationalökonomie: Boden, Arbeit und Kapital — das Kapital aber war der größte unter ihnen. Das Kapital bedeutete eine Umstellung des gesamten wirtschaftlichen Denkens, eine

1) Der Lesende aus den Schriften von Ernst Moritz Arndt entnommen, die wir im letzten Heft (XI/11) veröffentlicht haben.

Umwandlung aller wirtschaftlichen Werte auf feste Geldsummen, die nicht nur an sich feststanden, auch wenn die Werte darunter hinwegschmolzen, sondern die auch dauernd Zinsen heischten. Aus dieser Umwandlung aller Werte zu Kapital, das eine Verzinsung verlangte, entstand für die gesamte Wirtschaft der Begriff der Rentabilität.

Die Rentabilität oder Rente ist eine notwendige Funktion des Kapitalbegriffs. Ohne Kapital keine Rente, ohne Rente kein Kapital. Die Rentabilität bedeutet also die feste, laufende und normale Verzinsung der auf feste Kapitalsummen umgedachten wirtschaftlichen Werte, also etwa auch des Bodens, der Gebäude, der Werkzeuge usw. Rentabilität hat weder etwas zu tun mit natürlicher Erzeugerkraft, noch etwa mit dem einfachen Einnahmeüberschuß eines Betriebes, mit dem Auskommen des Menschen. Ein Betrieb kann an sich seinen Mann vielleicht gut ernähren, aber er kann im kapitalistischen Sinne unrentabel sein und müßte zugrunde gehen, solange die kapitalistischen Spielregeln allein anerkannt werden. Sie sehen das ja am handgreiflichsten an dem gigantischen Beispiel der ganzen deutschen Landwirtschaft. Niemand wird mir bestreiten wollen, daß die deutsche Landwirtschaft nicht nur sich selbst ernährt, sondern beinahe schon das ganze Volk; und dennoch war die ganze deutsche Landwirtschaft nach den Gesetzen und Anschauungen des Kapitalismus unrentabel und hätte infolgedessen zusammenbrechen, einfach abgeschrieben werden müssen.

*

Die Erschließung der Welt durch die industrielle Revolution war ein einmaliger geschichtlicher Vorgang. Um diese Leistung in knapp hundert Jahren zu vollbringen, mußte auch das vordem geltende Wirtschaftsprinzip durch ein neues ersetzt werden, durch das Prinzip der „freien Wirtschaft“. Denn Voraussetzung der Erschließung der Welt — wie sie geschah — war die Loslösung des Menschen aus allen einengenden Bindungen wirtschaftlicher, sozialer und nationaler Art, die Loslösung des Menschen von Blut und Boden. In der Einmaligkeit dieses geschichtlichen Vorgangs lag aber auch seine Begrenzung und sein Ende. Solange diese Erschließung der Welt andauerte, solange war auch das Prinzip des „freien Spiels der Kräfte“ nicht nur notwendig, sondern zwangsläufig. Mit der Beendigung dieses Prozesses jedoch verlor auch der ihm dienende Wirtschaftsgrundsatz seine Daseinsberechtigung. Denn auch er war einmalig, auf ein einmaliges Ziel und eine einmalige Aufgabe abgestellt und mußte mit dem Fallen seiner Voraussetzung selbst fallen.

Denken Sie zurück an den Zustand vorher, wie ich ihn bereits kurz angedeutet habe: Jede Volkswirtschaft trug sich selbst und ruhte in sich selbst. Mit der Einführung der Rentabilität auf der Grundlage der freien Wirtschaft wurde aber dieser Zustand der Ausgeglichenheit rücksichtslos gesprengt, gesprengt wie alle anderen Fesseln, Bindungen oder Grenzen. An die Stelle der Ausgeglichenheit innerhalb der Nationalwirtschaft, der nationalen Gleichgewichtslage der Wirtschaft trat eine neue Gleichgewichtslage nach der Rentabilität, das Streben nach einem Ausgleich zwischen der billigsten Erzeugung und dem teuersten Verkauf, ohne Rücksicht auf nationale Grenzen oder sonstige Zusammenhänge. Der bisher jedem Volk zugewiesene Raum wurde gesprengt durch den Begriff der überstaatlichen Weltwirtschaft. Der einzelne Mensch fühlte sich nicht mehr so sehr dem Volke verbunden, dem er blutsmäßig angehört, fühlte sich nicht seinem heimatlichen Boden verwurzelt, sondern gehörte in erster Linie einer Produktionsgemeinschaft „Weltwirtschaft“ an.

Die Gleichgewichtslage zwischen billigster Erzeugung und bestmöglichem Absatz, die das Rentabilitätsprinzip verlangte, bestimmte aber auch einen allmählichen Fortgang der Entwicklung und bedingte eine dauernde Verschiebung je nach dem Fortschritt der industriellen Revolution. Auf der einen Seite wurden auf der weiten Welt, die jedem offen stand, immer neue und billigere Erzeugungsmöglichkeiten erschlossen, auf der anderen Seite wuchsen die volkreichen industriellen Werkstätten und mit ihnen immer größere, ungeahnte Absatzmöglichkeiten. Je nachdem, wie diese Entwicklung nun fortschreitet, bilden sich gewissermaßen Wachstumsringe der Weltwirtschaft.

Im ersten Abschnitt dieser Entwicklung gehen die sogenannten extensiven landwirtschaftlichen Erzeugungszweige über die Grenzen des wachsenden Industrielandes; die wachsende Bevölkerung verdrängt sie; sie wandern gleichsam aus; aber nahe genug, um den kürzesten Absatzweg zu be-

halten, und legen sich als erster Ring um das Gebiet. So geht uns beispielsweise die Schafzucht allmählich verloren; die Wollerzeugung wird von anderen umliegenden Ländern übernommen. Dann wird der nächste Erzeugungszweig unrentabel, wie beispielsweise der Anbau von Flachs und wandert ebenfalls über die Grenzen nach dem billigeren Arbeitslohn oder nach der anspruchslosen Familienwirtschaft im Osten. Gleichzeitig wird damit die Wollerzeugung noch weiter herausgedrängt. Sie muß nämlich, um nun noch mit dem billigeren Flachs in Wettbewerb treten zu können, ihrerseits noch billigere Erzeugungsstätten aufsuchen. Also wird der Ring abermals weiter hinausgeschoben in bisher noch jungfräuliches Land. Die Baumwolle, die bisher im vorderen Orient ein kümmerliches Dasein fristete, wandert in die unerschlossenen Prärien Nordamerikas, eröffnet den entscheidenden Wettbewerb gegen Wolle und Flachs und zieht, ihrerseits in eine harte Wettbewerbslage gedrängt, schwarze Negersklaven nach Nordamerika — ein bezeichnendes Beispiel dafür, wie sehr völkische oder rassische Belange hinter den Gesichtspunkten reiner Rentabilität zurücktreten. Die Schafe wurden nun, um noch die Rentabilität der Wollerzeugung zu halten, in die äußersten Winkel der südlichen Erdhälfte abgeschoben: nach Südamerika, Südafrika und Australien.

Ähnlich wuchsen die Ringe beim Korn, bis der kanadische oder La Plata-Weizen den Weltmarkt beherrschte. Dabei setzte sich die Entwicklung bei den Futtermitteln noch weiter fort. Nachdem ein weiteres räumliches Ausweichen von Futtergetreide nicht mehr möglich war, erfolgte ein Ausweichen in andere Erzeugnisse, von der argentinischen Leinsaat über die afrikanische Ölpalme zur chinesischen Ölfrucht oder zur mandschurischen Soyabohne.

Auf diese Weise wurden auch die einzelnen Volkswirtschaften völlig aufgespalten; die Schafe, die Rinder, der Getreidebau, die Faserpflanzen, die Ölpflanzen — schließlich ja auch die Menschen selbst wanderten über die Grenzen zu den Stätten billigerer Erzeugung, die sich aber immer weiter hinausgeschoben. Ursprüngliche lebensgesetzliche Zusammenhänge gingen darüber immer mehr verloren. Die Produktionsgemeinschaft „Weltwirtschaft“, die nur in Zahlen dachte, ahnte nichts von der ursprünglichen Lebensgemeinschaft eines Bauernhofes, wie sie seit Jahrtausenden herangewachsen war. Rücksichtslos wurde durch die Rentabilität ein wichtiges Glied nach dem anderen herausgenommen, und das, was jeweils übrig blieb, wurde dadurch nur noch eher unrentabel. Hier blieb der bloße Kartoffelbau, der nach Schweinen für den Absatz suchte, dort hingegen blieb die Schweinezucht, die sich heute vielleicht Kartoffeln, morgen russische Gerste, übermorgen argentinischen Mais aus dem Auslande suchte. Nicht nur ursprüngliche Lebensgemeinschaften wurden dabei aufgelöst, sondern auch die einzelnen Bestandteile selbst aufgespalten. Aus dem Flachs wurde eine Gespinstpflanze in Osteuropa, eine Ölsaatz in Südamerika. Das Schaf wurde in Fleischrassen und Wollrassen zerlegt, und schließlich auch noch in eine Fellrasse.

Der letzte Abschnitt dieser ringweise sich ausdehnenden und dabei aufspaltenden Weltwirtschaft war die allmähliche Herauslösung und Abwanderung der sogenannten intensiveren Erzeugungszweige der landwirtschaftlichen Veredlungswirtschaft. Um das hochindustrialisierte Deutschland lagerte sich allmählich ein Ring von Obst- und Gartenbauländern; die Blumen- und Treibhauskulturen Hollands, die Edelerzeugnisse belgischen und französischen Obst- und Gemüsebaues, die Früchte Italiens. Dazu kam die hochentwickelte Milch- und Viehwirtschaft in Dänemark und Holland, später auch in Finnland. Die Fette konnten dennoch in größere Billigkeit ausweichen, die Peitsche der Rentabilität trieb sie noch weiter über das amerikanische Schweineschmalz und das afrikanische Kokosöl bis zu den Walfischen, die schließlich auch noch in dem entlegenen Winkel der Erde, im südlichen Eismeer gefangen werden.

Damit sehen Sie bildhaft, daß wir jetzt an den Grenzen der Welt angelangt sind. Ich habe Ihnen die Entwicklung einer Weltwirtschaft geschildert, die sich, von dem kapitalistischen Prinzip der Rentabilität auf der Grundlage des „freien Spiels der Kräfte“ getrieben, in immer stärkeren Wachstumsringen immer weiter ausdehnte, bis sie alle nur ausdenkbaren Möglichkeiten erschöpft hatte und die also, wenn sie sich nun noch weiter peitschen läßt, einfach zerplatzen muß. Diese gewaltige Katastrophe einer zerplatzten Weltwirtschaft haben wir alle in den letzten Jahren tatsächlich miterlebt. Als es keine anderen Ausweichmöglichkeiten in noch rentablere, billigere Erzeugung mehr gab, wurden die Werte einfach vernichtet. Das war der Weisheit letzter Schluß: Anbau-Einschränkung, Vernichtung der Güter und Ausschaltung der Arbeitskraft in Form von Arbeits-

losigkeit. Am Ende der industriellen Revolution leuchtete das Fanal von verbrannten Weizenbeständen und ertönte das Signal der marxistischen Weltrevolution.

*

Und so verpflichtet die Sicherstellung fester Preise den Einzelnen vor sich selbst und vor der Gesamtheit zu einer Anspannung seiner Kräfte, zu einer Steigerung seiner Leistungen und seiner Erträge, weil nur eine Ertragssteigerung uns allen in unserem Kampfe um die deutsche Selbstbehauptung die Nahrungsfreiheit sichern kann.

Freilich muß sich der Bauer dabei immer wieder des ihm von der Natur gesteckten Rahmens bewußt bleiben. Diese Rückkehr zu natürlichen Verhältnissen, zu den natürlichen Gegebenheiten war ja die Grundvoraussetzung der neuen Entwicklung nach dem Zusammenbruch der Weltwirtschaft. Das bedeutet also, daß wir darauf hinstreben müssen, in dem Bauernhof wieder ein in sich geschlossenes Gebilde mit lebensgesetzlichen Zusammenhängen zu schaffen. Nur so ist ja auch eine wirkliche und dauerhafte Leistungssteigerung möglich, wenn alle Kräfte eines Hofes sich sinnvoll ineinander fügen. Unter der Herrschaft der Preisschwankungen und des Rentabilitätsprinzips entstand jene Aufteilung, die ich Ihnen bereits schilderte und die schließlich zur Zersetzung wurde. Aus dem Bauernhof wurde ein kapitalistischer Betrieb, der bald dies, bald jenes produzierte, je nach Marktlage und Konjunkturen. Die uralten Zusammenhänge, die dadurch auseinandergerissen sind, müssen nunmehr wiederhergestellt werden. Der kapitalistische Betrieb muß also wieder zu einem in sich geschlossenen Hof, einem organischen Gebilde werden, dadurch, daß er die in die weite Weltwirtschaft zerstreuten Erzeugungszweige wieder zu sich zurückholt. Das bedeutet für den einzelnen Betrieb, daß er danach trachten muß, sich möglichst vielseitig auszugestalten. Je mehr sorgfältig und lebensgesetzlich aufeinander abgestimmte Erzeugungszweige der einzelne Hof umfaßt, um so mehr ruht er zunächst geschlossen in sich selbst, um so lebensfester steht er da, um so mehr kann er in den einzelnen Zweigen durch Erzeugungssteigerung herausholen; und um so mehr bildet er damit die Urzelle einer lebensfesten und in sich geschlossenen Volkswirtschaft.

Auch von der gesamten Volkswirtschaft aus gesehen, ist es notwendig, die in die Weltwirtschaft hinausverlegten Erzeugungszweige allmählich wieder hereinzuholen, und das soll eben möglichst dadurch geschehen, daß jeder Bestandteil dieser Volkswirtschaft, also der Hof oder der Betrieb, von sich aus zur Erzeugung bisher vernachlässigter Güter übergeht. Die Geschlossenheit und Lebensfestigkeit der Volkswirtschaft soll möglichst erreicht werden durch die Vielseitigkeit der einzelnen Bestandteile. Nur wenn die einzelne Zelle der Wirtschaft schon ein organisches Wesen ist, kann auch die gesamte Wirtschaft zu einem organischen Gebilde werden. Und dieses Ziel steht fest nach der hinter uns liegenden anorganischen Entwicklung, die lediglich von beziehungslosen rechnerischen Erwägungen bestimmt gewesen war.

*

Wir erinnern zum Vergleich an das Januarheft 1933 („Das Verhängnis der Einseitigkeit“), das in der Entwicklung des Wesens organischer Lebensgemeinschaften die Begriffe der Monokultur (Einseitigkeit) und der Autarkie (Vielseitigkeit) einander gegenüberstellte und den Zwang zur Vielseitigkeit, zur Autarkie wissenschaftlich und eindringlich betonte.

Worin hat eine solche Gemeinsamkeit der Ansichten ihren Urgrund? In der gemeinsamen Erfassung des Lebens als Geheimnis und als Quell alles Geschehens. Denn wir sehen die Welt nicht logisch, von der Ratio her, sondern bio-logisch, vom Geheimnis des Instinkts aus. Uns ist jedes Geschehen ein Lebensvorgang, blutmäßig bestimmt, vom Boden her geformt, in seinem letzten Kern verstandesgemäß nicht zu erfassen. Die kleinste der Zellen unseres Weltbildes ist nicht der einzelne Mensch, sondern die Familie, geschichtlich gesehen, die Sippe. Und die kleinste Einheit

des Staates ist die Verwurzelung einer Familie mit einem Stück Boden zu einer höheren Lebensform, ist der Hof, der sein Eigenleben hat und es teilt mit dem Bauer.

Aus dieser, des Lebens bewußten Einstellung folgt das Selbstbewußtsein des Bauern, das diese Tagung in Goslar so stark beherrschte: der Bauer als Träger der Blutreinheit und der Bluterneuerung des deutschen Volkes stellte sich bewußt in Gegensatz zum entwurzelten Städter. Zum entwurzelten: denn jene Stadtbildung, die organisch ist, deren Ausdruck Arbeit am Volksganzen und Kulturleistung ist, wird jederzeit Verständnis beim Bauern finden. Der reinen Zivilisationsleistung aber und der Herrschaft der Maschine wurde aus dem Geist des Nationalsozialismus der Kampf angesagt nach dem Wort Adolf Hitlers, das der Reichsbauernführer anführte:

„Denn, daß unser Volk ohne Städter bestehen könnte, das wissen wir aus der Geschichte; daß es ohne Bauern bestehen kann, ist unmöglich.“

So geht die Forderung des Reichsnährstandes auf die Erhaltung und Neubildung deutschen Bauerntums. Sein Mittel zur Erhaltung ist das Reichserbhofgesetz, über das Saure in weitgespannten, hervorragend geformten Ausführungen sprach. Das Mittel zur Erneuerung ist die rassisch gesiebte Neusiedlung. Vor allem aber wirkt der Reichsnährstand doch durch die Gesamtheit seiner eigenen Tätigkeit: sie weckt den Bauern, formt ihn und fügt ihn in den Staat.

Damit schafft der Reichsnährstand von der bäuerlichen Seite aus die Voraussetzungen für jene Bewegung, die das ganze Volk erfaßt hat: hinein in die Tiefe des eigenen Bodens sich zu verwurzeln. Ob der Arbeitsdienst ihn erschließt, die Heimstätten-siedlung und -planung ihn dem Städter wiederzugeben sucht, das Landjahr die Jugend mit ihm vertraut macht, der Bauer ihn sich neu und nun endgültig zu eigen gewinnt, das Volk im ganzen wirtschaftend sich auf seines Bodens Früchte allein einzustellen sucht, — überall derselbe, fast inbrünstige Drang.

Daß des Bauern Kampf gegen die Verstädterung Grenzen hat an der Notwendigkeit der Ergänzung mit Wehrstand und Arbeiter, darauf wies der Führerstellvertreter, wiesen aber auch Staatsrat Meinberg und der Reichsbauernführer selbst hin.

Hier liegt die große Frage der Zukunft, die trotz der drängenden Ernährungs- und Aufbauarbeit vom Reichsnährstand nicht übersehen wird: es geht dem Bauer im Bestreben, eine Front gegen die Verstädterung aufzurichten, wie dem Soldaten im Krieg von heute. Wie der Krieg dreidimensional geworden ist, wie es keine Front mehr gibt, wenn der Raum über uns in seiner ganzen Ausdehnung zur Kampffront geworden ist, so gibt es auch keine Front gegen die Verstädterung. Wer den Traktor, wer Kunstdünger und Monokultur nicht entbehren kann, steht noch unter dem Bann der Stadt, kämpft gegen die Verstädterung in seinen eigenen Reihen. Im Aufbau autarker Einzelwirtschaft könnte der Bauer die Unabhängigkeit,

das Sich-selbst-genügen leicht erreichen. Den Weg zum Bauern- und Soldatenvolk versperrt uns Deutschen aber die Entwicklung eines Jahrhunderts der Industrialisierung. Solange unser Volk seinen Lebensstandard, seinen einseitig zu höchster Arbeitsleistung ausgebildeten Werkgang beibehält, zwingt diese Tatsache dem Bauer Gesetze auf, von denen sich erweisen muß, wieweit Blut und Boden sie ohne Schädigung tragen können.

Späne

aus den Vorträgen auf dem Reichsbauerntag

1. STADT UND LAND

Die Stadt ist anspruchsvoller, das Land einfacher. In der Zunahme der Bedürfnisse an sich liegt nichts Bedenkliches, aber die wachsenden städtischen Bedürfnisse schlugen einen ganz falschen Weg ein. Man hatte Bedürfnisse aller möglichen Art, Bedürfnisse für standesgemäße Wohnung, für neueste Mode, geistige Bedürfnisse, das Leben bot ja so viel an Genuß und Abwechslung. Aber man vergaß dabei den biologischen Bedarf unseres Volkes zu decken, man vergaß das Kind.

Landesobmann Mathias Haidn.

Man könnte aber auch die Frage aufwerfen, wie sich der Liberalismus eigentlich den Widerspruch zwischen seiner Lehre einerseits und der Tatsache der bäuerlichen Arbeit andererseits erklärt, wenn man die bäuerliche Arbeit so betrachtet, wie sie tatsächlich ist: Kein Bauer weiß am Beginn seiner Arbeit, ob der Himmel so gnädig sein wird, ihm auch eine auskömmliche Ernte zu gewähren. Jede neue Ernte muß mit diesem Unsicherheitsfaktor erstellt werden; trotzdem geht der Bauer unverdrossen jedes Jahr wieder an die Bestellung der Äcker heran. Will man etwa behaupten, daß der Bauer letzten Endes mit seiner Arbeit auf dem Acker ein törichtes Werk tut? Nur ein Dummkopf kann behaupten, daß es ausschließlich der Eigennutz beim Bauern wäre, welcher die Triebfeder seines wirtschaftlichen Lebens sei.

Reichsbauernführer R. W. Darré.

Für uns Bauern sind die Früchte des Ackers Gaben der Natur, Geschenke immer neuen Werdens, das die moderne Naturwissenschaft trotz der Verfeinerung ihrer Forschungsmittel nur beschreiben und nicht ergründen konnte.

Für uns ist Dienst an der Scholle stets eine lebendige Verbindung mit jener unergründlichen, das Leben bestimmenden Macht, die die Menschheit in Gott verehrt. Bauernarbeit aus dieser Gesinnung ist Gottesdienst.

Und hier wende ich mich an Euch, deutsche Bauern! Wir müssen handeln, als ob es nur auf uns allein ankommt. Der Strom unseres bäuerlichen Blutes nährt das Leben unserer Städte. Das wird auch in gesunden Grenzen in Zukunft der Fall sein. Auf uns und unsere Kinder kommt es an, ob das Erbe unserer Ahnen Frucht und Segen bringt, nicht nur in unseren Dörfern, sondern auch in den Städten unseres Vaterlandes.

Für uns als Träger des Blutes unserer Vorfahren ist die Erde kein Jammertal, aus dem wir bald erlöst werden möchten, sondern uns ist sie eine Verpflichtung, die wir tragen den Ahnen, aber auch unseren Kindern gegenüber.

Staatsrat Meinberg.

Dem Bauern hat einer, der weit stärker ist als der anmaßende Intellekt und Menschengest, der Schöpfer selbst, die Grenzen gewiesen. Zum Bauern, zu seiner Arbeit, zu seinen Plänen und zu seinem Rechnen sagen die Naturgesetze auf Schritt und Tritt: „Bis hierher und nicht weiter.“ Ja, weiß er überhaupt, ob er ernten wird, wenn er sät? Die ehernen Wirtschaftsgesetze des Liberalismus, die dem Bankier oder dem Exportindustriellen unumstößliches Dogma waren, hatten ja für den Bauern nur in geringem Maße Gültigkeit. Während die Wirtschaft fast vollständig verkapitalisiert war, dachten und handelten Millionen Bauern, als ob sie noch in der vorkapitalistischen Zeit leben würden, wenn auch die zweckbestimmte liberalistische Moral, die den Ehrbegriff verdrängte, ungeheure sittliche Werte zerstörte. Die Wirtschaftsgesetze des Menschen und die schöpfergewollten Lebensgesetze traten sich feindlich gegenüber. Das Leben kämpfte gegen das Gold. In diesem großen wirtschaftlichen und geistigen Ringen um den Bauernhumsgedanken

wurde klar, daß das Bauerntum nicht nur eine wirtschaftliche Angelegenheit ist, ein Wirtschaftszweig, ein Berufsstand schlechthin. Es steht unter besonderen Gesetzen, und Bauer sein ist eine Angelegenheit der Gesinnung und blutsbedingten Lebenshaltung.

Landesobmann Mathias Haidn.

2. BAUER UND STAAT

Führer sein ist nicht eine Angelegenheit des wirtschaftlichen Wertesammelns, sondern des Wissens um die lebens- und naturgestaltenden Gesetze und Formen. Führer sein ist deshalb eine Angelegenheit des Blutes. Der Bauernführer muß wissen, daß er nicht nur Tages- und Augenblicksaufgaben wirtschaftlicher Art hat, sondern daß er im Dienste unseres Volkes und des Schöpfers steht, und daß er führend mitarbeitet an der Ordnung des Staates und der Wirtschaft nach den gleichen Gesetzen, die die Weltordnung bestimmen. Die Erziehung des jungen Bauern muß deshalb einen anderen Weg einschlagen wie die bisherige Landwirtschaftsschule. Es kommt nicht darauf an, nur Einzelwissen aufzuspeichern, das ja oft in verderblicher Richtung angewendet werden kann, und wir wissen erfahrungsgemäß, daß die Landwirtschaftsschule in manchem mehr zerstörte als weckte.

Landesobmann Mathias Haidn.

Um Irrtümer und vor allem Vorurteile zu zerstreuen, muß einmal ganz klar ausgesprochen werden: Wir haben niemals nur für einen Stand gekämpft. Wir sind nicht Nationalsozialisten geworden, weil wir vielleicht aus dem Bauerntum kommen oder weil wir Bauern sind. Nein, wir sind zuerst Nationalsozialisten geworden, weil wir unser Volk lieben, weil wir ein starkes Deutschland der Einheit, der Ehre, der Kraft und Gesundheit, kurz ein ewiges Deutschland wollen. Wenn wir speziell unsere Kraft im Dienste des deutschen Bauerntums einsetzen, so deshalb, weil wir nicht Ständes- oder Interessenpolitik treiben, sondern weil wir glauben: dadurch, daß wir an der Gesunderhaltung der Wurzel unseres volklichen Lebens mit tätig sind, arbeiten wir an der Daseins- und der Ewigkeitsaufgabe unseres Volkes. Der Führer hat es oft klar ausgedrückt: Volk ist kein Mechanismus oder Apparat, sondern ein Körper, ein Organismus, und das Bauerntum ist die biologische Voraussetzung von diesem Organismus und damit Garant unseres völkischen Lebens.

Landesobmann Mathias Haidn.

3. BAUER UND WIRTSCHAFT

Die Wirtschaft eines Volkes muß also auf dem Boden und der Arbeit der mit ihm verbundenen Menschen beruhen, muß in ihnen gebunden sein. Dafür aber muß auch aus beiden in einer gewaltigen Kraftanstrengung das Letzte herausgeholt werden. Während die kapitalistische Weltwirtschaft in die Welt ging — auch gehen konnte, solange der Raum noch da war — muß die nationalsozialistische Wirtschaft in die Tiefe der eigenen Kraft des Bodens und der menschlichen Arbeit gehen.

Staatssekretär Herbert Backe.

So gesehen kann aus dem geschichtlichen Ablauf gefolgert werden, daß das Prinzip der freien Wirtschaft dem Ziel: Sicherung des Lebens des Volkes und seiner Zukunft nicht gerecht geworden ist. Hätte es diesem Ziel gedient, so wäre der Nationalsozialismus gar nicht entstanden und hätte bestimmt nicht als Ziel das aufgestellt, was bereits in der Vergangenheit gewährleistet war. Nein, die Notwendigkeit, diese Forderung zu erheben, beweist, daß das Prinzip der freien Wirtschaft weder das Leben des Volkes, noch seine Zukunft gesichert hatte.

Das ist auch erklärlich, denn das Prinzip der freien Wirtschaft hatte ein ganz anderes Ziel: Die Erschließung der Welt. Niemals wäre dieser gewaltige Prozeß in knapp hundert Jahren durchgeführt worden, wenn ihm nicht als Instrument die liberale Entfesselung des Menschen von allem, auch den lebensgesetzlichen Bindungen in Blut und Boden, zur Verfügung gestanden hätte. Mit der Erfüllung seines geschichtlich gesetzten Zieles, mit der Beendigung der Erschließung der Welt und der industriellen Revolution verlor der Grundsatz der freien Wirtschaft auch seine Voraussetzung und damit seine Daseinsberechtigung. Weil er mit seinem Rentabilitätsgrundsatz über Lebensgesetze der Völker hinwegschritt, meldeten sich in zunehmendem Maße diese Forderungen der Sicherung des Lebens des eigenen Volkes und seiner Zukunft, bis diese Forderung im Nationalsozialismus siegte. Es liegt wohl auf der Hand, daß die erfolgte Überwindung des Liberalismus durch den Nationalsozialismus keine Empfehlung für den Wirtschaftsgrundsatz dieses Liberalismus zur Lösung des nationalsozialistischen Zieles ist: das Volk und seine Zukunft zu sichern.

Staatssekretär Herbert Backe.

Nicht nur die deutsche Wirtschaft, die ganze Wirtschaft der Welt befindet sich in einem Chaos, weil mit einem für jede vernünftige Wirtschaft unmöglichen Wirtschaftsprinzip versucht wird, die durcheinandergeratene Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen. Dies ergibt für uns die Notwendigkeit, erst einmal die Neuordnung der Wirtschaft auf nationalsozialistischen Voraussetzungen in Deutschland durchzuführen. Bei der Abschnürung Deutschlands und unserer Devisenlage erfordert das in erster Linie die Ordnung der Lebensmittelverhältnisse auf dem Binnenmarkt, weil man unter diesen Verhältnissen keine Wirtschaft aufbauen kann, solange der Binnenmarkt noch nicht in Ordnung gebracht ist. Und ich behaupte, daß, wenn wir Nationalsozialisten nicht den Mut gehabt hätten, so schnell und tatkräftig den Binnenmarkt in Deutschland wenigstens einigermaßen in Ordnung zu bringen, wie wir es getan haben, die deutsche Wirtschaft noch vor ganz anderen Schwierigkeiten stände, als sie heute infolge der Devisenlage steht.

Aus dieser Sachlage heraus muß ich an das deutsche Bauerntum den Appell richten, sich einzureihen in die kommende Erzeugungsschlacht. Seit Jahren betone ich, daß der Mensch nicht arbeiten kann, ohne zu essen, aber nicht essen kann, ohne zu arbeiten. Da also das Essen die primitive Voraussetzung jedes menschlichen Daseins ist, ist die Steigerung des Rohertrages unserer Lebensmittelproduktion die Voraussetzung für die wirtschaftliche Behauptung des deutschen Volkes.

Reichsbauernführer R. W. Darré.

Wir haben im Interesse des gesamten deutschen Volkes die uns durch die Devisenlage und Deutschlands Isolierung bedingte Menge an Lebensmitteln in ihrem Weg vom Erzeuger zum Verbraucher so geordnet, daß kein Hunger in Deutschland ausbrechen kann und eine Spekulation mit der verknappten Ware unmöglich ist. Wenn wir dabei noch nicht alle Erzeugnisse restlos dieser Marktordnung unterwarfen, so daß auf Grund dieser Tatsache solche Erzeugnisse, die bisher noch nicht unserer Marktordnung unterlagen, Preissteigerungen erlebten, so würde dieses zunächst nur die Richtigkeit unseres Prinzips erweisen. Denn ich betone: Die Lebensmittelmenge ist in Deutschland durch die Devisenlage fast restlos auf unsere eigene Erzeugung beschränkt. Die vorhandenen Lebensmittel müssen im Interesse des Ganzen so geordnet werden, daß die Verbraucher sie auch tatsächlich erhalten und keine Jagd des Verbrauchers nach den Lebensmitteln einsetzt. Dies ist, was wir Marktordnung nennen. Daß wir in Voraussicht der jetzt eingetretenen Lage bereits vor über einem Jahr mit unserer Marktordnung begannen, sollte uns schließlich um so weniger zum Vorwurf gemacht werden, als nur aus diesem Grunde unsere aus dem Vorjahre herübergenommenen Brotgetreidevorräte so groß sind, daß wir auch in diesem knapperen Jahre keinen Mangel erleiden werden. Mit alchimistischen Retorten und akademischen Wirtschaftstheorien macht man nicht Wirtschaftspolitik in einer Lage, wie sie Deutschland heute erlebt. Man rettet den einem übertragenen Wirtschaftssektor nur, wenn man sich, frei aller Theorien, mit den gegebenen wirtschaftlichen Tatsachen abfindet und zu solchen Maßnahmen greift, die im Interesse des Ganzen im Augenblick die richtigen sind. Wir nationalsozialistischen Bauernführer haben nie von Wirtschaftstheorien geredet, aber wir sind einfach an die Arbeit gegangen und haben gehandelt, damit der uns übertragene landwirtschaftliche Sektor wieder in Ordnung kommt. Wir haben daher weder Verständnis für Leute, die sich in der Öffentlichkeit an Wirtschaftsplänen berauschen, noch haben wir Verständnis für solche Leute, die der Welt erzählen, daß sie keine Wirtschaftspläne zu machen beabsichtigen. Uns imponiert nur der, dessen auf Wissen und Können aufgebaute Leistung durch den Erfolg die Richtigkeit seiner Maßnahmen unter Beweis stellt.

Reichsbauernführer R. W. Darré.

Und als letztes: Indem das deutsche Bauerntum begonnen hat, mit der Ordnung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse anzufangen, wird über kurz oder lang die übrige Wirtschaft nach den gleichen Prinzipien sich in die Front des Bauern einreihen müssen. An dieser Tatsache werden Maßnahmen und Mätzchen liberaler Gegner gar nichts ändern, weil die Frage gar nicht darum geht, welche Theorien richtig sind, sondern ausschließlich darum, ob der heutige Staat sich behauptet oder nicht. Wenn aber dieser Staat sich behaupten will, dann wird auch der nichtlandwirtschaftliche Sektor unserer Wirtschaft unseren Grundgedanken folgen müssen. Und dann wird die Wirtschaft des deutschen Volkes die erste Wirtschaft der Welt sein, die auf einer neuen Ordnung aufgebaut ist und in welcher nicht mehr die Geldsucht des Händlers, sondern das Ethos der Arbeit die Achse aller Überlegungen ist. Und dann, aber auch erst dann wird sich von hier aus die endgültige Ordnung der Beziehungen der Gesamtwirtschaft Deutschlands zu den Wirtschaften der anderen Länder vollziehen, wie wir sie auf unserem Gebiet schon mit manchem Erfolg eingeleitet haben. Dann wird Europa zu jener Ordnung kommen, die der einzige Garant für einen europäischen Frieden ist.

Reichsbauernführer R. W. Darré.

ALBRECHT HAUSHOFER:**Berichterstattung aus der atlantischen Welt**

Die Frage nach der Verschiedenartigkeit der Maßstäbe, mit der wir unseren letzten Bericht geschlossen hatten, muß auch am Anfang des neuen stehen, mit dem wir ein an weltpolitischen Ereignissen gewiß nicht armes Jahr beschließen. Verschiedenheit der Maßstäbe: Tastende Versuche, ein neues Gleichgewicht der Macht für den ganzen ozeanischen Riesenraum des Pazifik zu finden, wobei dann die Frage der offenen Tür in China und der Mandschurei gleich mit erledigt würde; vielleicht auch der Verzicht darauf, ein solches Gleichgewicht zu finden, beginnend mit dem Versuch der Vereinigten Staaten, durch ungehemmte Seerüstung dem japanischen Gegner den wirtschaftlichen Atem zu nehmen; einem Versuch, der die britische Reichspolitik vor Entscheidungen führt an einer Stelle, an der sie Entscheidungen mit allen Kräften zu vermeiden strebt. Diese britische Reichspolitik selbst ist damit befaßt, einer neuen Verfassung für Indien bei den englischen Konservativen und den indischen Nationalisten erste Geltung zu verschaffen; um so ruhebedürftiger ist sie auf den übrigen Feldern der Weltpolitik, — und dennoch bedacht, die eigene Rüstung zu steigern, wobei dann die mögliche Gefahr einer deutschen Luftflotte Lord Hailsham und Lord Londonderry die Begründung liefern muß, mit der sie den erhöhten Wehretat durch das Parlament zu bringen hoffen. Mit dem Hintergrund jener freundlichen militärischen Besprechungen dieses Sommers zwischen französischen und englischen Sachverständigen, Besprechungen, die gewiß so unverbindlich waren wie Unterhaltungen zwischen befreundeten Mitgliedern zweier Generalstäbe meistens zu sein pflegen, gelangt die englische Politik auf dem europäischen Feld sehr nahe an die Stellungen von Haldane, Grey und Churchill in den Jahren unmittelbar vor 1914. Grey und Haldane sind tot — Churchill ist noch sehr lebendig... Damit aber wechseln wir unmerklich die Maßstäbe, wandern vom Großen in das Kleine Welttheater, aus dem pazifischen in den europäischen Bereich. Dabei müssen wir uns freilich darüber klar sein, daß Kontaktexplosionen von der einen Bühne zur anderen knallen können, und daß es nicht unbedingt über die Reichweite einer Explosion entscheidet, ob das erste Pulverfaß, das in die Luft fliegt, sehr groß oder sehr klein gewesen ist.

Die Leser unserer Berichte werden uns gewiß nicht für einen Freund des Völkerbundes halten. Immerhin müssen wir zugestehen, daß er in den letzten Wochen eine Funktion erfüllt hat, die bei den schlichteren Primaten der zoologischen Gärten zuweilen der Spiegel erfüllt. Man meint den Gegner, aber brüllt

nur gegen das Glas. Hätte Südslawien seine Beschwerdenote im unmittelbaren Verkehr an Ungarn gerichtet, statt sie nach Genf zu schicken, — hätte Ungarn seine Gegenbeschwerde direkt nach Belgrad gesandt, so hätte wohl der Ehrenkodex der Staatenwelt 1914 ein Ultimatum und ein Gegenultimatum verlangt, wobei der Austrag mit der Waffe unvermeidlich geworden wäre. Heute ist es zunächst bei vorbereitenden Handlungen geblieben; zum Teil freilich bei Handlungen recht gefährlicher Art. Zu diesen rechnen wir auch die Unterschrift, die der österreichische Bundeskanzler in Rom unter gewisse Abmachungen gesetzt hat, die er schon im Sommer in Florenz unterschreiben sollte. Unseren Lesern ist die geopolitische Lage von Kärnten und Steiermark bekannt genug, um uns zu erlauben, den Inhalt dieser neuesten römischen Abmachungen nur anzudeuten.

Diese wenigen Hinweise zur geographischen Lage des im Augenblick gefährlichsten europäischen Pulverfasses seien vorausgeschickt, damit unsere Leser nicht glauben, wir seien unempfindlich gegen das, was in unmittelbarer Nähe vorgeht, auch wenn wir uns zwingen, die Maßstäbe der großen Weltpolitik immer wieder auch in europäischen Dingen anzuwenden.

Betrachten wir die Gesamtheit der europäischen Staatenwelt, so stellen wir eine Unruhe fest, die so groß ist, daß sie uns verbietet, Prophezeiungen auch nur für Wochen zu wagen. Rund um die Adria hallen noch immer die Schüsse von Marseille. Wenn eine Großmacht die Hintermänner eines Mordes sich auszuliefern weigert, dann wird sie wissen, warum sie das tun muß; es fragt sich nur, wer den Mut hat, nach den Gründen zu fragen. Die Möglichkeit unmittelbar bevorstehenden Konfliktes läßt alle Regierungen kleinerer Staaten danach fragen, wie fest der Grund ist, auf dem sie stehen (und Vorgänge wie der Kampf um die Insignien der alten Deutschen Universität in Prag sind nicht geeignet, schwankenden Boden zu festigen); andere Mächte wieder wollen wissen, was sie wagen können, und benutzen die Gelegenheit zu freundlichem Druck auf dritte. Daher die Frage der Sowjetunion nach dem Schicksal des Ostpaktes, von Laval nach Warschau weitergegeben. Niemand weiß, mit welchem Maß von innerer Sicherheit das geschah; niemand weiß, wie klar und willensstark die mittlere Generation französischer Staatsmänner ist, die nach dem plötzlichen Abgang der „großen Alten“ — Barthou, Poincaré, Pétain, Doumergue — an der Seine das Steuer hält. So verstünde man den europäischen Staatsmann, den im Schlaf der Traum überfiele, daß er auf schlecht gesteuertem Schiff durch einen dichten Nebel führe, auf einer See, deren Fahrwasser schmal und von vielen unsicher tutenden oder unsicher schweigenden Fahrzeugen belebt ist. Bittere Fahrt für das vollbeladene Schiff des Völkerbundes, bittere Fahrt auch für diejenigen, die das Schiff der Saar zu dem einzig möglichen Hafen zu steuern haben. Doch davon zum Schluß dieses Berichts.

Zunächst haben wir noch einmal den Sorgen der beiden angelsächsischen Groß-

mächte in die Weite zu folgen, wobei wir das Zentrum ihren Sorgen, das große indopazifische Sturmfeld, an dieser Stelle nur von außen umkreisen können. „Der letzte Sprung des alten Löwen“ ist schon so oft vorhergesagt worden, als daß man den Sprung in eine unsichere indische Zukunft so bezeichnen dürfte. Aber wir empfehlen das genaue Studium des indischen Verfassungsentwurfs nicht nur denen, die vom indischen Fragekreis dazu Stellung gewinnen wollen. Wir empfehlen dieses Studium auch allen jenen, die sich von der Stärke oder dem Verfall der empirebildenden Kräfte eine wirkliche Vorstellung gewinnen wollen. Wird die neue indische Verfassung in Kraft gesetzt — und alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß weder indischer noch Diehard-Widerstand das hindern werden, — dann werden bedeutsame Rückwirkungen auch auf das englische Mutterland nicht ausbleiben: als wichtigste vielleicht das erhöhte Schwergewicht der Krone. Wer sich Gedanken über die innere Gestaltung der bekanntlich ungeschriebenen englischen Verfassung macht, wird gut daran tun, zu wissen, daß die Bedeutung der Krone als der eigentlichen Trägerin des Weltreichs schon durch das Westminster-Statut erheblich gesteigert wurde; tritt nun auch Indien aus dem Bereich der unmittelbaren Gesetzgebung des britischen Parlaments in die Oberherrschaft der Krone zurück, so sind die Folgen auf lange Sicht unabsehbar — auch wenn gerade von dieser Seite des Problems in England selbst kaum gesprochen wird (was nicht bedeuten soll, daß eben die verantwortungsklarsten der britischen Staatsmänner davor blind wären!).

Die Stellung der Krone hat sich in England immer mehr gefestigt. Georg V. sitzt sehr viel fester auf seinem Thron als Georg IV.; die Hochzeit des Herzogs von Kent ist ein Familienfest des englischen Volkes, und Reisen wie die des Herzogs von Gloucester zur Jahrhundertfeier von Melbourne sind Regierungsdienst. An dem Staatsakt, mit dem die Hochzeit des Herzogs von Kent genehmigt wurde, nahmen Smuts, Bruce und Bennett teil — die verantwortlichen Vertreter von Südafrika, Australien und Kanada. Welch neue Möglichkeiten für den inneren Verkehr des Empire die neuen Fluggeschwindigkeiten bieten — daran sei hier nur am Rand erinnert. Wenn man in drei Tagen von England nach Australien gelangen kann, dann sind Reichskonferenzen nicht mehr an Entfernungen gebunden. Wir glauben nicht, daß England und seine Dominien so lange brauchen werden, wie die Vereinigten Staaten, um ihre Verfassung den veränderten Verkehrsverhältnissen anzupassen.

Einstweilen aber haben wir neben den Tendenzen der Straffung — auch die indische Verfassung ist ein strafferer Staatspapier als Sir John Simons „White Paper“ — Tendenzen der Lockerung, ja der Unordnung in beiden angelsächsischen Staatsbereichen zu melden. Im britischen Bereich ist es das Bestreben Westaustraliens, vielleicht bald auch Tasmaniens, aus der unauflösllichen Commonwealth loszukommen, und wieder in den Status der selbstverwaltenden Kolonie zurück-

zugelangen, das den australischen wie den englischen Staatsmännern Sorge macht. In Amerika sind es Vorgänge wie die Diktatur des Senators Long in Louisiana, aber auch der eigenmächtige Kampf um das Coloradowasser, den Arizona gegen Kalifornien und gegen die Bundesregierung führt. Wenn Staatspolizei gegen Bauunternehmen des Bundes geführt wird, so ist das ernst — bei aller Achtung vor den rauen Gewohnheiten des Rauhen Westens. Schlimmer noch wäre freilich ein Erfolg des utopischen Sozialisten Upton Sinclair in Kalifornien gewesen. Dort hat sich — gewiß zur Freude seines Parteigegners Roosevelt, der Republikaner Merriam als Gouverneur behauptet; aber bezeichnend für die Stimmung in den Vereinigten Staaten ist doch die Knappheit der Niederlage Upton Sinclairs in einem Staat, der zu den reichsten und keineswegs überfüllten gehört. Im übrigen haben die amerikanischen Wahlen die Stellung Roosevelts gefestigt; die Reste der alten Republikaner sind verschwunden; die Wahrscheinlichkeit ihrer Rückkehr bei der nächsten Präsidentenwahl ist denkbar gering. Die Welt wird mit sechs Jahren Roosevelt zu rechnen haben; die gesteigerte innere Sicherheit des Präsidenten mag sehr bald auch in internationalen Verhandlungen sichtbar werden — auch dort, wo internationale Kooperation unvermeidlich, wie z. B. in der Kontrolle des Chaco-Krieges (sofern man wirklich gewillt wäre, einen Chaco-Frieden zu erzwingen) und in der sehr viel heikleren Frage der staatlichen Kontrolle der privaten Rüstungsindustrie... Es könnte freilich sein, daß der Chaco-Krieg sich selbst beendet, bevor die großen Mächte sich zum Eingriff entschließen. Die militärische Lage der Bolivianer hat sich — im Zusammenhang mit inneren Störungen — so sehr verschlechtert, daß ein Frieden, der Paraguay den größeren Teil des umstrittenen Gebietes gäbe, im Bereich des Möglichen liegt. Damit wäre Südamerikas letzter großer Territorialkonflikt geregelt, nachdem der Friede am oberen Amazonas schon hergestellt ist. Chile, Argentinien und Brasilien weisen Zeichen stärkerer wirtschaftlicher Erholung auf; Mexiko meldet einen mystischen Amtsantritt seines neuen Präsidenten — mit einem Programm ausgedehnter Agrarsiedlung, „Indisierung“ und straff durchgeführter Trennung von Staat und Kirche.

Einiger Fragen von räumlich kleinerem Bereich haben wir auch in diesem letzten Bericht des Jahres kurz zu gedenken: des schwelenden Unrechts in Memel; der andauernden Aktivität der türkischen Außenpolitik; des Wiederauflebens ägyptischer Verfassungsschwierigkeiten zwischen Hofpartei und Wafd unter starkem und sichtbarem Eingriff des englischen Überwachungsbeamten; der jetzt erst klar zutage tretenden Bitterkeit des asturischen Aufstands und der energischen Haltung der spanischen Regierung, die eine marxistische Untersuchungskommission mit Lord Listowel an der Spitze mit höflicher Energie des Landes verwies; des Abschiedes (wenigstens des vorläufigen) des Grafen Brocqueville aus der belgischen Politik; des Schweigens über Irland in der englischen Thronrede; der offenen Behandlung der „depressed areas“, der hoffnungslosen Gebiete sterbender Industrien im briti-

schen Parlament. Und wir haben noch einmal Abschied zu nehmen von dem ehemals deutschen, und durch deutschen Zwist nun auch im Volkskampf verlorenen Deutsch-Südwestafrika. Unser letztes Wort in diesem Jahrgang aber gilt der Saar.

Am 13. Januar findet die letzte der im Versailler Vertrag vorgesehenen Volksabstimmungen statt. Sie betrifft ein Gebiet, an dessen deutschem Wesen niemals ein Zweifel bestand. Das Saargebiet, willkürlich aus dem deutschen Volkskörper, aus dem deutschen Raum herausgerissen, willkürlich abgegrenzt, um seine Bodenschätze dem westlichen Nachbarn nutzbar zu machen, soll vor die Frage gestellt werden, ob es zum größeren Ganzen zurückkehren oder ein Leben der Verkümmern unter herrschendem Fremd-Einfluß führen will. Das Saargebiet ist niemals Grenzland deutschen Volksbodens gewesen — das liegt weiter im Westen in Deutsch-Lothringen — es ist erst durch das Vordringen französischer Staatsmacht zum Grenzgebiet deutscher Staatlichkeit geworden. Wir wissen, daß die Menschen dort deutsch sind und deutsch bleiben wollen. Wir hoffen, daß auch westliche Staatskanzleien verstehen werden, daß das Schicksal des Saarlandes nach dem Willen seiner Bewohner gestaltet werden muß!

KARL HAUSHOFER:

Bericht über den indopazifischen Raum

Würde sich das Beziehen von Frontstellungen auf Jahrtausende, das sich zur Zeit im indopazifischen Bereich vollzieht, im Verhältnis zu den Riesenräumen und Menschenmassen, deren Schicksal dadurch bestimmt wird, ebenso laut, mit dem gleichen Begleitgeräusch abspielen, wie die kleineuropäischen Vorgänge, die sich etwa um die Schüsse von Marseille gruppieren: wir könnten vor dem dröhnenden Tageslärm, den sie dann verursachen müßten, unser eigenes Wort nicht mehr verstehen und vor allem nicht mehr begreifen, warum wir es so laut aussprechen.

In dem Grad, in dem Entscheidungen näher und näher kommen, sind aber die drei großen pazifischen Weltmächte: Japan, Sowjetbünde und Vereinigte Staaten stiller und stiller geworden; sie halten sich nur mehr Flottenbauprogramme, Rüstungs-Industrialisierungen und Propagandabelebungen mächtigen Stils in großem Ernst entgegen. Gibt es z. B. in Japan kaum mehr einen Staatsmann, der es wagt, sub articulo mortis den Mindestforderungen der Führer von Luft- und Seestreitkräften Einhalt zu tun, so verkennt auf der andern Seite wohl keiner, was es heißt, im Wettbau mit USA. eine Flottenverstärkung um 50% des Bestandes vorzunehmen. Nur glaubt man in Japan, auf nervenlähmende Streiks in den USA. zählen zu dürfen, auch darauf, daß Rußland sich nur den Einsatz von

etwa zwei Siebentel seiner Wehrmacht im Fernen Osten gestatten könne; man fürchtet aber, daß auf lange Sicht die Zeit gegen das vor innerem Spannungsdruck bebende Inselreich, zugunsten der sich in die Hände spielenden großräumigen Nachbarn jenseits des Pazifik und Eurasiens arbeiten könnte.

Aber alle drei Partner rings um den chinesischen Riesenkörper wissen, daß sie auf Jahrhunderte Stellung nehmen oder Risiko laufen mit dem, was sie jetzt tun. Auch der Völkerbund könnte es bei Zuwahlen ahnen. (Bild 1.)

Das gleiche wissen wohl auch die alten Kolonialmächte des europäischen Westens in den „Goldfransen am Bettelmantel Asiens“: aber nur England muß

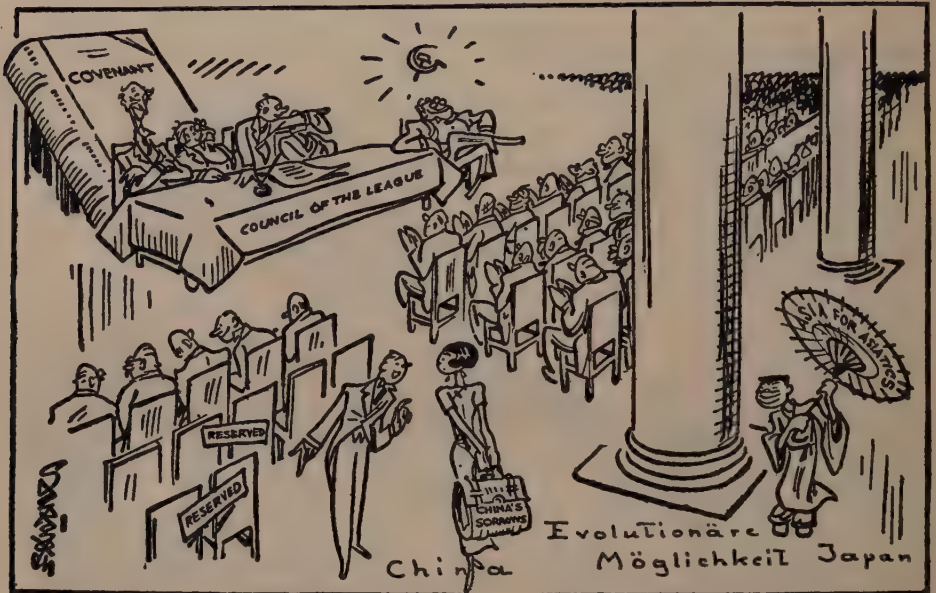


nun einen ersten Schritt tun, indem es sich irgendwie in Indien eine neue Ausgangsstellung schafft, nachdem sich die alte als nicht mehr haltbar erweist.

Das ist der weittragende geopolitische Sinn des indischen Verfassungswerkes, mit dem es jetzt Ernst werden muß, das eine so tief bewegte Vorgeschichte hat. Denn Entwürfe dieser Art gibt es viele: einer der geistreichsten stammt von Oberst Huchison in seinem Buch „Arya“ (besprochen in Geopolitik, XI/34; S. 719).

Aber Männer, wie Oberst Huchison, Carthill mit seiner galligen Voraussetzung der Kritik jeder möglichen indischen Verfassung, die guten Leute um den Manch. Guardian wie Gwynn, und die indische Mission, wie der Gandhifreund Andrews, haben alle, ob in Britannien rechts oder links stehend, den ungeheuren Vorteil, daß sie ihre Verfassungen sozusagen im luftleeren Raum aufbauen können. Foreign Office aber, Indien- und Kolonialamt müssen auf dem unebenen wanken-

den und harten Boden der Tatsachen im Sturm der Wirklichkeit Verfassungen schaffen, die das Anblasen in der Heimat und das Erdbeben in den Monsunländern zugleich aushalten. Sir John Simon hat sogar die Konkurrenz seines eigenen früheren Berichts über Indien zu bestehen und der Wahrheit ins Auge zu schauen, daß bisher alles für Indien geplante Aushilfswerk jeweils um zwei bis drei Jahre zu spät gekommen ist, um beruhigend zu wirken. Das ist im großen Stil ein ähnlicher Vorgang, wie im kleineren die Zugeständnisse Frankreichs an der Westgrenze von Mitteleuropa und das Zuschrauben aller blasenden Sicherheitsventile an



überheizten Dampfkesseln dort, bis zuletzt das Sicherheitsprinzip selbst durch Kesselexplosionen gegenstandslos gemacht wird.

360 Millionen Menschen — (so viele werden es augenblicklich in Indien sein), eine Verfassung geben, — die zunächst bestenfalls den etwa 11% verstädterter Menschen darunter etwas sagt, das sie über die Dorfverfassung hinaus begreifen und handhaben können, — das heißt natürlich, daß man etwa einem Zehntel von ihnen trotz allen Vorsichtsmaßregeln und eingebauten Hemmungen eine verhängnisvolle Macht über die andern neun Zehntel einräumt, vor allem ihren geistigen Führern, die man in eine verbitterte Feindstellung zum „british raj“ gebracht hat. Wie weit sie geht, das läßt sich vielleicht am besten aus den persönlichen Äußerungen von Jawaharlal Nehru ermessen, die wir den Lesern schon einmal vorgeführt haben, und die auf Moskauer Methoden eingeschworen sind.

Das ist der ungeheure Ernst dieses möglichen Wuchtwandels, der die drittgrößte

Menschheitsverdichtung der Erde aus dem Verband eines im Streubesitz weltumspannenden ozeanischen Weltreichs herausbrechen, in einen wild durchkämpften bolschewisierten Kontinentalverband zurückreißen könnte, und die evolutionären Lösungen der panasiatischen Frage in revolutionäre verwandeln müßte. Immerhin sind auch jene — wie Bild 2 zeigt — noch möglich.

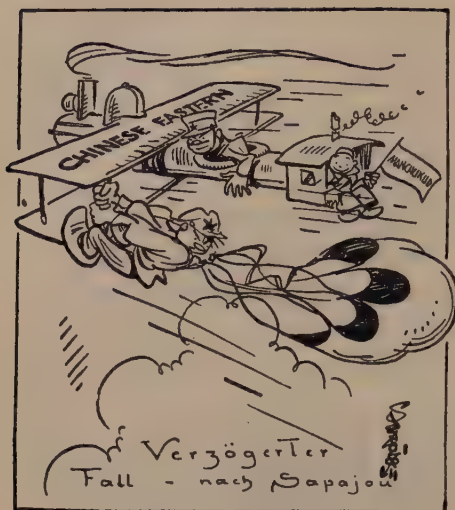
Der Fall Indien wird im Innern noch durch die Krise der politischen Götter, namentlich des alternden Gandhi verschärft (Bild 3); auch dadurch, daß man dort genau weiß, wie sehr die Reibungen z. B. wegen der Inder in Sansibar, die Rohstoffklemmen nur Teilerscheinungen in einer großen Spannung sind. (Vgl. Radhakamal Mukerjee, Luknow Univers., „European Expansion and the World Population Problem“; The Amrita Bazar Patrika Calcutta, — wo die ganze Zahlenschwäche der weißen Herrenschichten über dunkelfarbigen Millionen in den Tropen schonungslos enthüllt werden konnte.)

Auf der andern Seite vermehrt die wehrtechnische Autarkie Japans als „rüstungstechnischer Selbstversorger“ (Feststellungen des Ryekomitees in Washington, Urkunden Nr. 21; 161 — über für Argentinien nach u.s.-amerikanischen Mustern von Japan zu bauende U-Boote! —; 486 und 492 — über Zusammenarbeit von Mitsui und Du Pont de Nemours!), ferner die Schärfe des Baumwollkrieges die Reibungsflächen. (A. K. Mukerjee: „Development of Cotton industry in Japan“.)

Es ist bemerkenswert, was man von Indien aus als das Wesentliche an Japans Industrialisierung gerade in der Webindustrie ansieht, von der man sich im Weltwettbewerb für Indien die größten und schnellsten Aussichten verspricht. So oder so aber wird Europa dafür die Kriegskosten bezahlen, auch wenn von Indien aus die japanischen Preise abermals unterboten werden.

Nach ersten Anläufen im 9. Jahrhundert nahm der Baumwollbau in Japan von der Mitte des 17. Jahrhunderts ab größere Ausdehnung an und ging erst 1868 zu den ersten Fabrikeinrichtungen über, nach einem Fehlschlag in Satsuma 1862. Erst 1880 nahm man die Weberei in größerem Stil auf, überwand Krisen, wie die von 1930, durch gesteigerte Rationalisierung, und holte den Rohstoff zuerst ab 1870 in China, ab 1884 vornehmlich in Indien und ab 1886 in Amerika. Die chinesische Einfuhr sank, zumal China seine Baumwolle selbst verbrauchte, schnell (von 14%





1910 auf weniger als 1% 1932); die indische ging in der gleichen Zeit von 68,6% auf 48,0% zurück; die amerikanische stieg von 13% auf 46,8%, während die sonstige, namentlich ägyptische Fremdzufuhr annähernd stetig blieb, mit 4,4—5%. Höchste Aufmerksamkeit aber fanden in Indien die Methoden der japanischen Markteroberung und Rationalisierung, die man bald zu erreichen hofft.

Natürlich werden auch andere unbefangene Methoden der Reichserweiterung von Indien wie China aus mit aufmerksamen Blicken verfolgt, und zusammenfassend etwa in Spottzeichnungen vom Stil des Bildes 4 veranschaulicht. Das

schwere Ringen hinter der Szene zwischen dem Großwirtschaftssystem (vor dem staatssozialistischen, dem Nationalsozialismus nahverwandten Grundzug der japanischen Volksseele im Zurückweichen) und dem als Vorfechter der Kleinbauern, wie der Reichsgeltung zugleich auftretenden Heer, vor allem dem Jungnachwuchs des Offizierkorps (Trans-Pacific; Tokyo; 11. X. 34: „Furore over army appeal“), sehen die asiatischen Nachbarn weniger deutlich als aus ihrem Distanzgefühl heraus viele Europäer, wie Penzel (M. N. N. v. 16. 11. 34).

Den Lesern der Geopolitik ist die an dieser Stelle gut dargestellte Spannung nicht neu. Sie ist eine Teilerscheinung der Volksdrucküberspannung überhaupt, des rasenden Industrialisierungstempos, des inneren Unbehagens einer im Grund nationalsozialistischen Nation, ihres Rückschlags gegen das aufgepanzerte und aufgedrängte westeuropäische und u.s.-amerikanische Wirtschaftssystem (ohne das doch das jähe Aufrücken in die Weltmachtfront nicht möglich gewesen wäre), des Gegensatzes einer händlerischen gegen eine heldische Seelenhaltung, der in diesem Fall zugleich einer der kontinentalen gegen die ozeanische war.

Insofern sind alle geopolitischen Grundfragen im weiträumigeren Fernen Osten einfacher, gradliniger, aber auch viel raumwuchtiger gestellt als z. B. in Europa.

Die Hauptschwierigkeit liegt in der fortdauernden Unfähigkeit sogar des auf sein Altkulturgebiet zurückgeschnittenen China, mit den eigenen Fragen eigenständig fertig zu werden und haltbare, nicht nur ideologische Lösungen für sie zu finden. Dabei entsinnt man sich in Nanking doch immer wieder von Zeit zu Zeit, daß man eigentlich auch noch die staatsrechtliche und weltpolitische Verantwortung für den riesigen Außenlängergürtel trägt, solange man ihn, z. B. auch die äußere Mongolei und Tibet, formal beansprucht. Freilich verhält sich Tibet

(Spottbild 5) sogar formalen Anbietungen gegenüber ablehnend. Wie das Ausland dabei helfen könnte, das zeigen etwa die Wegebauarbeiten und -pläne der C. I. F. R. C. (China International Famine Relief Commission = Einrichtung des u.s.-amerikanischen Roten Kreuzes zur Hungerbekämpfung). Auf diesem Felde, nicht im Großwaffengeschäft läge die wahre Möglichkeit zur Betätigung chinafreundlicher Gesinnung.

Ein so scharfer Mahnruf, wie ihn z. B. die japanische Heeresverwaltung an den Egoismus der Großwirtschaft zugunsten des Kleinbesitzes unter weitgehendem Volksbeifall gerichtet hat, wäre in China schwer möglich. Tatsachen, wie der Verschmachtungstod von mehr als zwei Millionen Bauern im Innern, als Folge der letzten großen Dürre, — ganz abgesehen von einem Milliarden Schaden in Geld, der sich auf etwa ein Drittel des ganzen Altkulturgebiets erstreckte, — würden in Japan jede Regierung hinwegfegen.

Überträgt man die Maßstäbe von Hupe, wo nach genauen Feststellungen etwa 10 Mill. Menschen in ihrer Wirtschaft zurückgeworfen worden sind, auf den ganzen von der Dürre betroffenen Raum, so kommen etwa rund 100 Millionen Menschen heraus: auf Kiangsi, Hunan, Hupe, Anhui, Kiangsu, Chekiang, Yünnan, Shansi, Shensi, Kweichow, Fukien, Szechuan, Honan und Shantung, die fruchtbarsten und wertvollsten Landschaften verteilt. In Kiangsu und Chekiang, besten Reisländern, wurde die Reisernte auf 10% heruntergeworfen. Bauernkriegsartige Erscheinungen waren allerwärts die Folge! Und dennoch verharren die Söhne der Gelben Erde (J. J. Gunnar Andersson: „Children of the Yellow Earth“. London 1934; Kegan Paul; Trench, Trubner & Co.; 25 Sh.) mit einer wahrhaft übermenschlichen Geduld im Dienste ihrer Erde. Aber es ist kein Wunder, daß sie überallhin auf die Stimmen besserer Verheißungen hören, so klug Chiang Kai Shek den Kleinkrieg gegen Kommunisten, ihre Träger betreiben mag, der aber nachgerade an das Ringen von Byzanz gegen den heranquellenden Nahen und Mittleren Osten erinnert: mit häufigen Triumphen und Siegen, aber ohne den Segen eines dauernden Erfolgs.

Solche Stimmen der Verheißung überfluten ganz Asien von Moskau aus, ob es nun als Mitglied des Völkerbunds salbungsvoll tröstet, oder als Mittelpunkt der dritten Internatio-



nale kleine Flämmchen und große Brände aufzüngeln läßt. Dabei spielt immer noch der an die Wand gemalte Weltfeldzug des Imperialismus gegen das Sowjetlämmlein eine gewisse Rolle! „Kein Land in der Weltgeschichte hat so jähe Fortschritte in Kunst, Wissenschaft und Können in dem kurzen Zeitraum von fünfzehn Jahren gemacht wie Nachkriegs-Rußland. Jetzt würde es nicht nur vom strategischen militärischen Standpunkt schwer sein, einen brutalen und kaltblütigen Krieg gegen dies Land loszulassen, sondern auch heikel vom ethischen Standpunkt“ (Amrita Bazar).

„Jetzt allerdings scheint das Kriegsgeschrei wider den Bolschewismus zur Verteidigung der modernen Zivilisation nur mehr ein sehr durchscheinendes Gewand für einen Raubkrieg der Imperialisten gegen Rußland. Seit 1919 gieren die japanischen Militaristen nach der Eroberung aller Länder nördlich der Tore von Peking und östlich des Baikalsees...“ (Ganz wie die Russen vor ihnen!) „Die Notwendigkeit kapitalistischer Ausdehnung des modernen Japan macht diese Erwerbung so gemeinverständlich, daß — selbst wenn die japanischen Militaristen auf ihre Pläne verzichten wollten, ihr Sturz und ihre Volksschande ohne einen letzten, verzweifelten Versuch unausbleiblich wären.“

Dann folgt, nach längeren Erörterungen der verschiedenen Möglichkeiten ein Kopfsprung: „Japan und Britannien verbündet, würden nicht einmal ihres Sieges über die Sowjetbünde sicher sein. Ihre Hoffnungen, Frankreich, Polen, Rumänien und die Baltischen Staaten ins Komplott zu ziehen, sind sehr dünn geworden. Aber die neue Hoffnung der britischen Imperialisten ist nun auf die Hitlerbewegung in Deutschland gerichtet. Das ist ganz klar, weil das faschistische Deutschland sich offen zugunsten einer neuen Reichsforderung in der Ukraine und im Herzen des europäischen Rußland erklärt hat (?). Die britische Jingopresse hat auch schon, um ein moralisches Mäntelchen über den deutschen Landraubplan in der Ukraine zu werfen, erfundene Nachrichten über Hungersnot, Volkssterben und Dürre in der Ukrainischen Republik herausgebracht u. d. w....“ Auf diese Weise wird zuletzt ein Welteroberungstrio Deutschland—Japan—Großbritannien an die Wand gemalt und das Ganze als Windei in die indische Presse gebracht, wozu gewiß bemerkenswerte Voltigeurgeschicklichkeit gehört!

Aber zuweilen müssen eben solche Dinge niederer gehängt werden, um die verschlungenen Wege großasiatischer Werbe- und Propagandapolitik zu erhellen. Schließlich wird die Unterdrückung der Kommunistischen Partei in Indien durch die Regierung als eine Kriegsmaßregel dargestellt, nicht als eine Friedensnotwendigkeit.

Von einem wichtigen Zwischenpuffer, Afghanistan, erklärt inzwischen Sardar Abdul Razzaqui Khan, ein Königsvetter, „langsamen, aber sicheren Fortschritt!“

Die Sicherheit ist dort nach den bisherigen Erfahrungen wirklich wichtiger als die Schnelligkeit des Fortschritts! „Das Heer ist loyal und der Kriegsminister

arbeitet in völliger Einhelligkeit mit dem Kabinett.“ Das sollte zwar eine selbstverständliche Sache sein, ist es aber offenbar sonst in Afghanistan nicht, da es eigens betont wird. Erst dann kommt, daß auch das Volk mit der Regierung einig geht.

Von andern transpazifischen Randgebieten kündigen sich (Tanspacific, 6. 9. 34) Peru als Kohlenkammer, Venezuela als Kaffee- und sonstiges Paradies, Uruguay als Siedlungsland durch den Mund von Konsuln und Generalkonsuln an — ein Beweis dafür, wie sehr man im lateinischen Pazifikbereich emporschnellende



Handelsbilanzen und Gegengewichte gegen überwiegende Angelsachsen-Fremdgewalt achtet. Der Gedanke, daß die Flottentagung in London auch frei nach Bild 7 ausgehen könnte, macht doch manchen in bänglicher Voraussicht schaudern!

Sehr ernsthaft erörtert Sudhansu Bhusan Roy (The Amrita Bazar Patrika, 12. 10. 1934; Kalkutta) „Separation move and the future of Burma“ mit Für und Wider bei einer ehemals selbstverständlichen, heute nicht unbedenklichen Abtrennung des ursprünglich den Indern ja rassenfremden Buddhistenlandes, dem gegenüber die Stellung der indischen öffentlichen Meinung völlig die Front gewechselt hat — nur war sie immer gegen Vergewaltigung Burmas.

Die Bedeutung von Singapore ist durch das Flugrennen England—Australien noch unterstrichen worden, weil der große Weltumschlagsplatz geradezu zwangsläufig auch das Anlaufen durch den Weltflugdienst fordert, und sich — (bei einer Flugdauer Europa—Java von dreieinhalb Tagen) — als naturbestimmten zweitgrößten Flughafen des Weltreichs anbietet. „Das Rennen sollte

die Entwicklung der Weltflugfahrt um mindestens fünf Jahre beschleunigen.“ Auch der australische Bodendienst ist gründlich überholt worden. Der Postdienst schnellte von 100 000 Briefen (1924/25) auf 3 000 000 (1927/28) empor, und dann um etwa 1 Million jährlich auf die 12 Millionen von heute. Verkehr und Wirtschaft ziehen an; ersterer zeigt sogar kongestive Erscheinungen. Nur eines wankt leider: der volkspolitische Untergrund des wichtigsten Monsunländerstützpunkts der weißen Rasse!

Auf die Arbeit Radhakamal Mukerjees — eines der schärfsten geopolitischen Denker Indiens neben Benoy Kumar Sarkar — über „Europäische Ausdehnung und Weltbevölkerungsproblem“ werden wir deshalb noch näher eingehen müssen, weil er die entscheidende Frage des indopazifischen Raumes berührt, ob die Zukunft darin den eur-amerikanischen Rassen oder den asiatischen gehören wird, wie sehr man ihre scharfen Kanten auch durch menschenfreundliche Reden umschleierte.

Der indische Gelehrte arbeitet durchaus nicht etwa agitatorisch mit den wirklichen Zahlen, so wenig, wie etwa Bryce oder Thompson von der andern Seite. Tatsachen, wie die rund 126 000 Europäer mit rund 60 000 weißen Soldaten über 360 (nicht nur den 318 Mill. von 1921) in Indien, der 17 000 Europäer über mehr als 4,2 farbige Millionen in Malaya, 3900 über 12½ Mill. in den Philippinen, 33 000 über mehr als 21 Mill. in Französisch-Indochina, 1 Mill. weißer Siedler im ganzen riesigen französischen Kolonialreich abgesehen von den 550 000 in Algerien, sind eher maßvoll von ihm verwendet. Die 194 000 holländischen Siedler in der braunen Flut von 42 Millionen von Java und Madura werden sogar rühmend hervorgehoben. Nur nützt freilich der Inder die Anfälligkeit der weißen Truppen für Tropenkrankheiten (70,9% gegen 43,7% der Eingeborenen in Java; „nur“ 58,6% für die britischen Truppen in Indien) und die 111 Urlaubsgründe unter 189 Krankheitsangaben wegen Neurasthenie im Niederländisch-Indischen Zivildienst! — Das uralte Lied vom zerstörenden Einfluß des Tropenklimas auf die Nervenkraft des weißen Durchschnittsmanns (vgl. auch E. F. Gordon Tucker im „Indian Year Book 1921“) soll damit erneut bewiesen werden, und damit das größere Naturrecht der farbigen Rassen auf Tropen und Subtropen. Das wird namentlich für Süd- und Mittelafrika wegen der Inderfrage herausgestellt und behauptet, wenn die Zukunft Südafrikas nun einmal doch den Banturassen gehöre, sei ein Inder- und Asiatenverbot sinnlos. Kenya — mit 3049 000 und 168 000 Weißen, darunter 2880 Bauern, zumeist über 1500 m in Höhenlage; Nordrhodesia mit 1331229 Farbigen gegen 9981 Weiße; Südrhodesia mit 1108949 gegen rund 50 000; selbst Südafrika — bei rund 1830 000 Weißen gegen mehr als 8 Mill. Farbigen könne seinem Schicksal nicht entgehen, so wenig wie die sonstige weiße Tropherrschaft in Asien und Australien — ein Vorgang, der durch Uneinigkeit und Ausschließung weißen Nachschubs aus Mitteleuropa ganz gewiß nur beschleunigt wird.

RUPERT VON SCHUMACHER: Zur Theorie der Raumstrategie

1. Begründung

„Raumstrategie“ mutet auf den ersten Blick als künstliche Begriffsprägung an, in mancher Hinsicht auch als Pleonasmus. Dennoch scheint der Begriff notwendig, das von ihm umfaßte Gedankengut eigenartig und besonderer Fassung fähig zu sein: wenn nämlich die Strategie über den militärischen Rahmen hinaus gedacht und in Analogie zu der englischen Neubildung „Wirtschaftsstrategie“ auf das gesamt-politische Vorbereitungsgebiet bezogen wird. Der geläufige Begriff der „Planung“ ist dann kein Synonym, sondern die Bezeichnung eines Unterkapitels der Raumstrategie — nämlich jener Arbeiten und Maßnahmen, die eine Anpassung von Staat und Volk an den Raum erstreben. Die Raumstrategie ist aber weitergehend auch die Lehre von der Raumbildung durch menschliche Einwirkung, speziell der spekulativen Raumumgestaltung, der Anpassung des Raumes an politische Konzeptionen.

Fest umrissen, handelt es sich bei der Raumstrategie um alle Vorbereitungsmaßnahmen für tatsächliche Handlungen, mag es sich nun um militärische, politische, wirtschaftliche, bevölkerungs- und rassenpolitische Vorhaben drehen, soweit dabei der Raum, die geographische, im menschlichen Handlungs- und Wertungsbereich stehende Umwelt handelt. Teilgebiete sind u. a. die Planung, die spekulative Raumpolitik, Wirtschaftsstrategie, Wehrgeopolitik (als praktische Disziplin = Kunstlehre im Sinn der Chirurgie), Bevölkerungs- und Siedlungspolitik. Zahlreiche Überschneidungen zwischen diesen Untergebieten schließen eine scharfe Systematisierung aus, deren Durchführung auch überflüssig scheint, weil das ganze raumpolitische Gedankengut erst im Werden ist, hemmende Beschränkungen die gedeihende Saat um die Frucht bringen könnten. Lediglich eine theoretische Scheidung dürfte im Interesse der Erkenntniskritik grundsätzlich vonnöten sein, die im Schema

$$\text{Raumstrategie} = \begin{cases} \text{Planung (Anpassung der politischen Maßnahmen an den Raum)} \\ \text{Raumgestaltung (Anpassung des Raumes an die politischen Maßnahmen)} \end{cases}$$

ausgedrückt ist.

Die letzte Wurzel der Raumstrategie liegt in der uneingeschränkten Erkenntnis der Bedeutung von Raum und Boden für die Politik — das Gemeinschaftsleben —, liegt weiter in dem Wesen des modernen Territorialstaats, dem der Raumfaktor zum Kernproblem wurde; überspitzt umschrieben: *qualis geographia, talis historia!* Die andere Ursache liegt in der Eigenart des technischen Zeitalters, das der Empirie die Spekulation entgegensetzt, dem Laissez-faire, Laissez-aller die konstruktiv ordnende „Technik“. Daraus leitet sich einerseits ein bewußtes und gewolltes Lenken der menschlichen Tätigkeits- und Gedankenwelt im Rahmen einmal erkannter Grenzen ab mit dem Ziel, Tasten und Fehlschläge zu vermeiden und den Weg von allen Ungewißeiten zu reinigen; andererseits soll das schöpferische Wollen und

Vermögen den erkannten Rahmen sprengen und völlig Neues schaffen im Sinne des ewig gültigen *corriger la nature* zum Zwecke des *corriger la fortune*. Planung und Raumgestaltung entsprechen diesen beiden Arten menschlicher Geistesarbeit — der Erkenntnis und der schöpferischen Arbeit.

In geläufigen Beispielen staatlicher Tätigkeit ausgedrückt: Wer nordische Menschen im Zuge der Siedlung in die ihnen artgemäße Parksteppe verpflanzt, handelt im Sinne der Planung. Wer aus Sumpfwald Parksteppe schafft, um nordischen Menschen Boden und Heimat zu geben, oder wer aus einem trennenden und siedlungsfeindlichen Gebirge eine politische Zentrale macht, ändert das Wesen der Natur und formt raumgestaltend. Unbewußt auch schon früher geschehen, ist die Raumgestaltung doch erst infolge der technischen Entwicklung und der staatlichen Interessennahme an technischen Möglichkeiten in den Mittelpunkt des raumpolitischen Denkens gerückt, besonders in Staaten und bei Nationen, denen zwar die „*nature*“, aber nicht die „*fortune*“ gegeben ist.

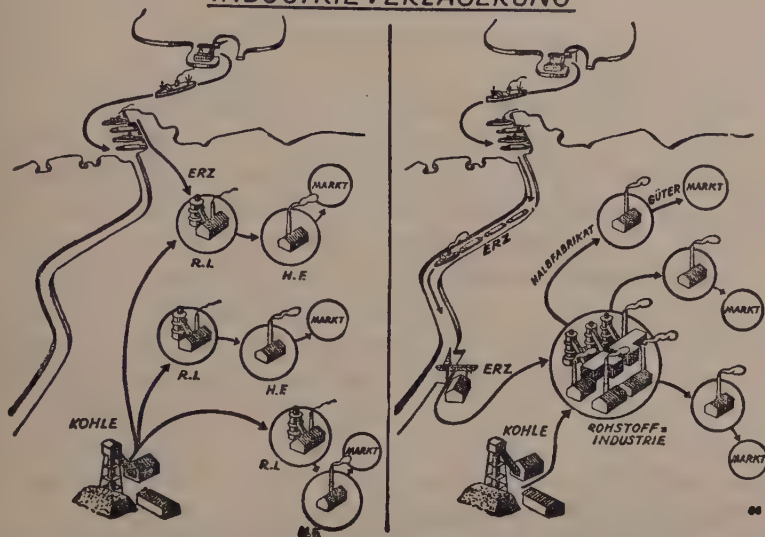
Schließlich bedarf der Begründung noch die politische Ausweitung des Begriffs „Strategie“. Der folgerichtige Gedankengang der Analogie führt von der politischen Strategie zur politischen Taktik, zum politischen Krieg im Gegensatz zum militärischen. — Unsinn? — Nein: das theoretisch bis zum Schlagwort ausgeleierte Wort vom „Krieg als anderem Mittel der Politik“ hat eine überraschende Sinngebung in der Praxis erhalten. Zu keiner Zeit waren Krieg und Frieden so wesensähnlich wie in unserer Epoche, niemals haben die Gegensätze beider Zustände sich so bis zur Unkenntlichkeit verwischt und einer Angleichung Platz gemacht, die am treffendsten mit der Umkehrung vom „Frieden als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln“ glossiert ist. Der Einsatz wehrhafter Kräfte ist fast über die psychologische Faßbarkeit hinausgewachsen, wenigstens auf dem erschütterten Boden des alten Erdteils, so daß der Friede — nicht selten in sarkastischer Fassung gebraucht! — als Möglichkeit geringeren Risikos im Kräftespiel vorgezogen wird. Internationalen aller Nummern, Entnationalisierung, Aussiedlung, Boykott usw. sind die schleichenden Giftgase „friedlicher“ Taktik, die unter Vermeidung von Schußwaffe und Tank „therapeutisch“ das Ziel der Chirurgen am operationsunfähigen herzschwachen Körper erreichen wollen. Die Politisierung aller Wehrbegriffe gestattet und fordert aber auch das gleiche bei der Strategie, deren defensive Seite uns den nicht gestatteten Panzer verteidigender Selbsterhaltung ersetzen muß. Deshalb die besondere Beachtung dieser Erkenntnis und Arbeit.

2. Raum und Technik

Auf dem gesamten Gebiet der Raumpolitik spielt die Technik eine besondere Rolle. Der technische Faktor spielt in unzähligen Variationen bei der Raumgestaltung, sei es, daß sie bewußt oder unbewußt, handwerklich-empirisch oder spekulativ erfolgt, entscheidend mit. Zwar ist die Raumgestaltung keineswegs eine Angelegenheit der Technik im üblichen Sinn des Wortes allein. Es bestehen auch andere Möglichkeiten landschaftsändernder Eingriffe. Ein großartiges Beispiel nichttechnischer Raumgestaltung ist die Veränderung der Pflanzenwelt, auch der Fauna. Akklimati-

sierung, Umforstung, Umzüchtung, Brandrodung, Dünen- und Wüstenbepflanzung, Wildrottung usw. erzeugen gewollte oder ungewollte raumändernde Wirkungen. Raubnutzung des Waldes erfordert keine Technik als Voraussetzung, ihre raumändernde Wirkung kann trotzdem gewaltig sein — Verkarstung, Verödung, Steppenbildung und weiter: Aussiedlung, Unbewohnbarkeit können die Folgen sein. Die abgeholzten, unfruchtbaren Gebirge der südosteuropäischen Halbinsel, das zu-

INDUSTRIEVERLAGERUNG



Ein Beispiel raumstrategischer Lösung: Schaffung eines Standortprinzips. — Das Rohstoffprinzip wird dabei spekulativ durch einen Standort ersetzt, der aus wehr-, siedlungs- und marktpolitischen Komponenten resultiert.

Im Falle Stettins ist die Möglichkeit solcher Entwicklungen vorgezeichnet: Oberschlesische Kohle und schwedisches Eisen finden sich dort losgelöst von dem üblichen Standort des Kohle-Eisen-Problems industriegründend zusammen.

nehmende Herabsinken der Verödungsgrenze in den Alpen (bis zu 1000 m), die langjährigen Dürren in Nordamerika, die vom Wald nicht mehr zurückeroberten Rodungen in Südamerika, die Schäden der Waldarmut in China, die wehr- und wirtschaftspolitischen Gefahren des Monokulturwaldes und des Mangels an Mischwald sind Beispiele raumgestaltender Arbeit ohne Notwendigkeit und Zuhilfenahme der Technik.

Die eigentliche technische Raumgestaltung setzt aber auch bereits sehr früh ein. Sie erfordert keineswegs erst den enormen technischen Apparat unserer Zeit. Der Terrassenbau, die alten Bewässerungskulturen, die Straßennetze früherer Reiche sind Zeugen technischer Raumumwertung, die nicht selten größte Maßstäbe erreichte. Trotzdem spielt der Faktor Technik bis heute eine Aschenbrödelrolle in der

Politik, wenigstens hinsichtlich seiner spekulativen Anwendung. Es wäre sonst kaum möglich, daß Wirkungen, wie sie u. a. der Karawankentunnel in völkischer Hinsicht¹⁾ oder die Bewässerung in den nordamerikanischen Trockengebieten²⁾ erzeugt hat, die Politik überraschen konnten. Ähnliche Fälle allergrößten Ausmaßes begegnen wir in der politischen Wirkung der transpazifischen Bahnen Nordamerikas, die den potamisch bedingten Nordsüdsinn des Raumes in einen ostwestlichen Durchgangscharakter verwandelt haben, in dem ähnlichen Effekt der transsibirischen Magistrale, in den Folgen der Einführung verschiedener Spurweiten in Südamerika (Scheitern der amerikanischen Nord—Süd-Längsbahn) usw. Erst in unseren Tagen, in denen die positive Auseinandersetzung des Staates mit der Welt der Technik beginnt, wächst man langsam in die Erkenntnis der Ausblicke hinein, welche die Verwendung einer staatlich bewußt angesetzten und dirigierten Technik für das politische Leben gewährt. Auf wehrpolitischem Gebiet ist zwar die Zweckbehandlung der Technik nicht mehr neu, aber auf allen anderen politischen Feldern hat man geglaubt, sie als lediglich wirtschaftliche Angelegenheit sich selbst überlassen zu können. Eine konsequente Verfolgung des Laissez-aller-Gedankens der liberalen Weltanschauung! Heute dagegen erkennt man den Wert technischer Planung auch auf politischen Gebieten voll an, die früher alleinige Domäne des Juristen und Verwaltungsdoktrinärs erschienen, erkennt sie wenigstens so weit an, wie die Technik mit den natürlichen Raumfaktoren zu einem neuen übergeordneten System verschmelzen kann.

Mit Hilfe der Technik kann man zwei positive Dinge in raumpolitischer Hinsicht erreichen; einerseits Reindarstellung von Raumfaktoren, deren größtmögliche Wirkung dem Staat erwünscht ist, andererseits die Bildung landschaftlich-technischer Neufaktoren, die ihrerseits wieder eine Umwertung des Raumes bis zum völligen Gegenteil seiner landschaftlichen Wirkungsweise oder auch bisher völlig unbekannte Wirkungen erzielen können. Sie tragen beide den Keim der negativen

1) F. F. G. Kleinwächter: „Die slowenische Kulturautonomie in Kärnten“; Zeitschr. f. G., Jahrg. 1928, S. 245.

„Im alten Österreich gab es rund 1,5 Millionen Slowenen. Um bei dieser geringen Zahl ihren nationalen Ansprüchen einiges Gewicht zu verleihen, suchten die Krainer Slowenen ihre „unerlösten Brüder“ in Kärnten für ihre Politik zu gewinnen. Ihre Agitation fand jedoch an der die beiden Länder trennenden Karawankenmauer ein schweres Hindernis. Hier zeigt sich die interessante Erscheinung, welche politischen Folgen eine künstliche Veränderung der geographischen Gegebenheiten nach sich zu ziehen vermag. Mit den Bau der Karawankenbahn, die als Fortsetzung der Tauernbahn eine neue Verbindung nach Triest schuf, wurde durch den Tunnel bei Rosenbach ein Loch in die Trennungsmauer geschlagen, durch das die Krainer Agitation nunmehr einströmen konnte. Tatsächlich hat eine starke slowenische Bewegung erst mit der Erbauung des Tunnels (1908) eingesetzt.“

2) Dr. Albrecht Haushofer: „Zur politischen Geographie der Grenzen von Nordamerika.“ Zeitschr. f. G., s. Jahrg. 1928, S. 769.

Eine Darstellung der Wandlung einer natürlichen Grenze zur Kulturlandschaftsachse am Beispiel des Kolorado durch den Bau von Bewässerungssystemen.

Wirkung in sich, über dessen Austragung nur die Zeit befinden kann: die Zerstörung, den Tod eines Raumes (z. B. Austrocknung, Verkarstung).

Typische Beispiele der Betonung und Hervorhebung einzelner geographischer Faktoren sind unter anderem die Kanalbauten von Suez und Korinth — wäre es der Durchstich der Landenge von Krah —, während es der Panamakanal schon im geringeren Maße ist. Was am Bosphorus und Dardanellen, Gibraltar und Sund die Natur selbst vollendete, hat bei Suez, Panama und Korinth Menschenhand nachgetragen, gewissermaßen den letzten fehlenden Strich in der Zeichnung der Natur ziehend. Ähnliche Fälle raumpolitischer Beziehung sind die römischen Limes zur (unbewußten) Unterstreichung einer klimatologisch bedingten Lebensraumgrenze, ist die Chinesische Mauer, die Lößland von Grassteppe trennt.

Je unabhängiger das technische System von den Raumfaktoren wird, desto leichter die Möglichkeit landschaftlich-technischer Neubildungen, mit neuen politischen Sinngebungen der Landschaft. Bleiben wir beim Beispiel des Verkehrs, so erkennen wir, daß in dieser Hinsicht der Schleusenkanal dem Niveaukanal, die Straße der Bahn, der Luftweg der Straße überlegen ist. So vermag die Eisenbahn, die weniger als der Kanal an die Bodengestaltung gebunden ist, durch an sich trennende Gebirge künstliche Paßlandschaften zu legen, die imstande sind, alle politischen Funktionen einer natürlichen Paßlandschaft zu übernehmen, wie das Beispiel des Karawankentunnels lehrt. Wenn ein Bahnnetz, ein technisches Produktionsverfahren, eine Meliorationsanlage Zentren und Städte erstehen lassen, wo die Natur gar keine Bedingungen dafür bietet, wenn der Flugverkehr eisbedeckte Arktisinseln in begehrte Objekte internationaler Auseinandersetzungen verwandelt, so sind das bezeichnende Fälle von Wertumkehrungen eines Raumes durch technische Hilfsmittel. Völlig neue, in keinerlei Analogie zu den uns bekannten landschaftlichen Wirkungen stehende Ausstrahlungen auf die Politik hat die dreidimensionale Ausweitung des menschlichen Lebensraumes durch das Flugwesen gebracht — eine Lebensform, in die die Menschheit erst nach Generationen gefühls- und verstandesmäßig hineingewachsen sein wird. Es ergibt sich daraus, daß ein technisches System, je unabhängiger von den Bodenfaktoren, je besser es zur Raumüberwindung geeignet ist, desto intensiver es den politischen Wert einer Landschaft, eines Raumes ändern kann. Die quantitative Umwertung zeigt aber das Gegenteil: Je mehr von Bodenfaktoren abhängig, desto massiver, in sich geschlossener, naturähnlicher ist das System und desto umfangreicher seine politische Wirkung. Die wichtigste Straße wird an Ausmaß ihrer Bedeutung und Wirkung niemals an den Einfluß eines Niveaukanals heranreichen, selbst wenn beide an gleicher Stelle gedacht wären. Die politische Überlegung wird also davon ausgehen, ob ein technisches System naturähnlich oder bodenfern ist, und nach diesem ersten aller Gesichtspunkte die praktische Durchführung beurteilen. Schematisch einfach wird der Fall in der Praxis niemals

liegen, aber die Erkenntnis der quantitativen und qualitativen raumpolitischen Wirkung technischer Systeme ist grundsätzlich notwendig, um sie in die raumstrategischen Überlegungen einreihen zu können.

Seit die raumpolitische Einsatzmöglichkeit technischer Einheiten erkannt wurde, ist die Zahl von Beispielen ihrer praktischen Planung und Durchführung schnell gewachsen. Italien beispielsweise sucht mit Bahnen und Straßen römische Propaganda ins rätomanische Gebiet vorzutragen, Großbritannien sucht — ein Fall negativer Anwendung — die Durchbrechung der Landenge von Krah zu verhindern, die Tschecho-Slowakei wehrt sich aus ähnlichen Gründen — Abtrennung des Zentrums — gegen den Donau-Oder-Kanal. Jahrhunderte alte, raumgeschulte Praxis hat die Engländer das „politische“ Meliorationswesen entwickeln lassen, dessen Anlagen heute Millionen von Menschen in Schach halten. So grotesk es klingt, daß ein Land von Staudämmen abhängig sein kann, so deutlich demonstrieren das Ägypten und Pandschab und die englisch-amerikanisch-japanische Staudammkonkurrenz in Sudan-Abessinien.

mm	Benennung	Proz. des Schienennetzes der Erde
1676	Spanische Weitspur	6,1
1600	Irische Weitspur	1,5
1524	Russische Weitspur	6,6
1448	Amerikanische Kompromisspur	
1445	Französische Normalspur	7,1
1435	Englische und deutsche Normalspur ..	
1067	Kapspur	6,0
1050	Spur der Hedschasbahn	6,2
1000	Meterspur	
950	Bosnische Spur	2,6
915		
762		
760		
750		
610		
600		

Ein besonderer Fall technischer Raumpolitik ist das Problem der Spurweiten der Eisenbahnen. Dieses noch viel zu wenig als politisches Mittel beachtete Problem hat durch Zufall und Absicht Formen angenommen, deren wirtschaftliche und politische Effekte sich nicht mehr viel von dem Charakter von Flußsystemen unterscheiden. Von denen von Robert Sieger genannten hauptsächlichsten Spuren ist der größte Teil unter die Fälle raumunterstützender anpassender Politik zu zählen. Ein Fall spekulativer Raumpolitik ist die russische Breitspur, die von Zar Nikolaus I. bei der Erbauung der ersten großen russischen Linie von Petersburg nach Moskau zur Absperrung des russischen Raumes eingeführt wurde. Die Forderung der Engländer 1913, die Spurweite einer russisch-transpersischen Bahn in der britischen Einflußsphäre zu ändern und ihren Systemen anzupassen ist ein großartiges Beispiel technisch raumpolitischer Konzeption, das ganz und gar nicht selbstverständlich ist. Der Umbau der südmandschurischen Bahn durch die Japaner auf Kapspur 1904—1905 ist ein Seitenstück zu dem persischen Fall, die Abneigung Madrids gegen eine Änderung der spanischen Breitspur ist keine geringe Hemmung der französischen Tunnelpläne bei Gibraltar.

Es erhebt sich die Frage, welche technischen Systeme am stärksten politisch wirken, bei welchen raumpolitische Erwägungen in Betracht zu ziehen sind und welche von ihnen aktive Mittel der Politik sein können. Kurz aufgezählt sind das vor-

wiegend: Verkehrssysteme mit durchgehender Bodenorganisation, Meliorationssysteme und Energieversorgungssysteme. Schließlich wird sich die Frage erheben, welcher Art die politische — also nicht die wehrstrategische — Wirkung bei aktivem Einsatz zu Verteidigungs- und Angriffszwecken sein kann. Die Antwort ist an sich so vielgestaltig wie die Möglichkeiten der Politik. Aber es läßt sich eine vereinfachte Formel aufstellen: Technische Raumsysteme sind geeignet, natürlich getrennte zu verbinden und zu verschweißen, Grenzen zu verwischen, natürliche Raumeinheiten zu zerreißen. An der Dauer eines Staatslebens gemessen vermögen diese Systeme sehr lang zu währen. In den politischen Konzeptionen vermögen solche Systeme eine ähnliche Rolle zu spielen wie natürliche, ihre Behandlung bei Grenzziehung, Zusammenlegung, Aufteilung erzeugt ähnliche Wirkungen wie die gleichen Vorgänge bei analogen natürlichen Systemen.

Die Anlage eines raumtechnischen Systems beginnt also genau so eine politische Angelegenheit zu werden wie etwa die Organisation der Wirtschaft usw. Die Ausschließung von volks- und staatspolitischen Gesichtspunkten müßte schwerste Gefahren für den betreffenden Staat herbeiführen.

3. Antigeopolitik?

Bei der Behandlung der Frage Technik-Raum erhebt sich ein ganzes Bündel von Fragen, das sich mit diesem etwas merkwürdigen Untertitel zusammenfassen läßt: hat die Technik im weitesten Sinn, m. a. W. die Geistesleistung des Menschen die Möglichkeit, mit Dauerwirkung die geopolitischen Raumwirkungen abzuändern und zu überwinden? Oder steht ihr nur die Kraft der Zerstörung zu Gebote?

Man pflegt heutzutage raumpolitische Maßnahmen konstruktiv nach vorwiegend wehrpolitischen Gesichtspunkten zu regeln. Hauptstädte, so folgert man zum Beispiel, hätten im allgemeinen möglichst weitab der Grenzen in der Mitte des Landes zu liegen, Gebirge seien zweckmäßige Grenzen usw. Als maßgebliche Gründe werden die Fortschritte der technischen Waffen geltend gemacht, meist mit Erfolg. Ist diese Einstellung aber allenthalben und allerzeit richtig am Platze? Die Tatsache, daß die „friedliche“ Strategie im Wettstreit der Völker nicht wegzudenken ist, gibt Anlaß, friedliche Gesichtspunkte gleichfalls gelten zu lassen; sie können Raumfaktoren zur Wirkung verhelfen, die sonst brach liegen würden. Aufschlußreich ist da die zweimalige Verlegung der ukrainischen Hauptstadt (1925 Charkow, 1934 Kiew): die zentrale Schutzlage hat sich nur für die Zeit der gegenrevolutionären Rückschlagswelle aus den randukrainischen Gebieten bewährt. Nach der Konsolidierung der inneren und äußeren Verhältnisse fühlt man sich stark genug zum Angriff und zieht unter Mißachtung aller wehrpolitischen Erwägungen wiederum in das Traditionszentrum an der Grenze, um die Dynamik von hier aus besser über die Grenzwüstung hinüberstrahlen lassen zu können. Istanbuls Rückkehr in den Wirkungsbereich türkischer Aktivität ist ein anderes Beispiel dafür,

daß man sich von der Stoßwirkung grenzständiger Zentren mehr verspricht als von dem zentripetalen Verhalten von Zentralen in Mittellage.

Dieselbe Frage erhebt sich beim Grenzerstörungswerk durch die juristische Formel, wie es in den Pariser Vorortsverträgen zu orgiastischer Höhe getrieben wurde: Ist dabei den Naturgesetzen des Raumes die Kraft einer Naturgewalt zuzutrauen oder schließen die einmal verwirklichten juristischen Unnatürlichkeiten wie jedes geotechnische System die Möglichkeit in sich, selbst Bestandteil einer umgeformten Natur und damit auch Naturkraft zu werden? Ist der geographische Raum schicksalhaft, unveränderlich, in seinen Gesetzen nicht auf die Dauer zu vergewaltigen? Muß die politisch-historische Entwicklung infolge der Gegebenheiten des Raumes zwangsweise pendelartig zurückschwingen oder trägt das Menschenwerk mit allen seinen kulturraumändernden Folgen ein eigenes Raumgesetz in sich? Eine Bejahung dieser Frage würde besagen, daß z. B. ein Grenz- und Raumzerstörungswerk wie das von Versailles an der Eigenkraft des Raumes nur scheitert, wenn auch der Mensch als Glied dieser Raumkraft durch Wille und Geist den Raum unterstützt, während es ohne diese geotechnische Gegenwirkung weiterfrißt, dem negativen Sinn folgend, unter den der Raum gestellt wurde. Das drastische Beispiel dafür ist ja die Geschichte der deutschen Grenzen seit Richelieus Wirken. Das Raumgesetz der reinen Natur hat für das alte Reich gesprochen, trotzdem konnte das französische Grenzerstörungswerk sich weiter in den deutschen Raum einbohren, weil auf der anderen Seite der zähe französische Wille, auf der Seite des Reiches die Uneinigkeit geherrscht hat, die den vollen Einsatz der Volkskraft verhinderte. Der Sinn des Raumes hat sich damit durch den politischen Sinn des Menschen zum mindesten zeitweise ins Gegenteil verkehrt: aus Raumzerstörung wurde nicht ein durch die Geschichte gerichteter Un-Sinn, sondern wohlgeformter Angriff. Ist die Gefahr schon gedacht, die in dieser Wandelbarkeit des politischen Raumes liegt?

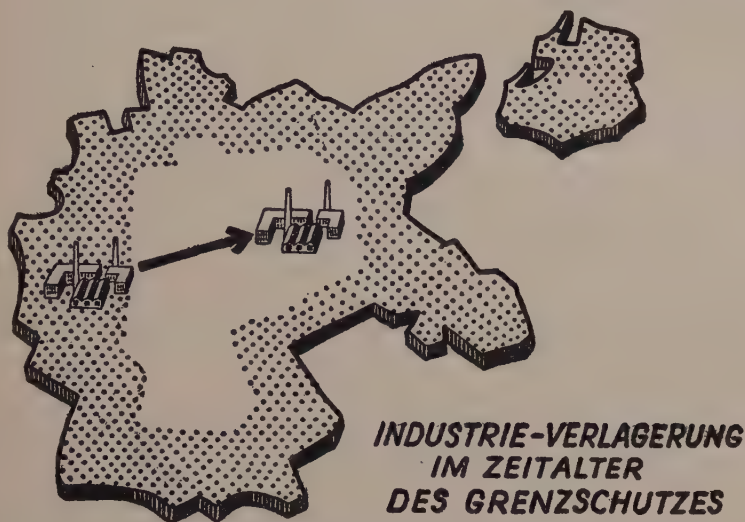
4. Industrieverlagerung

Der praktisch aktuellste Fall raumstrategischer Arbeit ist die durch die wehrpolitische Entwicklung veranlaßte Industrieverlagerung. Den wehrgeopolitischen Gründen haben sich inzwischen verschiedene andere hinzugesellt, so daß eine Summe von Gründen für die Industrieverlagerung geltend gemacht wird, die dieses Problem nahezu an das „to be or not to be“ für viele Staaten heranzuführen. Die Gründe lassen sich in drei Gruppen teilen:

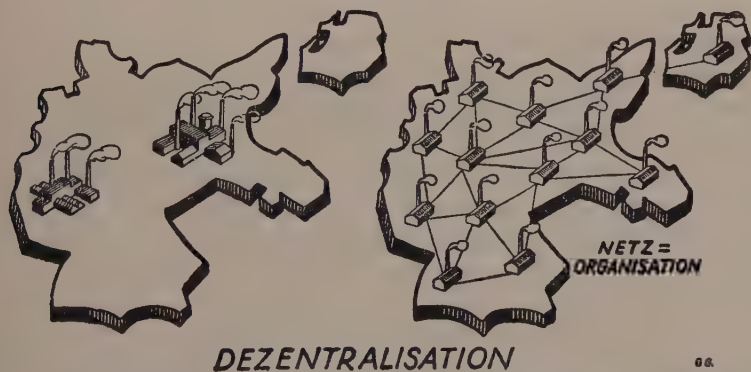
bevölkerungspolitische Gründe,
wirtschaftspolitische Gründe,
wehrpolitische Gründe,

die von den Gesamterfordernissen des Staates überdacht, Anlaß geben müssen, die Aufgabe dieser gewaltigen Kulturumwälzung zu wagen.

Die Industrieverlagerung muß somit zahlreiche andere Haupt- und Nebenprobleme — vor allem soziale! — mitlösen. Dadurch ist ein Rahmen festgelegt, der aus dem Gebiet der Planung vielfach in das der Raumgestaltung hinübergreift,



Der reine Bodenkrieg hat lediglich eine Verlegung strategisch wichtiger Industrien aus dem Grenzgebiet erfordert.



Der Luftkrieg erfordert über die Verlegung hinaus eine weitgehende Dezentralisierung, um die Angriffsziele zu verkleinern und die Angriffe zu zersplittern.

wenn Raummängel die Raumgunst überwiegen. Der Umfang der Arbeit ergibt sich aus der Aufgabenstellung:

- Verlegung der Industrie aus der Großstadt in die Kleinstadt,
- Verlegung der Industrie aus hochindustriellen Gebieten in Randwirtschaftszonen,
- Auflockerung der standortgebundenen Industrien durch vertikale Dezentralisierung,
- Verhinderung der Industrieverdichtung durch horizontale Dezentralisierung.

Daraus ergibt sich, daß die Industrieverlagerung begrifflich umfaßt: Verlegung sowie vertikale und horizontale Dezentralisierung. Von dieser Erkenntnis ausgehend, folgert das Problem des neuen Standortes, der rein aus der betrachtenden Überlegung heraus raumpolitisch gestaltet wird. Aber auch hier sind bereits Grenzen vorgeschrieben, die durch Nahrungsbasis, Rohstoff, Befähigung und Wehrlage gegeben sind. Ob die Theorie allein in der Lage ist, diese Fragen zu lösen oder ob sie des Versuchs und der Erfahrung nicht entraten kann, ist noch nicht zu entscheiden. Vielleicht gelingt das bei der wehrpolitischen Seite des Problems, die mit einfacheren Elementen zu rechnen hat. Nach dieser Richtung sind Zahl und Entfernung entscheidender als psychologische Momente.

Wehrgeopolitisch ist dabei zu beachten:

1. Daß die Grenzzonen entsprechend dem Wirkungsbereich moderner Ferngeschütze zu der unerhörten Weite von 128 km Breite gewachsen sind.
2. Daß der moderne Krieg auf die Abreißung von Grenzgebieten zielt durch möglichst konzentrierten Einsatz auf geringstem Raum.
3. Daß die Bodenwaffen durch die Luftwaffe ergänzt werden, deren Bereich nicht durch lineare Fronten beengt ist.
4. Daß die Überraschung ein wesentliches Moment darstellen wird, das etwaige Vorbereitungen nach Kriegausbruch nicht mehr gestattet.

Auf der andern Seite ergeben sich aber folgende Erfordernisse:

1. Eine hochwertige Industrie hat die Versorgung technisierter Armeen leistungsfähig zu erhalten.
2. Außerordentliche Maßnahmen müssen dem Schutz gegen den technischen Angriff dienen.
3. Das Versorgungsproblem wird um vieles verwickelter, weil es neben dem Menschen jetzt auch eine steigende Zahl von Maschinen umfaßt.

Der Kompromiß zwischen den wehrgeopolitischen Gefahren und den Erfordernissen führt zu Ergebnissen, die in ihrer praktischen Durchführung die gleichen sind wie die aus den bevölkerungs-, sozial- und wirtschaftspolitischen Gründen abgeleiteten. Diese Einheit des Fragenkomplexes „Industrieverlagerung“ ermöglicht organische Lösungen, die in manchen Staaten bereits praktisch in Angriff genommen worden sind. So hat vor kurzem der tschechoslowakische Landesverteidigungsminister Bradac die Durchführung einer großzügigen Industrieverlagerung für die Tschechoslowakei angekündigt, so ist man in Italien, Frankreich und Rußland bestrebt, die Gebirge dem Schutz der industriellen Wehrkraft dienstbar zu machen — reizvolle Vorgänge, die das völlig neue Denken in Europa kundtun und dem Geopolitiker die Richtigkeit seiner Thesen bestätigen. Vielleicht auch Friedensgaranten bergen; denn das Experiment vorher und die Praxis nachher wären gleich unrentabel. Worin der raumstrategische Grundgedanke letztlich sich mit dem Ethischen berühren würde.

Die Schaubilder sind von Dr. Ludowici entworfen und entstammen dem Heft „Industrieverlagerung“ desselben Verfassers.

OSKAR INDRA:

Das technische Denken und die kollektivistischen Staatsformen

Mit Recht weist der folgende Aufsatz eines in Niederländisch-Indien lebenden deutschen Ingenieurs auf die Tatsache hin, daß bei den großen Staatsumwälzungen der Nachkriegszeit eine völlige Neugestaltung der Beziehungen zwischen den einzelnen Staatsgliedern und eine neue Form des Zusammenarbeitens im Regierungsapparat das Ziel ist.

Ob allerdings der Verfasser richtig sieht, wenn er das Ergebnis einheitlich bei den drei behandelten Staatswesen unter den Begriff der Zweckmäßigkeit im Sinne technischer Rationalisierung stellt, scheint uns fraglich. Ist nicht z. B. gerade in Deutschland der umgekehrte Vorgang zu beobachten: Abkehr von Regierungsformen, die stark rationalistisch-zweckmäßig durchgesetzt waren, zu einer neuen Staatsgestaltung, die unter dem entgegengesetzten Zeichen, dem nämlich einer biologischen Zweckmäßigkeit steht? Die Schriftleitung.

Problemstellung

Das Jahrhundert der Maschinentechnik, nach Spengler gleichzeitig das der Weltkriege, hat den in technischen Begriffen denkenden Menschen — und ihre Zahl wächst ins Riesenhafte — ein Wort gegeben, das vor allem in der amerikanischen Gedankenwelt sich nach vorne drängt, das Wort: Efficiency. Ich will es übersetzen mit: Größte Zweckmäßigkeit oder Streben nach solcher. Die Maschinen, durch den Ingenieur erschaffen, dienen nur der Zweckmäßigkeit, und ihre ruhige Sicherheit konnte nicht ohne Einfluß auf die Wunschwelt ihrer Diener und ihrer Nutznießer bleiben. Die Industrie, beherrscht durch die Technik und die Technik beherrschend, hat das Zauberwort Efficiency aufgegriffen und es in drei jedem Techniker geläufige Worte abgewandelt: Normalisierung, Typisierung, Rationalisierung. Der Sinn dieser Wörter wird aus ihrer hier folgenden Anwendung auf die Staatsidee auch dem Nichttechniker von selber deutlich werden.

Wenn ich die scheinbar kühne Idee äußere, daß der technische Begriff Efficiency, der sein Entstehen dem unerhörten Wettstreit der Industrien verdankt, mit ausschlaggebend für die Idee des kollektivistischen Staates war — bewußt oder unbewußt —, so liegt mir als ehemaligem Kriegsteilnehmer nichts ferner, als zu Recht erkannte Altäre stürzen oder heroische Völker in eine enge Schablone zwingen zu wollen. Ich verlange nur das Recht, diese Zeit auch einmal mit dem Auge des Ingenieurs auf den technischen Zweckmäßigkeitswert ihrer neuen Staatsformen zu betrachten. Ganz verkehrt ist meiner Meinung die Anschauung, daß das nach historischen Begriffen gleichzeitige Entstehen einander im tiefsten Wesen — Gemeinnutz geht vor Eigennutz — ähnelnder Staatsformen nur aus dem Blute und nicht auch aus dem modernen Denken, das notwendig stark technisch gerichtet ist, seine tiefsten Wurzeln treibe. Der Mensch ist nun einmal ein Zwitterding von blutmäßig und gedankenmäßig Errungenem, und so ist es auch die von ihm erwählte Staatsform. Jedes Volk verwertet die drei genannten Grundbegriffe technischer Zweckmäßigkeit seiner heroischen Anlage entsprechend.

Die alten Staatsformen, ob man sie nun liberalistisch, demokratisch oder kapi-

talistisch nennt, sind niemals, vom Standpunkt des Staatsganzen gesehen, von höchster Zweckmäßigkeit erfüllt gewesen. Nur bei natürlichem Reichtum, bei schwächerer Gegnerschaft, bei viel Raum für alle, konnten die alten Staatsformen zu Recht bestehen. Sie wurden ein Luxus, sowie die Völker in den härtesten Wettstreit um den Platz an der Sonne eintraten. Völker, die an Raumnot leiden oder denen durch drückende Fesseln schwere Lasten auferlegt sind, können sich nimmer die Zersplitterung ihrer besten Energien gestatten. Sie sind notwendig gezwungen, aus ihrer Energiewirtschaft geistig und körperlich durch einen einheitlichen Willen und durch eine so scharf wie möglich umschriebene — d. h. rationalisierte — Staatsleitung herauszuholen, was herausgeholt werden kann. Solche Völker werden in eine kollektivistische Staatsform gedrängt und, wenn sie sich die einmal zu eigen gemacht haben, trotz aller falschen Propheten bleibend daran gebunden.

Rußland

Für Rußland, das als erstes eine kollektivistische Staatsform erwählt hat, trifft weder das Kriterium der Raumnot noch das eines Mangels an natürlichem Reichtum zu; hieraus erklärt sich auch seine ganz besondere Staatsform, die für jeden anderen europäischen Staat wohl schlechthin vernichtend wäre. Die sozialen Verhältnisse in Rußland vor dem Weltkriege waren noch zu primitiv gewesen für eine nur auf der Grundlage der Tradition mögliche ständische Gliederung (Typenformung). Es gab da eine kleine reiche und in ihrer Macht beinahe unbeschränkte Gruppe, der eine große Masse Besitzloser oder zum mindesten Schutzloser gegenüberstand. Der Sowjetstaat baut sich daher nur auf der im Klassenkampf durch einen gewaltsamen Umsturz zur Macht gelangten Masse auf, die nichts Eiligeres zu tun hatte, als die früher herrschenden Schichten, unter denen sich der Großteil der russischen Intelligenz befand, so vollständig wie möglich auszurotten.

Wie primitiv man sich die Typisierung im neuen Staate von Anfang an vorstellte, ist aus der selbstgewählten Bezeichnung eines Staates der Arbeiter, Soldaten und Bauern ersichtlich. Diese bereits zu weit getriebene Normalisierung wird jedoch mit Nachdruck auf Kosten der Typisierung weiter durchgesetzt. Wenn es dem Wunsche der Sowjets gemäß gelingt, den Einzelbauer gänzlich verschwinden zu lassen, und wenn aus der bäuerlichen Kollektivwirtschaft, den Kolchósen, nicht eine Art neuen bodenständigen Bauerntums entstehen sollte, wird der Bauer zum landwirtschaftlichen Arbeiter und damit wie der Soldat und der Industriearbeiter zum Nomaden, der fallweise dorthin zieht, wo für ihn die Lebensbedingungen die besten scheinen.

Eine derartige Entwicklung kann auf die Dauer nicht zum Vorteile des Ganzen sein, da die blutmäßige Liebe zur Heimatscholle für die Kraft eines Staates immer von höherem Werte sein wird als der ausschließliche Dienst an einer Idee. Zeichen einer Umkehr sind jedoch vorhanden, sowohl in der Freigabe des Überschußgetreides der Kolchósen zum Verkauf am öffentlichen Markt, wodurch den Kollektivbauern eine gewisse bescheidene Wohlhabenheit ermöglicht wird, als auch durch

die Ermutigung im zweiten Fünfjahrplan zur Schaffung von Kleinbetrieben, die der Bildung eines Mittelstandes in die Hand arbeitet. Die Idee eines rein kommunistischen Staates ist hierbei bereits in hohem Maße verlassen und hat einem Staatssozialismus Platz gemacht, dem nationale Neigungen nicht mehr fremd sind.

Das heutige Rußland ist jener Staat, bei dessen Gründung bereits das technische Denken jede andere gedankemäßige Überlegung überschattete; seine Fünfjahrpläne sind ein deutlicher Beweis für die überherrschende Bedeutung, die man im Sowjetstaat der modernen Technik beimißt. Rußland ist dann aber auch der einzige Staat, der es wagt, durch seine Gottlosenpropaganda eine vollkommene Normalisierung — allerdings im negativen Sinne — auf religiösem Gebiete zu versuchen, ein Experiment, das dem Volke vieles nimmt und nichts dafür gibt. Denn die Staatsidee allein kann dem einfachen Manne nie den Glauben ersetzen, und Glaubensfreiheit kann auch in einem einheitlich geleiteten Staat kein Unheil tun, wenn nur die politische Macht seines Priesterstandes gebrochen wird. So ist denn auch in der beispiellosen Macht des orthodoxen Popentums im alten Zarenreiche der letzte Grund der Gottlosenpropaganda des neuen Rußland zu suchen.

Eine strenge Rationalisierung des russischen Staatsapparates, um nicht von einer Staatsmaschine zu sprechen, wird durch ein ziemlich verwickeltes Rätssystem gefährdet; durch den Canossagang der Parteioption ist jedoch die einheitliche Staatsführung in der festen Hand Stalins gewährleistet.

Deutschland

Die stärkste Rationalisierung in der Leitung eines Staates, und mehr noch eines ganzen Volkes, ist verkörpert im deutschen Führerprinzip, blutmäßig verwurzelt und verankert in germanischer Gefolgschaftstreue. Diese Staatsauffassung ergibt, mit dem Auge des Technikers gesehen, den vorbildlichen Wunschzustand. Jeder Führer ist gleich dem betriebsleitenden Ingenieur voll und ganz verantwortlich für den Gang des Räderwerkes, an dessen Hebel er die Hand schlägt. Das Führerprinzip, bis in die kleinsten Organisationen, die schließlich den Gesamtstaat ausmachen, durchgeführt, sichert dem Volke die Aufzucht verantwortungsfreudiger Menschen, die seelisch und technisch die Wirkungen ihrer Taten beherrschen.

Die Normalisierung äußert sich in einer geistigen Gleichschaltung des ganzen deutschen Volkes; sie findet vielfach ihren sichtbaren Ausdruck in einer Uniformfreude, die mehr norddeutscher Vorliebe für stark betontes Soldatentum entspricht als süddeutschem und westdeutschem Wesen. Auch der Versuch einer Gleichschaltung (Normalisierung) auf religiösem Gebiete bringt nur Gefahren mit sich und ist Wasser auf die Mühle gewisser deutschfeindlicher Kreise im deutschen Österreich. Als Normalisierung im günstigsten Sinne muß jedoch, wenn unnötige Härten vermieden bleiben, die Rassenidee als ausgesprochen germanischer Zug begrüßt werden. Eine weitgehende Rassenmischung kann einheitlichem Willen nur Abbruch tun.

Der ständische Aufbau (die Typisierung) ist deutscher Art so eng verbunden, daß

es nur eine Frage der Zeit sein kann, bis er sich durchgesetzt hat. Bei aller Achtung vor dem Bauernstande, der als Nährstand sicherlich der wichtigste Stand im Lande und gleichzeitig Blutspender städtischer Kultur ist, und bei aller Ehrfurcht vor dem feldgrauen Ehrenkleide des Frontsoldaten und dem Braunhemd des politischen Soldaten, die beide beim Aufbau des neuen Reiches im vordersten Graben kämpften, würde eine allzu starke Betonung des nur Soldaten- und Bauernstaates eine kulturelle Verarmung bringen¹⁾. Je mehr sich in Deutschland die ständische Gliederung durchsetzt, desto mehr wird den Gegnern seiner Staatsform das Argument einer zu großen Ähnlichkeit mit Rußland aus der Hand genommen. Dies gilt vor allem für Österreich, wo eine gewisse Angst vor zu weitgehender Normalisierung von habsburgisch gesinnten Kreisen künstlich aufrechterhalten wird. Man wendet von dieser Seite alle Mühe daran, um durch die Betonung der ständischen Idee in der neuen Verfassung Österreichs den Nationalsozialisten das Wasser abzugraben.

Italien

In Italien ist man in der ständischen Gliederung des neuen Staates durch den zeitlichen Vorsprung gegenüber Deutschland bereits ein gutes Stück weiter. Die Führeridee als rationellste Staatsidee ist nicht so stark im ganzen Staatsapparate herausgearbeitet wie im Dritten Reiche. Die Gleichschaltung des ganzen italienischen Volkes aber im faschistischen Staate ist der des deutschen Volkes im Nationalsozialismus gleich und wohl die Zukunftsform aller europäischen Staaten, denen die kommende Not der weißen Rasse die Augen öffnen wird über die Gefahr innerer Zersplitterung. Auch die Schwarzhemden sind, wenigstens als äußeres Zeichen innerer Gleichschaltung (Normalisierung), den Braunhemden gleichzustellen.

Wenn Mussolini für sich den Ruhm in Anspruch nimmt, als erster einen faschistischen Staat gegründet zu haben, so hat er ein Recht darauf. Doch war die frühere Aufrichtung eines solchen Staatswesens in Italien darin begründet, daß die äußerste Not, die Gefahr vollkommener Anarchie, an das italienische Volk früher herantrat als an das deutsche. Wenn Mussolini aber als Vorteil seines Staates die Duldung aller Rassen hinstellt, so macht er aus der Not eine Tugend. Als Kämpfer im Weltkrieg würde er gewiß nicht ungerne sehen, wenn alle italienischen Soldaten aus dem Holze der Alpini geschnitten wären, deren germanische und keltische Blutbeimischung ganz andere heldische Charakterbildung in sich trägt wie die mit allem möglichen orientalischen Blut durchsetzten Südtaliener.

1) Sehr fraglich. Einheitliche Kulturleistungen hat das deutsche Volk nur in der Zeit hervorgebracht, als es überwiegend Bauern- und Soldatenvolk war. Mit der Industrialisierung setzte die Umschaltung auf Zivilisationsleistungen ein und eine kulturelle Verarmung, die kurz vor dem Umschwung ihren Höhepunkt erreichte.

Die Schriftleitung.

Diesem Hefte liegen Prospekte der Firmen Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg, Korn-Verlag, Breslau, R. Oldenburg Verlag, München und Berlin, bei, die wir unseren Lesern zur besonderen Beachtung empfehlen.

REGISTER

ZUM XI. JAHRGANG 1934 DER ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

BEARBEITET VON HANS HUMMEL

Stichworte, die man unter C nicht findet, suche man unter K oder Z und umgekehrt; desgleichen Stichworte, die man unter Y nicht findet, unter J.

Müller, K. 500: auf S. 500 beginnt ein von K. Müller verfaßter Beitrag.

Müller, K. 600*: auf S. 600 wird K. Müller im Text zitiert.

Müller, K. 700**: auf S. 700 wird ein von K. Müller verfaßtes Buch im Literaturbericht angezeigt

Abessinien: Berichterstattung 327, 383 — Reiseeindrücke aus Ostasien 593.

Abrüstung: Atemweite, Lebensraum und Gleichberechtigung auf Erden 10 — Büchertafel 335—336.

Aden: Berichterstattung 382, 432.

Afghanistan: Berichterstattung 441—442, 776—777 — Die Hauptstadt als Verkehrszentrum 521.

Afrika: Berichterstattung 118—119, 252 bis 253, 378—380, 381—382, 433, 498, 500, 562—563, 564—565 — Amerika und das schwarze Weltproblem 401—403, 406 — Späne 444 (s. a. einzelne afrikanische Staaten).

Agrarwirtschaft, Agrarverfassung: s. Wirtschaft.

Ägypten: Berichterstattung 498 — Reiseeindrücke aus Ostasien 592.

Albanien: Berichterstattung 76 — Der Südostraum in der Konzeption Mitteleuropas 162, 168 — Der Balkanpakt 178, 180, 183 — Das Verkehrsproblem Südosteuropas 410, 413 — Albanien am Scheidewege 477 bis 482 — Das Öl und die kleinen Nationen 490 — Der Strukturwandel des Südostraumes 541.

Algerien: Berichterstattung 432, 563, 564.

Amerika: Berichterstattung 72—74, 197 bis 198, 250—252, 329—330, 378, 433—434, 440—441, 496—498, 628, 706—707, 768 bis 769 — Das Chaco-Problem III 111 bis 114 — Büchertafel 337 — Amerika und

das schwarze Weltproblem 399—401 — Die Erschließung von Nord- und Südamerika 469—477 — Das Öl und die kleinen Nationen 490—493 (s. a. einzelne amerikanische Staaten).

Anderson, A. 524*.

Andersson, J. J. G. 775**.

Andorra: Berichterstattung 498.

Andree-Heiderich-Siegert 524—525*.

Anrich, E. 387*.

Arabien (Saudien): Berichterstattung 327, 381—383, 431—432, 441 — Das Öl und die kleinen Nationen 426.

Argentinien: Berichterstattung 72, 73 — Das Chaco-Problem III 111.

Arktis: Eroberung der Arktis? 240—243.

Armstrong, H. C. 441*.

Arndt, E. H. D. 322*.

Arndt, E. M. 655, 758*.

Arndt, G. 337**.

Asien: Berichterstattung über panasiatische Bewegung 384—385, 436—437, 439—440, 631—632 — Japan und Panasien 553 bis 560, 609—612, 692—702 — Reiseeindrücke aus Ostasien 591—600 — Fern-Ost und Naher Westen 721—724 (s. a. Indopazifisch, Vorderer Orient, einzelne asiatische Staaten).

Atlantische Welt: Berichterstattung 72 bis 76, 114—119, 193—198, 250—254, 323 bis 331, 376—380, 430—435, 496—500, 561 bis 566, 623—628, 702—707, 766—770.

Auhagen, O. 366*.

- Aust, O. 143, 482.
- Australischer Staatenbund: Berichterstattung 255, 328, 384, 506, 572–573, 627–628, 777–778 — Zum Problem der Staatspersönlichkeit 138–141 — Das Vertragswerk von Ottawa 373, 375 — Reiseeindrücke aus Ostasien 598.
- Autarkie (s. Wirtschaft).
- Babelon, E. 732*.
- Backe, H. 758–759*, 764*.
- Bahr, R., 274**.
- Bahrein-Inseln: Das Öl und die kleinen Nationen 426.
- Ball, E. 311*.
- Barclay, W. S. 524*.
- Barnby, Lord 709*.
- Barrows, D. P. 311*.
- Barten, H. 338**.
- Baumann, M. 586.
- Beckerath, H. v. 272**.
- Behncke, P. 122–123*.
- Belgien: Berichterstattung 499, 706.
- Belgisch-Kongo: Späne 444 — Die „Kongo-Ozean“-Bahn und das Problem der Verkehrserschließung Französisch-Äquatorialafrika 688–690.
- Bell, E. P. 629*, 632–633*.
- Benn, W. 713–714*.
- Bergh van Eysinga, L. M. v. d. 271**.
- Bergsträsser, A. 393*.
- Bernart, J. 588*.
- Bertram, W. 336**, 338**.
- Bertrandias, V. 569*.
- Beuker, W. T. H. 322*.
- Bevölkerungswissenschaft, -politik: (s. Geopolitik).
- Biehl, M. 503*.
- Billé, R. 524*.
- Birckholtz, K. H. 524*.
- Bismarck, Fürst O. v. 8*, 175*, 239*.
- Blau, E. 338**.
- Boelcke, S. 648*.
- Bolivien: Berichterstattung 73–74, 198, 378, 434 — Das Chaco-Problem III 111 bis 114 — Das Öl und die kleinen Nationen 494.
- Borchard, E. M. 722*.
- Brasilien: Berichterstattung 72–73, 198, 329, 378, 379, 434, 497–498, 566 — Das Chaco-Problem III 111–112 — Der neue Kautschukplan 417–419 — Die Erschließung von Nord- und Südamerika 471–474, 477.
- Braubach, M. 654**.
- Braun, F. 176*.
- Braunias, K. 335**.
- Bréville, F. 569*.
- Breyne, M. R. 312, 322*.
- Briand, A. 726–727*, 54–55* (Die deutschen Grenzen: Briand-Plan).
- Britisch-Indien: Berichterstattung 76–78, 200–201, 330–331, 711–715, 767 bis 768, 771–773, 778 — Reiseeindrücke aus Ostasien 593.
- Britisch-Malaya: Berichterstattung 123 bis 125, 572 — Der neue Kautschukplan 418 bis 422 — Reiseeindrücke aus Ostasien 593.
- Brookes, E. H. 322*.
- Bruel, G. 691*.
- Buč 176*.
- Büdel, J. 736.
- Buell, R. L. 311*.
- Bulgarien: Berichterstattung 195, 431 — Die Türkische Republik und Europa 93 — Der Südostrum in der Konzeption Mitteleuropas 161–162, 163, 168 — Der Balkanpakt 176–177, 179–180, 182–183 — Das Verkehrsproblem Südosteuropas 410–412 — Der Strukturwandel des Südostrumes 540–541, 544–545.
- Burgdörfer, F. 336**, 529*.
- Burma: Der neue Kautschukplan 421–422.
- Carr-Saunders, A. M. 120*.
- Castle, W. R. 566–567*.
- Chaco-Konflikt: Berichterstattung 73–74, 198, 378, 434, 498 — Das Chaco-Problem III 111–114 — Das Öl und die kleinen Nationen 494.
- Chang, C. H. 506*.
- Chang Chi-Tung 502*.
- Chen, G. 284*.
- Chen Huan-Chang 523*.
- Chih Piao 396**.
- Chile: Berichterstattung 73, 329–330.
- Chin Meng 396**.
- China: Berichterstattung 77, 79, 81–82, 121, 203–204, 206, 256–258, 260, 325 bis 326, 384, 385, 438–439, 501–503, 506, 567–568, 571–572, 629, 630, 632, 634, 710–711, 774–775 — Zur Frage der Staatsgrenzen von Manchoukuo 244–249 — Deutschland und China 274–280 —

- Chinas wirtschaftlicher Wiederaufbau 280 bis 284 — Der Stand der Philippinenfrage 299, 309 — Mandschurischer Wirtschaftsaufschwung 484–485 — Die Hauptstadt als Verkehrszentrum 514 — Japan und Panasien 554–555, 557, 610–611, 692 bis 698, 701–702 — China in seiner Not 589–590** — Reiseeindrücke aus Ostasien 593–595 (s. a. Mandschukuo, Sinkiang).
- Chinesisch-Turkestan (s. Sinkiang).
- Chu Chi 719**.
- Claar, M. 272**.
- Clark, C. 715*.
- Close, Sir Ch. 120*.
- Coetzee 322*.
- Cohn, E. 322*.
- Copland, D. 255*.
- Craemer, U. 613.
- Cressey, G. B. 629*, 632*, 634*.
- Crew, F. A. E. 120**.
- Crocker, W. R. 396**.
- Cumming, A. J. 383*.
- Cunningham, W. 523–524*.
- Curtius, E. R. 392*.
- Cvijić, J. 93*.
- Dabrowski 263*.
- Dänemark: Wandlungen der Agrarstruktur im Ostseeraum 84–92.
- Darré, R. A. 212*, 213*, 217*, 391*, 763*, 765*.
- Das, A. 462**.
- David-Neel, A. 720**.
- Davis, G. A. 309*.
- Dawson, E. S. 322*.
- Debre, I. 338**.
- Decker, W. 214*.
- Denby 308*.
- Deutsches Reich, Deutschland: Berichterstattung 324–325, 499 — Atemweite, Lebensraum und Gleichberechtigung auf Erden 1–2, 4–14 — Deutsche Grenzen 15–71 — Das Bauerndorf 83–84 — Der Südostraum in der Konzeption Mitteleuropas 156–159, 222–239 — Geopolitische Anmerkungen zum Reichserbhofgesetz 211–214 — Zur Geopolitik des Arbeitsdienstes 214–217 — Der europäische Kulturboden 218–219 — Preußen und die polnischen „Mutterländer“ 262–268 — Büchertafel 273–274 — Deutschland und China 279–280 — Der Westmarkgedanke 339–348 — Die Saar in der deutsch-französischen Auseinandersetzung 348–356 — Die Sonderart der saarländischen Kulturlandschaft 356–359 — Die Hauptstadt als Verkehrszentrum 516–517 — Die natürliche Bevölkerungsbewegung in Westeuropa im Jahre 1933 528–529, 532 — Reiseeindrücke aus Ostasien 597, 599–600 — Der thüringische Raum und die thüringische Geschichte 613–622 — Frankreichs Saarkohlen-Politik 725–732 — Die Stellung der Stadt Trier in der deutschen Westmark 733–735 — Deutscher und niederländischer Kulturboden 736–745 — Die geopolitische Bedeutung Goslars im ersten Reich 746–757 — Der zweite Reichsbauerntag in Goslar 758–765 — Das technische Denken und die kollektivistischen Staatsformen 791–792 (s. a. Österreich, Saargebiet).
- Diehl, H. 339.
- Diehl, L. 272**.
- Diesel, E. 573*.
- Dietrich, V. 337**.
- Dietzel, K. H. 397**.
- Dodekanes: Berichterstattung 328.
- Dörrenhaus, F. 274**.
- Dubosq, A. 257*, 440*, 505*, 568*.
- Durach, M. 175*.
- Dutt, Sh. Ch. 395**.
- Ebert, P. 508.
- Eckert, Ch. 145**, 335**.
- Eckert, M. 635*, 648*.
- Ekuador: Das Öl und die kleinen Nationen 493–494 (s. a. Leticia-Konflikt).
- Elsaß-Lothringen: Berichterstattung 433 — Die deutschen Grenzen 24, 49–50.
- Elster, B. 336**.
- Elze, W. 176*.
- Engerand, F. 728*.
- England (s. Großbritannien).
- Ericson, N. 524*.
- Eschmann, E. W. 338**.
- Essén, R. 653**.
- Estland: Berichterstattung 195–196, 254 — Wandlungen der Agrarstruktur im Ostseeraum 84–92.
- Europa: Berichterstattung 75–76, 117 bis 119, 193–196, 253–254, 323–325, 328 bis 330, 376–378, 380, 430–431, 432 bis 433, 498–500, 561–564, 623–627, 702

- bis 706, 766–770 – Atemweite, Lebensraum und Gleichberechtigung auf Erden 1–12 – Die deutschen Grenzen 16–18, 30–58, 68–71 – Wandlungen der Agrarstruktur im Ostseeraum 84–92 – Die Türkische Republik und Europa 92–94, 96, 98 – Der Donauraum 148–156 – Der Südostraum in der Konzeption Mitteleuropas 156–176, 222–239 – Der Balkanpakt 176–183 – Der europäische Kulturboden 217–221 – Büchertafel 272–273, 337 bis 338 – Das Verkehrsproblem Südoeuropas 409–417 – Späne 444 – Mandschurischer Wirtschaftsaufschwung 487 – Die natürliche Bevölkerungsbewegung in Westeuropa im Jahre 1933 527–533 – Der Strukturwandel des Südostraumes 540–549 – Fern-Ost und Naher Westen 721–724 (s. a. einzelne europäische Staaten).
- Fairgrieve, J. 239*.
 Falkenhayn, v. 459*.
 Feis, H. 484*.
 Fenzel, G. 397**.
 Fernandez, L. H. 311*.
 Fester, G. III.
 Finnland: Wandlungen der Agrarstruktur im Ostseeraum 84–92.
 Firle, R. 591, 628–629*.
 Fischer v. d. Eger, A. 671.
 Fischer, J. 121*, 396**.
 Flemming, W. 483*.
 Fochler-Hauke, G. 275, 397**.
 Forbes, W. C. 311*.
 Franke, A. 449.
 Frankreich: Berichterstattung 115, 116, 119, 193–195, 253, 258, 329, 376, 430, 433, 437, 440, 498–499, 562–563, 626 bis 627, 766–767 – Die deutschen Grenzen 30–31 – Der Westmarkgedanke 339 bis 348 – Die Saar in der deutsch-französischen Auseinandersetzung 350–356 – Geopolitik und Kulturkunde 392–393 – Wehrgeographisches zum Rußlandfeldzug Napoleons 449–461 – Die Hauptstadt als Verkehrszentrum 515, 517, 519 – Die natürliche Bevölkerungsbewegung in Westeuropa im Jahre 1933 529–530 – Frankreichs Saarkohlen-Politik 725–732.
 Französisch-Äquatorial-Afrika: Die „Kongo-Ozean“-Bahn und das Problem der Verkehrserschließung Französisch-Äquatorial-Afrikas 680–691.
 Französisch-Indochina: Berichterstattung 258, 569–570 – Der neue Kautschukplan 421–422.
 Frobenius, H. 524*.
 Full, A. 691*.
 Gattineau, H. 140*.
 Gauß, W. 383*.
 Gehl, W. 386*.
 Geisler, W. 635*.
 Gellert, J. F. 175*, 176*, 463, 545*.
 Genf (s. Völkerbund).
 Geopolitik: Berichterstattung 380–381 – Atemweite, Lebensraum und Gleichberechtigung auf Erden 1–14 – Gedanke und Tat im Weltgeschehen 126–131 – Zum Problem der Staatspersönlichkeit 132–141 – Der Donauraum 147–148 – Geopolitische Anmerkungen zum Reichserbhofgesetz 211–214 – Büchertafel: Bevölkerungslehre und Siedlung 336–337 – Geopolitik und Kulturkunde 386–394 – Mutterland-Kolonialland und Kolonien 463–469 – Die Hauptstadt als Verkehrszentrum 513–525 – Geopolitik in den Handbüchern des Wissens 525 bis 526** – Zur Theorie des Raumes 573–580 – Landschaft und Geschichte 580–585 – Zur Theorie der Raumdarstellung 635–652 – Staat, Volk und Bauer 655–663 – Erdumfassende Sicht über die Bevölkerungsentwicklung 671–680 – Fern-Ost und Naher Westen 721–724 – Die geopolitische Bedeutung Goslars im ersten Reich 746 – Zur Theorie der Raumstrategie 779–788 – Das technische Denken und die kollektivistischen Staatsformen 788 bis 792 (s. a. Staat, Wehrgeopolitik).
 Gey von Pittius, E. F. W. 322*.
 Glaise-Horstenaus 149*.
 Glungler, W. 335**.
 Götz, W. 523*.
 Gramsch, W. 336**.
 Grant, M. 402*.
 Granzow, W. 83.
 Green, E. 201*, 394*.
 Green, O. M. 572*.
 Griechenland: Die Türkische Republik und Europa 93 – Der Südostraum in der Konzeption Mitteleuropas 167, 168, 171, 172 bis 175 – Der Balkanpakt 176–178, 180, 182–183 – Das Verkehrsproblem Südosteuropas 410, 411, 412, 417 – Der Struk-

- turwandel des Südostraumes 540–541, 545 bis 549.
- Groos, O. 511*.
- Groß, H. 92, 93*, 97*.
- Großbritannien: Berichterstattung 75, 115 bis 116, 193, 197, 330, 499–500, 561 bis 562, 705–706, 766, 768 – Das Vertragswerk von Ottawa 367–375 – Das Öl und die kleinen Nationen 490–494 – Die Hauptstadt als Verkehrszentrum 514 bis 515, 520 – Die natürliche Bevölkerungsbewegung in Westeuropa im Jahre 1933 530 – Japan und Panasien 557–559, 692 bis 693 – Reiseeindrücke aus Ostasien 592, 597–598.
- Grothe, H. 239*.
- Gundert, W. 718**.
- Hackin, J. 442*.
- Hagemann, W. 146**, 175*.
- Hahn, K. 719**.
- Haidn, M. 763*, 764*.
- Haiti: Berichterstattung 434, 565 – Amerika und das schwarze Weltproblem 399.
- Haltenberger 650*.
- Hanisch, H. 322*.
- Hansen, J. 271**.
- Hanslik, H. 148*.
- Hantos, E. 272**.
- Hantsch, H. 654**.
- Harms, H. 652*.
- Hart, R. W. 311*.
- Hartig, P. 386.
- Hartnacke, A. 146**.
- Hartwich, C. 337**.
- Hass, H. 654**.
- Hassinger, H. 148*, 154*, 155*, 176*, 239*.
- Hatterslay, E. F. 322*.
- Haushofer, A. 73, 114, 193, 250, 323, 376, 430, 482*, 496, 561, 623, 702, 766, 782*.
- Haushofer, H. K. 217, 332.
- Haushofer, K. 1, 78, 99*, 119, 134*, 142, 143**, 176*, 198, 211, 239*, 255, 261, 380, 391*, 394, 436, 462, 501, 525, 566, 628, 635*, 708, 717, 721, 770.
- Hawaii: Berichterstattung 205, 568, 570.
- Hawes, H. B. 311*.
- Heckscher, E. F. 524*, 525*.
- Hedin, S. 149*.
- Hedschas: s. Arabien (Saudien).
- Heim, A. 462**.
- Helander, S. 513, 524*.
- Helbig, K. 205*.
- Hellauer, J. 144**.
- Hellpach, W. 582*.
- Hennig, R. 390*, 524*, 643*.
- Hentig, v. 442*.
- Herrán, R. 524*.
- Hierl, C. 214*.
- Hindenburg, P. v. 507*.
- Hishida, S. 398**.
- Hitler, A. 70*.
- Hoetzs, O. 335**, 336**, 338**.
- Hoffmann, A. v. 585*.
- Hofmeyr, J. H. 322*.
- Houlston, B. 462**.
- Houlston, F. M. 462**.
- Howland, Ch. Q. 397**.
- Hsie Chie-Shi 482*.
- Hsü Dau-Lin 719**.
- Hübner, G. 145**.
- Huchison, G. S. 719**, 771*.
- Hudson's Bay Company: Die Romanze der Hudsonbay 284–298.
- Huizinga, J. 272**.
- Hummel, H. 144, 270, 335, 793.
- Imnaischwili, N. 533.
- Indien (s. Britisch-Indien).
- Indochina (s. Französisch Indochina).
- Indopazifischer Raum: Berichterstattung 76–82, 119–126, 198–205, 255–260, 325 bis 326, 380–386, 436–443, 501–507, 566–573, 628–634, 708–717, 770–778 – Literaturbericht 394–398, 462, 717 bis 720 – Fern-Ost und Naher Westen 721 bis 724 (s. a. Asien und einzelne Staaten des indopazifischen Raumes).
- Indra, O. 789.
- Insulinde (s. Niederländisch-Indien).
- Irak: Berichterstattung 382–383 – Das Öl und die kleinen Nationen 424–426.
- Irland: Berichterstattung 75, 380.
- Italien: Berichterstattung 116–117, 204, 253–254, 323–325, 328, 430–431, 561 bis 564, 624–627, 705–706, 767 – Atemweite, Lebensraum und Gleichberechtigung auf Erden 3–4, 6, 9, 11 – Die deutschen Grenzen 25, 27, 31, 52 – Der Balkanpakt 178, 180 – Albanien am Scheidewege 477 bis 481 – Die Hauptstadt als Verkehrszentrum 514 – Die natürliche Bevölke-

- rungsbewegung in Westeuropa im Jahre 1933 530 — Unruhiges Kroatien 551 bis 553 — Zur wehrpolitischen Lage Österreichs im Südosten 663–666, 668–670 — Das technische Denken und die kollektivistischen Staatsformen 792.
- Iven, H.-E. 271**.
- Japan: Berichterstattung 77–81, 114 bis 117, 120–123, 198, 200–201, 203–205, 257–260, 325–326, 379, 381, 383–386, 436–437, 439, 504–505, 566–567, 628 bis 634, 708–711, 715–716, 770, 773 bis 774 — Atemweite, Lebensraum und Gleichberechtigung auf Erden 3, 6 — Geopolitische und wehrgeographische Eindrücke von einer Ostasienreise 99–110 — Zur Frage der Staatsgrenzen von Manchoukuo 246 — Deutschland und China 276–278 — Der Stand der Philippinenfrage 309 — Amerika und das schwarze Weltproblem 401 — Mandschurischer Wirtschaftsaufschwung 483, 485–487 — Japan und Panasien 553–560, 609–612, 692–702 — Reiseeindrücke aus Ostasien 592–599.
- Jessen, O. 524*.
- Jirecek, C. J. 176*.
- Johnston, J. E. 311*.
- Johnston, R. 438*.
- Jordaan, M. 322*.
- Jugoslawien: (s. Südslawien).
- Kalmer, J. 506*.
- Kanada: Berichterstattung 75, 251–252, 433, 628 — Eroberung der Arktis? 242 bis 243 — Die Romanze der Hudsonbay 284–298 — Das Vertragswerk von Ottawa 373–375 — Die Erschließung von Nord- und Südamerika 474–476.
- Kapland: (s. Südafrikanische Union).
- Karácsony, J. 22*, 176*.
- Karolinen: (s. Ozeanien).
- Katalonien: Berichterstattung 76, 433, 498, 563, 705 (s. a. Spanien).
- Kaufmann, R. v. 524*.
- Kayser, K. 477, 549.
- Kent, H. W. 383*.
- Kenya: Berichterstattung 778.
- Kenzo Kai 396**.
- Kessing, F. M. 205*, 462**.
- Keuning, H. J. 271**.
- Kirk, J. 322*.
- Kiyō Sue-Inui 123*.
- Kjellén, R. 149*, 176*, 239*.
- Kleinwächter, F. F. G. 782*.
- Klose, F. 271**.
- Klute, F. 271**.
- Kohl, A. 150*.
- Kohl, J. G. 523*, 524*.
- Kohl, L. v. 138*.
- Kohn, H. 650*.
- Köllner, F. 354*.
- Kolonien, Kolonialpolitik: (s. Geopolitik).
- Kolumbien: Berichterstattung 378 — Das Öl und die kleinen Nationen 493–494 — Die Hauptstadt als Verkehrszentrum 521.
- Körholz, L. 390*.
- Kornrumpf, M. 397**.
- Korridor, Weichsel: Die deutschen Grenzen 26, 50–51.
- Kraitschek, G. 176*.
- Kraus, H. 335**.
- Kriek, E. 388*.
- Krüger, H. K. E. 322*.
- Kuba: Berichterstattung 434, 565.
- Kuhl, H. v. 459*.
- Kühn, F. 337**.
- Kuibyschew, W. 367*.
- Kupka, P. F. 524*.
- Kuweit: Berichterstattung 382–383 — Das Öl und die kleinen Nationen 426.
- Lachin, M. 568*.
- Laeuen, H. 273**.
- Langhans-Ratzeburg, M. 638*.
- Lasker, B. 311*.
- Lattimore, O. 259–260*.
- Laubach, F. C. 311*.
- Laurel, J. P. 311*.
- Lautensach, H. 99.
- Lebzelter, V. 322*.
- Lenk, S. 311*.
- Leticia-Konflikt: Berichterstattung 378, 434, 498.
- Lettland: Berichterstattung 195–196 — Wandlungen der Agrarstruktur im Ostseeraum 84–92.
- Leyen, A. v. d. 524*.
- Liberia: Berichterstattung 378–380.
- List, F. 139*.
- Litauen: Berichterstattung 195–196 — Wandlungen der Agrarstruktur im Ostseeraum 84–86.
- Lomberg, C. 322*.
- Londres, A. 691*.
- Lorence, A. 524*.

- Lorenz, R. 145**, 175*.
 Lorenzstromvertrag: Berichterstattung 251–252.
 Louw, E. H. 322*.
 Low 566–567*.
 Luftpolitik, Luftverkehr: Berichterstattung 72–73 (Südamerika), 204 (Asien), 569–570 (Asien, USA.) — Späne 444 bis 445 — Eroberung der Arktis? 241–242 (s. a. Verkehr).
 Luth, R. z. d. 269**.
 Lyde, L. W. 204*.
 Malaya: (s. Britisch-Malaya).
 Malta: Berichterstattung 75, 328, 380, 563 bis 564, 705–706.
 Mandschukuo: Berichterstattung 78, 121, 203–204, 256–258, 259, 383, 384–385, 438 — Geopolitische und wehrgeographische Eindrücke von einer Ostasienreise 106 bis 109 — Zur Frage der Staatsgrenzen von Manchoukuo 244–249 — Deutschland und China 276–277 — Mandchurischer Wirtschaftsaufschwung 482–489 — Reiseeindrücke aus Ostasien 596.
 Mannewitz, P. 144**.
 Marianen: (s. Ozeanien).
 Marokko: Berichterstattung 253, 563.
 Marquesas: (s. Ozeanien).
 Martens, O. 322*, 691*.
 Martonne, E. de 49*, 53–54*, 156*.
 März, J. 176, 176*, 409, 635*, 653.
 Maschke, E. 262, 273**.
 Massenharn, W. 4*.
 Maull, O. 93*, 635*.
 Mautner, W. 201*.
 Mayer, A. 273**.
 Mayo, K. 311*.
 Mayr, O. 733.
 Meerengenfrage: Berichterstattung 377 bis 378 — Der Südostraum in der Konzeption Mitteleuropas 171 — Der Balkanpakt 181.
 Mehnert, K. 269.
 Meinberg 763*.
 Meisner, M. 145**.
 Merx, H. 145**.
 Mexiko: Berichterstattung 497 — Das Öl und die kleinen Nationen 490–493.
 Michael, F. 398**, 719**.
 Millard, Th. F. 301*.
 Mirabeau, V. R. d. 524*.
 Mittelamerika: Berichterstattung 250 bis 251, 434, 497, 565 — Die Erschließung von Nord- und Südamerika 469–474 (s. a. einzelne mittelamerikanische Staaten).
 Möckel, A. 524*.
 Moeller v. d. Bruck 273**.
 Molotow, W. 366*.
 Mongolei, Äußere: Berichterstattung 78 bis 79, 198–199, 260, 573 — Zur Frage der Staatsgrenzen von Manchoukuo 249.
 Mongolei, Innere: Berichterstattung 260, 573 — Zur Frage der Staatsgrenzen von Manchoukuo 244–245.
 Moon, P. Th. 300*.
 Mossul: (s. Irak).
 Moulton, H. G. 121*.
 Mousset, P. 440*.
 Mukerjee, R. 773*, 778*.
 Müller, A. 207–210*.
 Müller-Bödnert, E. 337**.
 Mundorf, M. 144**.
 Murakami, K. 718**.
 Murobose, T. 629*, 631*.
 Muschler, R. C. 136*.
 Mussolini, B. 2*.
 Nachod, O. 261*.
 Nadler, J. 582*.
 Napoleon I. 450*, 451*.
 Narath, R. 322*.
 Natal: (s. Südafrikanische Union).
 Nationalsozialismus: Atemweite, Lebensraum und Gleichberechtigung auf Erden 1–2, 4–5 — Das technische Denken und die kollektivistischen Staatsformen 791 bis 792.
 Naudeau, L. 531*.
 Nedschd: (s. Arabien [Saudien]).
 Nehru, J. 76–77*, 772*.
 Neufundland: Berichterstattung 75.
 Neuseeland: Das Vertragswerk von Ottawa 372–373, 375.
 Newbiggin, M. I. 93*.
 Nicaragua: Berichterstattung 250–251.
 Nickel, O. 445, 573*.
 Nikolaus, G. 336**.
 Niederlande: Berichterstattung 499–500 — Die deutschen Grenzen 39 — Deutscher und niederländischer Kulturboden 736–745.
 Niederländisch-Indien: Berichterstattung 255, 506, 708–709, 716, 778 — Der neue Kautschukplan 418–422 — Reiseeindrücke aus Ostasien 593–594.
 Niederländisch-Neuguinea: Berichterstattung 255.

- Niedermayer, O. v. 269, 269–270**, 366*, 442*.
- Nienaber, G. S. 322*.
- Nishani, T. O. 653**.
- Nordrhodesien: Berichterstattung 778 — Späne 444.
- Normano, J. F. 260*.
- Norwegen: Wandlungen der Agrarstruktur im Ostseeraum 84–92.
- berschlesien, Ost: Die deutschen Grenzen 26, 50–51.
- Obst, E. 638*, 643*.
- Oelsen, E. S. v. 144**.
- Oertzen, K. L. v. 336**.
- Offe, H. 132, 387*.
- Offermann, C. 524*.
- Olden, B. 337**.
- Ölpolitik: (s. Wirtschaft).
- Oman: Berichterstattung 382–383.
- Oranje-Freistaat: (s. Südafrikanische Union).
- Orient: (s. Vorderer Orient).
- Osten-Sacken, v. 452*.
- Österreich: Berichterstattung 194–195, 253 bis 254, 500, 561, 767 — Die deutschen Grenzen 40–41 — Der Donaauraum 148 bis 149, 150–151 — Der Südostraum in der Konzeption Mitteleuropas 168, 238 bis 239 — Zur wehrpolitischen Lage Österreichs im Südosten 663–671.
- Österreich-Ungarn (Monarchie): Der Donaauraum 148–149, 152 — Der Südostraum in der Konzeption Mitteleuropas 158, 163, 169, 227–239 — Die Hauptstadt als Verkehrszentrum 517.
- Ostturkestan: (s. Sinkiang).
- Otte, F. 524*.
- Ötting, W. 680.
- Ozeanien: Berichterstattung 205.
- Palästina: Berichterstattung 75.
- Paraguay: Berichterstattung 73–74, 378, 434 — Das Chacoproblem III 111–114 — Das Öl und die kleinen Nationen 494 (s. a. Chaco-Konflikt).
- Partsch, J. 151*, 524*.
- Passarge, S. 82*, 271**.
- Patsch, C. 654**.
- Persien: Berichterstattung 441, 564 — Das Öl und die kleinen Nationen 427–429.
- Peru: Berichterstattung 378, 777 — Das Öl und die kleinen Nationen 494–495 — Die Hauptstadt als Verkehrszentrum 520 bis 521.
- Philby, H. St. 441*.
- Philippinen: Berichterstattung 201–202, 251, 257, 260, 325–326, 440, 503–504 — Der Stand der Philippinenfrage 298–311 — Reiseeindrücke aus Ostasien 594.
- Pintschovius, K. 332**.
- Pitt-Rivers, G. H. L. F. 120*.
- Polen: Berichterstattung 431, 499, 626 bis 627 — Die deutschen Grenzen 26, 31–32, 43, 50–51 — Wandlungen der Agrarstruktur im Ostseeraum 84–86 — Preußen und die polnischen „Mutterländer“ 262–268 — Die natürliche Bevölkerungsbewegung in Westeuropa im Jahre 1933 528.
- Pollog, C. H. 525*.
- Portugal: Berichterstattung 626–627.
- Posen (Provinz): Die deutschen Grenzen 26, 28, 50–51.
- Prasad, R. 200*.
- Prinzhorn, H. 133*.
- Prittwitz u. Gaffron, F. W. v. 337**.
- Pryde-Hughes, J. E. 367.
- Pu yi 256*.
- Queensland: (s. Australischer Staatenbund).
- Quezon, Don M. 202*.
- Quo Tai-Chi 501–503*.
- Rabl, H. 423, 489.
- Raffles, St. 572*.
- Raichmann, L. 501*, 590*.
- Raschid, Sch. 95*, 96*.
- Ratzel, F. 2*, 147*, 152*, 525*.
- Rehm, B. 144**.
- Reid, G. 4*.
- Reiners, L. 144**.
- Remer, C. F. 259*, 489*.
- Requadt, P. 655*.
- Reyes, J. S. 311*.
- Reynolds, B. T. 722*.
- Rhodesien: Berichterstattung 380.
- Rickert 132*.
- Ritter, C. 147*.
- Ritter, L. 691*.
- Roemer, H. 298.
- Roesner, E. 524*.
- Rohde, H. 272**.
- Rommenhöller, C. G. 176*.
- Roosevelt, N. 311*.
- Roscher, W. 524*.
- Rosenzweig, A. 322*.

- Rosinski, H. 395**, 397**.
- Ross, C. 126, 240, 284, 316*, 397*, 399, 601.
- Rothacker, E. 389*, 394*.
- Roxas, M. 311*.
- Roy, S. C. 395**, 777*.
- Rumänien: Berichterstattung 76, 430 — Der Donauraum 154, 155 — Der Südostraum in der Konzeption Mitteleuropas 162, 163, 168, 169, 170 — Der Balkanpakt 176–177, 179–180, 182–183 — Das Verkehrsproblem Südosteuropas 410–411, 413 bis 414 — Späne 444 — Das Öl und die kleinen Nationen 489–490 — Der Strukturwandel des Südostraumes 540–541, 543 bis 545.
- Rus, J. 176*.
- Russell, Sir J. 716–717*.
- Rußland: Berichterstattung 77, 78, 115, 116, 125–126, 195–196, 199, 206, 254, 257, 258, 329, 376, 385, 430, 457, 504 bis 507, 561–562, 567, 571, 573, 716 bis 717, 775–776 — Die Türkische Republik und Europa 94, 96 — Geopolitische und wehrgeographische Eindrücke von einer Ostasienreise 108–109 — Der zweite Fünfjahresplan Sowjetrußlands 184–192 — Zur Frage der Staatsgrenzen von Manchoukuo 246–249 — Grundfragen der landwirtschaftlichen Rayonnierung in der Sowjetunion 359–367 — Wehrgeographisches zum Rußlandfeldzug Napoleons 449–461 — Das Öl und die kleinen Nationen 495 — Die Hauptstadt als Verkehrszentrum 519 — Die Nationalitätenfrage in der Sowjetunion 533–540 — Japan und Panasien 554 bis 556, 559–560, 693, 701 — Reiseeindrücke aus Ostasien 598 — Das technische Denken und die kollektivistischen Staatsformen 790–791.
- Rutter, O. 524*.
- Saargebiet: Berichterstattung 433, 769 bis 770 — Die deutschen Grenzen 24, 64 — Der Westmarkgedanke 339–348 — Die Saar in der deutsch-französischen Auseinandersetzung 352–356 — Die Sonderart der saarländischen Kulturlandschaft 356 bis 359 — Frankreichs Saarkohlen-Politik 725–732 (s. a. Deutschland).
- Sakatami, Baron 385*.
- Salter, Sir A. 590*.
- Samhaber, E. 469.
- Samoa: (s. Ozeanien).
- Sarkar, B. K. 5*, 380–381*, 394**.
- Savelkoul, H. 272**.
- Schapera, J. 715*.
- Scheffel, P. H. 176*.
- Scheppers, H. 397**, 553, 609, 692.
- Schiller, O. 366*, 367*.
- Schilling, K. 335**.
- Schlier, O. 144**.
- Schmid, A. 214.
- Schmidt, C. 580.
- Schmidt, E. 356.
- Schmidt, Hans 719**.
- Schmidt, Heinrich 136*.
- Schmitthener 467*.
- Schneidewind, H. H. v. 145**.
- Schnur, L. 357*.
- Schoen, M. 84.
- Schultze, E. 440*.
- Schulze, Th. 119–120*.
- Schulze-Gävernitz, G. V. 524*.
- Schumacher, R. v. 156, 222, 540, 573, 635, 654, 779.
- Schweden: Wandlungen der Agrarstruktur im Ostseeraum 84–92.
- Schweiz: Berichterstattung 328–329, 623 bis 626 — Die deutschen Grenzen 39.
- Seekirchner, A. 322*.
- Ségur, Graf 456*.
- Seidenzahl, F. 280, 417, 589.
- Semjonow, J. 184, 269–270**, 333, 366*.
- Serton, P. 322*.
- Sforza, Graf C. 259*.
- Shimoda, M. 715–716*.
- Siam: Berichterstattung 440, 570 — Die Hauptstadt als Verkehrszentrum 521 — Reiseeindrücke aus Ostasien 593.
- Sibirien: (s. Rußland).
- Sieger, R. 149*.
- Singh, B. 712*, 720**.
- Sinkiang (Ostturkestan): Berichterstattung 199, 257, 505, 571 — Die Hauptstadt als Verkehrszentrum 517–518 — Japan und Panasien 556–560.
- Smuts, J. C. 322*.
- Soga, J. H. 322*.
- Sombart, W. 524*.
- Sorge, W. 482*.
- Sowjet: (s. Rußland).
- Spanien: Berichterstattung 76, 329, 432 bis 433, 498, 563, 704–705 — Der Stand der Philippinenfrage 299–301 — Die Haupt-

- stadt als Verkehrszentrum 520 (s. a. Katalonien).
- Spann, O. 586–588**.
- Spengler, O. 126–131*.
- Spering, A. 524*.
- Spethmann, H. 142**.
- Springer, R. 148*.
- Srbik, H. Ritter v. 1*.
- Staat, Staatsgedanke, Staatstheorie: Atemweite, Lebensraum und Gleichberechtigung auf Erden 1–5 — Zum Problem der Staatspersönlichkeit 132–141 — Adam Müller: Staat und Staatsmann 207–210 — Mutterland — Kolonialland und Kolonien 463 bis 469 — Staat, Volk und Bauer 655 bis 663 (s. a. Geopolitik, Nationalsozialismus).
- Stalin 191*.
- Steed, W. 149*.
- Steffes, J. P. 335**.
- Steinacher, H. 273**.
- Steinbach, F. 349*.
- Stevenson-Plan: Der neue Kautschukplan 417–422.
- Stöger, H. 663.
- Storey, M. 311*.
- Strewe, M. Th. 438*, 568*.
- Stubenrauch, W. 359, 366*.
- Studensky, G. 367*.
- Südafrikanische Union: Berichterstattung 118–119, 252–253, 380, 381–382, 433, 500, 564–565, 714–715, 778 — Das Eingeborenenproblem in Südafrika 312–322 — Das Vertragswerk von Ottawa 375.
- Südamerika: Berichterstattung 72–74, 80 bis 81, 198, 329–330, 378, 434, 497 bis 498, 566, 707 — Das Chacoproblem III 111–114 — Die Erschließung von Nord- und Südamerika 469–474, 477 — Das Öl und die kleinen Nationen 493–495.
- Südsee: (s. Ozeanien).
- Südslawien: Berichterstattung 430–431, 702–704, 766–767 — Der Donauraum 154, 155 — Der Südostrum in der Konzeption Mitteleuropas 161–162, 163, 165, 168, 169, 170 — Der Balkanpakt 176 bis 178, 180, 182–183 — Das Verkehrsproblem Südosteuropas 410, 414–417 — Albanien am Scheidewege 480–482 — Der Strukturwandel des Südostens 540 bis 541, 543–545 — Unruhiges Kroatien 549 bis 553 — Zur wehrpolitischen Lage Österreichs im Südosten 664, 666–667.
- Südtirol: Die deutschen Grenzen 25, 27, 52.
- Suezkanal: Berichterstattung 328.
- Tagany, K. 150*.
- Tanaka, T. 204*, 205*.
- Tardieu, A. 725*.
- Tauzher, G. 273**.
- Tawney, R. E. 503*.
- Teleki, Graf P. 82*.
- Teubert, W. 525*.
- Thalheim, K. C. 144**.
- Thierfelder, F. 274**.
- Thies, J. 335**, 638*.
- Thoran, A. 145**.
- Tibet: Berichterstattung 79, 257, 774–775 — Japan und Panasien 609.
- Timmermann 397**.
- Timor: Berichterstattung 255.
- Tischer, G. 144**.
- Tittoni 638*.
- Toynbee, A. J. 259*.
- Trampler, K. 14, 175*, 239*, 274*, 649*.
- Transjordanien: Berichterstattung 505.
- Transvaal: (s. Südafrikanische Union).
- Trimmer, G. W. A. 572*.
- Trinkler, E. 524*.
- Tripolis: Berichterstattung 498, 562.
- Troje, E. 367*.
- Tschajanow, A. W. 366*.
- Tschechoslowakei: Berichterstattung 195, 767 — Die deutschen Grenzen 31, 33–34, 43, 51–52 — Der Donauraum 149–150, 153–154, 155 — Der Südostrum in der Konzeption Mitteleuropas 162, 167, 168 — Ein aufschlußreiches Staatswappen 331 — Die Hauptstadt als Verkehrszentrum 520 — Die natürliche Bevölkerungsbewegung in Westeuropa im Jahre 1933 528 — Der Strukturwandel des Südostrumes 540–542 — Zur wehrpolitischen Lage Österreichs im Südosten 664, 668–669.
- Tuckermann, W. 311*.
- Turgot 352–353*.
- Türkei: Berichterstattung 377–378, 430, 432. — Die Türkische Republik und Europa 92–99 — Der Südostrum in der Konzeption Mitteleuropas 159, 164–165, 168, 169, 171–175 — Der Balkanpakt 176–183 — Das Verkehrsproblem Südosteuropas 410, 412–413 — Das Öl und die kleinen Nationen 424–426 — Der Strukturwandel des Südostrumes 540–542, 544

- bis 546, 548–549 — Japan und Panasien 559.
 Tzeneff, G. 176*.
- Uhlig, C. 176*.
 Ukraine: (s. Rußland).
 Ullmann, H. 239*.
- Ungarn: Berichterstattung 253–254, 431, 766–767 — Der Donauraum 150, 155 — Der Südostraum in der Konzeption Mitteleuropas 165, 166–167, 168 — Der Balkanpakt 178, 183 — Das Verkehrsproblem Südosteuropas 410 — Die Hauptstadt als Verkehrszentrum 519 — Die natürliche Bevölkerungsbewegung in Westeuropa im Jahre 1933 528 — Der Strukturwandel des Südostraumes 540–541 — Unruhiges Kroatien 551–553 — Zur wehrpolitischen Lage Österreichs im Südosten 664–665, 667.
- Ungern-Sternberg, R. v. 527, 530*, 532*.
- Uruguay: Berichterstattung 777 — Die Hauptstadt als Verkehrszentrum 520.
- Uyemura 3*.
- Venezuela: Berichterstattung 777 — Das Öl und die kleinen Nationen 493.
- Vereinigte Staaten von Nordamerika: Berichterstattung 72, 74, 80–81, 115, 116, 119, 197–198, 201–202, 205, 250–252, 257, 259, 260, 325–326, 379, 433–434, 440–441, 496–497, 503–504, 565–566, 566–570, 628, 628–634, 706–707, 768 bis 769 — Zum Problem der Staatspersönlichkeit 138–141 — Der Stand der Philippinenfrage 298–311 — Amerika und das schwarze Weltproblem 399–409 — Die Erschließung von Nord- und Südamerika 474–477 — Mandschurischer Wirtschaftsaufschwung 488 — Das Öl und die kleinen Nationen 490–495 — Reiseeindrücke aus Ostasien 597–598 — Bilanz der Roosevelt-Revolution 601–608 — Japan und Panasien 692.
- Verkehr: Berichterstattung 196–197 (Weltverkehr) — Geopolitische und wehrgeographische Eindrücke von einer Ostasienreise 107–109 — Der zweite Fünfjahresplan Sowjetrußlands 189–190, 192 — Chinas wirtschaftlicher Wiederaufbau 281, 282 — Das Verkehrsproblem Südosteuropas 409 bis 417 — Zur Geschichte der Raumbe-
 zwingung im Kreuzerkriege 508–510 — Die Hauptstadt als Verkehrszentrum 513 bis 525 — Die „Kongo-Ozean“-Bahn und das Problem der Verkehrserschließung Französisch-Äquatorial-Afrikas 680–691 — Zur Theorie der Raumstrategie 782–785 (s. a. Luftverkehr).
- Versailles: Atemweite, Lebensraum und Gleichberechtigung auf Erden 4–12 — Die deutschen Grenzen 24–26, 34–39, 54 — Frankreichs Saarkohlen-Politik 729.
- Vidal de la Blache 732*.
- Vogel, W. 152*.
- Voigt, M. 271**.
- Völcker, O. 336**.
- Völkerbund: Berichterstattung 74, 198, 376, 384–385, 434–435, 561–562, 766–767 — Das Chacoproblem III 111–112, 114 — Späne 443.
- Volz, W. 271**.
- Vorderer Orient: Berichterstattung 75, 327–328, 377–378, 431–432, 441–442, 505, 564, 769 — Das Öl und die kleinen Nationen 424–429 (s. a. die einzelnen Staaten des Vorderen Orients).
- Vowinckel, K. 758.
- Wagner, R. 746.
- Waibel, L. 691*.
- Walton, W. H. M. 462**.
- Wang Ching-Wei 121*.
- Warneck, S. 244.
- Weber, H.-S. 725.
- Weber, M. M. v. 524*.
- Weberstedt, H. 336**.
- Wegener, W. 461*.
- Wehrgeopolitik: Der Raum als Waffe 445–449 — Wehrgeographisches zum Rußlandfeldzug Napoleons 449–461 — Zur Geschichte der Raumbeziehung im Kreuzerkriege 508–513 (s. a. Geopolitik).
- Wehrle, E. 272**.
- Welte, A. 147.
- Weltwirtschaft: (s. Wirtschaft).
- Werner, J. 144**.
- Westaustralien: Berichterstattung 380, 572 bis 573, 768.
- Westermann, D. 322*.
- Whitfield, G. N. B. 322*.
- Wiedenfeld, K. 524*.
- Wiener Becken: Der Donauraum 151.
- Williams, D. R. 311*.

- Wirtschaft: Berichterstattung 379—380, 383 bis 384 — Das Bauerndorf 83—84 — Wandlungen der Agrarstruktur im Ostseeraum 87 bis 92 — Die Türkische Republik und Europa 95—98 — Büchertafel 144—145 — Der zweite Fünfjahresplan Sowjetrußlands 184 bis 192 — Zur Geopolitik des Arbeitsdienstes 214—217 — Der europäische Kulturboden 217—221 — Chinas wirtschaftlicher Wiederaufbau 280—284 — Grundfragen der landwirtschaftlichen Rayonnierung in der Sowjetunion 359—367 — Das Vertragswerk von Ottawa 367—375 — Der neue Kautschukplan 417—422 — Das Öl und die kleinen Nationen 423—429, 489—495 — Mandschurischer Wiederaufstieg 482—489 — Bilanz der Roosevelt-Revolution 601 bis 608 — Japan und Panasien 609—610 — Frankreichs Saarkohlen-Politik 725—732 — Der zweite Reichsbauerntag in Goslar 758 bis 765 (s. a. Verkehr).
- Witte, B. 524*.
 Wojciechowski, S. 262—268*.
 Wolf, G. 653.
 Woo Kaiseng, J. 719**.
 Worcester, D. C. 311*.
- Yao Hsin-Nung 438*.
 Yemen: Berichterstattung 327, 382—383, 431—432.
- Zatka, A. 42*.
 Zeck, H. F. 207, 348.
 Zeller, G. 353*.
 Ziegfeld, A. H. 176*, 646*, 649*.
 Ziegler, W. 138*, 141*.
 Zimmern, A. 335**.
 Zischka, A. 718**.
 Zupanitsch, N. 176*.
 Zypern: Berichterstattung 328.

Soeben erschienen:

Paul Kirn

Politische Geschichte der deutschen Grenzen

Rund 200 Seiten, 10 einfarbige und 6 mehrfarbige Karten

In Ganzleinen 4.80 RM.

Weit mehr als irgendein anderes Volk ist das deutsche durch sein Grenzschicksal beeinflusst worden. Der tragische Zwang, als „Volk der Mitte“ immer wieder um den Bestand des Reiches kämpfen zu müssen, hat unsere geschichtliche Entwicklung bestimmt. Seit Jahrhunderten sind Deutschlands politische Grenzen durch die jeweiligen Machtverhältnisse seiner Nachbarn ständig verschoben worden. Ein Gesamtbild dieser bedeutsamen Vorgänge, das uns bisher fehlte, wird hier zum ersten Male von dem Leipziger Historiker Univ.-Professor Dr. Paul Kirn geboten. — Vom Vertrag zu Verdun bis zum Diktat von Versailles schildert er die Schicksale der deutschen Grenzen und Grenzlandschaften im Westen und Osten, Süden und Norden. In schlichter Erzählung, ohne großes Pathos und verständlich für jeden Laien, ist hier ein fesselndes Bild der deutschen Geschichte entstanden, das allein durch die Tatsachen erschüttert und zum Nachdenken anregt. — Am Schluß steht ein Literaturverzeichnis und eine Übersicht über die wichtigsten Verträge, die die Grenzziehung bestimmten, mit genauer Quellenangabe.

In jeder Buchhandlung erhältlich

Verlag Bibliographisches Institut AG., Leipzig

KARL HAUSHOFER

WELTPOLITIK VON HEUTE

269 Seiten, 114 Abbildungen, 57 Karten. Pappband RM 3.60. Ganzleinen RM 4.80

Karl Haushofers neues Werk richtet sich in erster Linie an Leser, denen die Fragestellungen der modernen Weltpolitik noch nicht geläufig sind. Unhaltspunkte für eine sichere Beurteilung der Lage zu geben und Wege zum Verständnis der großen Politik aufzuzeigen, ist daher die wesentliche Aufgabe seines neuen Buches. Trotzdem ist es aber keine bloße Einführung in den Problemzusammenhang, sondern vielmehr die auf knappe Formeln gebrachte Quintessenz der gesamten Arbeit Haushofers. Darum wird auch der geopolitisch bereits Vorgebildete dieses Buch mit Genuß lesen. Es faßt die Ergebnisse früherer Veröffentlichungen seinem besonderen Zweck entsprechend ungemein klar und übersichtlich zusammen, erbringt aber in der Beurteilung der geopolitischen Gesamtsituation auch eine Reihe wichtigster neuer Ergebnisse und Gesichtspunkte. Unter Karl Haushofers Arbeiten ist die „Weltpolitik“ daher eine der eindrucksvollsten und wirksamsten; sie wird auch zu ihrem Teile dazu helfen, die Geopolitik zum politischen Gewissen der Nation zu machen.

ZEITGESCHICHTE

Verlag und Vertriebs-Gesellschaft G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstraße 66